



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

32. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 14. Dezember 2007, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt	Erweiterung der Tagesordnung
	<b>gemäß § 74 GO LT</b> ..... 14
<b>Erweiterung der Tagesordnung</b> ..... 3	Michael Roolf, FDP (zur Geschäftsordnung) ..... 14
	<b>B e s c h l u s s</b> ..... 14
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, und FDP: <b>Kein Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide</b> – Drucksache 5/1056 – ..... 3	Antrag der Fraktion der NPD: <b>Zwangsverrentung rückgängig machen – 58er-Regelung beibehalten – SGB II überarbeiten!</b> – Drucksache 5/1061 – ..... 15
Andreas Bluhm, DIE LINKE ..... 3	Stefan Köster, NPD ..... 15, 17
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff ..... 5	Jochen Schulte, SPD ..... 16
Raimund Borrman, NPD ..... 6	<b>B e s c h l u s s</b> ..... 18
<b>B e s c h l u s s</b> ..... 7	
Antrag der Fraktion DIE LINKE: <b>Wohngeldnovelle muss Leistungs- verbesserungen beinhalten</b> – Drucksache 5/1050 – ..... 7	Antrag der Fraktion DIE LINKE: <b>Konsultationsprozess zum EU-Haushalt aktiv mitgestalten</b> – Drucksache 5/1055 – ..... 18
Regine Lück, DIE LINKE ..... 7, 13	Barbara Borchardt, DIE LINKE ..... 18, 23
Minister Dr. Otto Ebnet ..... 9	Detlef Müller, SPD ..... 19
Peter Stein, CDU ..... 9	Toralf Schnur, FDP ..... 20
Ralf Grabow, FDP ..... 10	Werner Kuhn, CDU ..... 21
Martina Tegtmeier, SPD ..... 11	Tino Müller, NPD ..... 22
Michael Andrejewski, NPD ..... 12	<b>B e s c h l u s s</b> ..... 24
<b>B e s c h l u s s</b> ..... 13	

Antrag der Fraktion der NPD:

**Gesundheit und Ernährung in der Schule**

– Drucksache 5/1062 – ..... 24

Stefan Köster, NPD ..... 24, 27

Andreas Bluhm, DIE LINKE ..... 26

B e s c h l u s s ..... 28

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Beschlüsse des Altenparlamentes 2007 ernst nehmen**

– Drucksache 5/1051 – ..... 29

Irene Müller, DIE LINKE ..... 29, 31, 33

Minister Erwin Sellering ..... 30

Günter Rühls, CDU ..... 31

Ralf Grabow, FDP ..... 32

Jörg Heydorn, SPD ..... 32, 33

Stefan Köster, NPD ..... 33

Dr. Marianne Linke, DIE LINKE ..... 33

B e s c h l u s s ..... 34

Antrag der Fraktion der NPD:

**Grenzkontrollen zur Republik Polen beibehalten – Sorgen von Bevölkerung und Polizeibeamten ernst nehmen – keine Ausdünnung der Polizei in Grenznähe zulassen!**

– Drucksache 5/1063 – ..... 35

Tino Müller, NPD ..... 35, 39

Heinz Müller, SPD ..... 36

B e s c h l u s s ..... 39, 59

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Für Verlässlichkeit und Kontinuität in der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft bis 2013**

– Drucksache 5/1053 – ..... 40

**Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD**

– Drucksache 5/1147 – ..... 40

Dr. Fritz Tack, DIE LINKE ..... 40

Minister Dr. Till Backhaus ..... 41

Matthias Lietz, CDU ..... 43

Toralf Schnur, FDP ..... 43

Ute Schildt, SPD ..... 44

Raimund Borrmann, NPD ..... 44

Helmut Holter, DIE LINKE ..... 45

B e s c h l u s s ..... 46

Antrag der Fraktion der NPD:

**Kontrolle der Arbeitszeit und Streckenkenntnis der Triebfahrzeugführer in privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen**

– Drucksache 5/1064 – ..... 46

Birger Lüssow, NPD ..... 46

Birgit Schwebs, DIE LINKE ..... 48

Stefan Köster, NPD ..... 49

B e s c h l u s s ..... 49, 50, 60

Antrag der Fraktion der NPD:

**SGB II ändern und Widersprüchen sowie Anfechtungsklagen aufschiebende Wirkung verleihen**

– Drucksache 5/1065 – ..... 50

Michael Andrejewski, NPD ..... 50, 52

Günter Rühls, CDU ..... 51

B e s c h l u s s ..... 53

Antrag der Fraktion der FDP:

**Zufahrt des Nothafens Darßer Ort unverzüglich ausbaggern**

– Drucksache 5/1117 – ..... 53

**Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU**

– Drucksache 5/1148 – ..... 53

Michael Roof, FDP ..... 53, 58

Minister Dr. Otto Ebnet ..... 54

Peter Stein, CDU ..... 55

Birgit Schwebs, DIE LINKE ..... 56

Stefan Köster, NPD ..... 57

Jochen Schulte, SPD ..... 57

B e s c h l u s s ..... 58

**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 30. Januar 2008 ..... 58

**Beginn: 9.04 Uhr**

**Vizepräsidentin Renate Holznapel:** Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 32. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Die Fraktion der FDP hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 5/1146 zum Thema: „Nein zu Mindestlohn bei Briefzustellern“ vorgelegt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Nie wieder Mindestlohn!)

Meine Damen und Herren, wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach dem Tagesordnungspunkt 25 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch darauf hinweisen, dass die in der gestrigen Sitzung durchgeführte Abstimmung zur Überweisung der Drucksache 5/1047 nicht als namentliche Abstimmung gemäß Paragraph 91 Satz 2 der Geschäftsordnung gewertet wird. Demzufolge hat diese Abstimmung auch keine Auswirkungen im Sinne des Paragraphen 11 Absatz 3 des Abgeordnetengesetzes.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Was heißt das?)

Gleichzeitig möchte ich Sie darüber informieren, dass die Fraktionen vereinbart haben, den Zusatztagesordnungspunkt, um den die Tagesordnung in der gestrigen Sitzung erweitert worden ist, nach Tagesordnungspunkt 33 aufzurufen.

Wir setzen jetzt vereinbarungsgemäß unsere Beratungen fort. Vereinbarungsgemäß rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Kein Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide, Drucksache 5/1056.

**Antrag der Fraktionen der  
SPD, CDU, DIE LINKE und FDP:  
Kein Luft-Boden-Schießplatz  
in der Kyritz-Ruppiner Heide  
– Drucksache 5/1056 –**

Das Wort zur Begründung hat der Vizepräsident und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Herr Bluhm.

**Andreas Bluhm,** DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion um den Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide ist lang, hat schon eine eigene Geschichte. 1991 hatte sich der Landtag erstmals mit den von der Bundeswehr genutzten Flächen für Schießplätze, Truppenübungsplätze, Kasernenstandorte und militärische Flugplätze der ehemaligen NVA und der Sowjetarmee befasst. Damals ging es um die Klärung, welche der Flächen weiterhin militärisch genutzt und welche in naher Zukunft in zivile Nutzung überführt und für den Naturschutz und den Tourismus zur Verfügung stehen werden. Diese Thematik war immer wieder Inhalt verschiedener Kleiner Anfragen an die Landesregierung in der 1. und in der 2. Legislaturperiode.

Ab der 3. Legislaturperiode befassten sich Kleine Anfragen, Anträge und eine Entschließung konkret mit der zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide, denn die Planungen eines Luft-Boden-Schießplatzes berührten wesentliche Interessen unseres Bundeslandes. Das Land Mecklenburg-Vorpommern war bis dahin nur unzureichend in die Planungen einbezogen worden und das regionale Raumordnungsprogramm für die Mecklenburger Seenplatte war mit dem Vorhaben nicht kompatibel. Außerdem ist die Region durch besondere naturräumliche Gegebenheiten, deren besonderen Schutz das Bundesnaturschutzgesetz, das Landesnaturschutzgesetz und die Festlegungen der Europäischen Union als Flora-, Fauna-, Habitat- und Vogelschutzgebiete festschreiben, gekennzeichnet.

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hatte gegen die Verwaltungsentscheidung des damaligen Bundesministeriums für Verteidigung vom 2. Juni 2003, den Truppenübungsplatz Wittstock gemäß einem Betriebskonzept vom Januar 2003 weiterhin als Luft-Boden-Schießplatz zu nutzen, Klage eingereicht. Der Landtag ersuchte die Landesregierung von Brandenburg, gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern beim Bund die Inbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes Wittstocker Heide zu verhindern. Der Umweltausschuss des Landtages war im September 2003 in die betroffene Region nach Mirow gereist und hatte eine öffentliche Anhörung zum Thema „Geplante Errichtung und Inbetriebnahme eines Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide“ durchgeführt und mit Sachverständigen des Bundesministeriums für Verteidigung, der Bürgerinitiative „Freier Himmel“, den Naturschutzorganisationen NABU und BUND, des Regionalen Planungsverbandes sowie des Tourismusverbandes Mecklenburgische Seenplatte diskutiert.

In der 4. Legislaturperiode enthielt sogar die Koalitionsvereinbarung eine entsprechende Festlegung in Ziffer 229, wonach alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen sind, um den Luft-Boden-Schießplatz, das sogenannte Bombodrom, in der Kyritz-Ruppiner Heide zu verhindern. Und auch in dieser Legislaturperiode befassten sich bereits verschiedene Kleine Anfragen und ein Antrag mit dieser Thematik.

Meine Damen und Herren, das Thema Luft-Boden-Schießplatz beschäftigt uns Politiker des Landes ganz aktuell. Heute befassen wir uns mit dem Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP, der erneut den Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide ablehnt. In diesem Antrag wird auch die Präsidentin des Landtages aufgefordert, weiterhin in gemeinsamen Aktionen mit den Präsidenten des Landtages Brandenburg und des Abgeordnetenhauses von Berlin gegenüber dem Deutschen Bundestag die ablehnende Haltung der Landesparlamente Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs und Berlins hervorzuheben. Ein ungewöhnlicher Appell in einer ungewöhnlichen Situation. Dieser Antrag macht deutlich, dass politisches Handeln auf allen Ebenen dringend geboten ist. Mit diesem Antrag soll dies durch den Einsatz aller denkbaren Akteure auf der parlamentarischen Ebene und der Exekutivebene des Landes sowie der betroffenen Nachbarländer erreicht werden.

Mit Blick auf diese Initiativen ist interessanterweise aber auch völlig nachvollziehbar festzustellen, dass sich im Laufe der Jahre im Parlament eine ebensolche Entwicklung vollzog wie im außerparlamentarischen Bereich.

Dem anfänglichen Aufbegehren Einzelner schlossen sich immer mehr als Verbündete an. Außerparlamentarisch bildeten sich Bürgerinitiativen, über 100 Protestwanderungen mit bis zu mehreren Tausend Teilnehmern wurden durchgeführt.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE:  
Die nächste ist am 1. Januar.)

Gerichte wurden angerufen. Die Befürworter einer zivilen Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide haben ihre Sorgen und Befürchtungen immer wieder entschieden und mit mutigen Willensbekundungen verbunden. Hartnäckig und phantasievoll streiten sie für ihre Auffassungen. Davon zeugen beispielsweise die jährlich am 1. Mai stattfindenden Wasserdemos in Mirow wie mittlerweile auch die 100 Protestschilder in den Städten und Dörfern auf Beschluss der kommunalen Angeordneten. Weitere besondere Beispiele für friedfertigen Protest und somit auch gelebte Demokratie couragierter Bürgerinnen und Bürger ließen sich aufzählen.

In der Landespolitik kein anderes Bild. Anfänglich waren es einzelne Abgeordnete, im Übrigen Frauen, die den Landtag aufforderten, ein Votum an die Bundesregierung zu richten, dass diese auf eine künftige militärische Nutzung der Heide verzichten möge. Eine Mehrheit fand sich für diesen Vorstoß seinerzeit noch nicht. Wie sehr sie jedoch sensibilisierten, beweisen in der Folgezeit gestellte Anfragen von Abgeordneten aller Fraktionen. Später erfolgten vielfältigste parlamentarische Initiativen, diesmal ausgelöst von Abgeordneten der betroffenen Region, und, was damals noch nicht selbstverständlich war, heute parteiübergreifend. Ihr Engagement, gewonnene Erkenntnisse und Einsichten der Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen und die im außerparlamentarischen Raum stattfindenden Ereignisse, insbesondere das beherzte Auftreten der Bürgerinitiative „Freier Himmel e. V.“, bewirkten, dass sich Fraktionen dieses Hauses gemeinschaftlich für die friedliche Nutzung der Heide aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Letztmalig hat das Haus dies im Frühjahr dieses Jahres getan. Zwischenzeitlich wurden die Thematiken vertiefend in den Ausschüssen des Landtages behandelt. Der Umweltausschuss führte eine Anhörung durch, auf der Vertreter der Bundeswehr und Vertreter der Bürger- und Naturschutzinitiativen ihre jeweiligen Sichtweisen darstellten. Minister unseres Landes sprachen in der Geschichte dieser Angelegenheit auf Ostermärschen. Die Landesregierung klagte wegen Verletzung der Planungs- und Vollzugshoheit des Landes für die Landesraumordnung.

Auch wenn es nun parlamentarisch wie außerparlamentarisch diese deutlichen Mehrheiten bei uns im Lande gibt, so sind die Positionierungen der an der Auseinandersetzung um die Heide Beteiligten grundverschieden und auch verhärtet.

Die Bundeswehr bekräftigt natürlich ihre Haltung. Sie will die Nutzung als Luft- und Boden-Schießplatz für die Durchführung einer einsatznahen Ausbildung und verweist auf internationale Einsätze und umfängliches Einsatzspektrum. Insbesondere wertschätzt sie die Qualität des Geländes zwischen Wittstock und Mirow.

Die Gegner einer Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes haben wiederum jeweils unterschiedliche Motive für ihre Haltung. Die überwiegende Mehrheit unter ihnen sieht speziell den Fluglärm als das Kernproblem an. Er beeinträchtigt die Gesundheit, belastet Natur und Umwelt und vergrault derzeit dort lebende Menschen wie auch Gäste unseres Landes, so ihr Argument. Darüber hinaus befürchten sie, dass es nicht bei den angekündigten etwa 1.700 Flügen der Bundeswehr bleiben würde, sondern dass die Heide für einen Import von Fluglärm, durch andere NATO-Armeen verursacht, erhalten müsste. Andere wiederum lehnen aus religiösen Motiven eine militärische Nutzung ab. Das wurde nicht zuletzt bei der geistlichen Besinnung während des diesjährigen Ostermarsches deutlich. Verweisend auf das fünfte Gebot äußerten Christen in Reden und auf Plakaten die Befürchtung, dass aus Übungseinsätzen tödlicher Ernst entstehen könnte.

Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft wiederum, insbesondere der Tourismuswirtschaft, verweisen darauf, dass gerade der Tourismus die einzige Chance für die ökonomische Entwicklung der Region ist. Um diese zu nutzen, hat man nach der Wende 450 Millionen Euro investiert. Die Kommunen ihrerseits steuerten 100 Millionen Euro bei und auch aus dem Landeshaushalt flossen circa 200 Millionen Euro Fördermittel. Sie sehen eine Gefahr für die Wirksamkeit dieser Investitionen und für eine positive wirtschaftliche Entwicklung in der Region und darüber hinaus.

Natur- und Umweltschützer warnen vor Lärm- und Schadstoffemissionen, die beispielsweise die Bestandentwicklung von Großvögeln wie Adlern und Kranichen bedrohen. Besorgnis äußern sie über die Gefahren für die Klarwasserseen, die den Schadstoffeintrag aus der Atmosphäre nicht verkraften.

Sozial Engagierte und Kulturinteressierte wiederum kritisieren die beabsichtigte Inbetriebnahme des Schießplatzes, weil er ein Posten der insgesamt fast 100 Millionen Rüstungsausgaben ist, die kalendertäglich anfallen. Sie können sich lebhaft auch eine andere Verwendung des Geldes vorstellen.

Und nicht zuletzt haben Pazifisten ihre Gründe für eine nichtmilitärische Nutzung der Heide. Die Vision, dass endlich eine Generation aufsteht, die Nein sagt zu jeglicher Art der Anwendung von Gewalt, die nicht mehr durch Schlachten und Gemetzel den Eintritt in die Geschichte findet, kann doch durchaus vom Norden Brandenburgs und dem südlichen Teil Mecklenburg-Vorpommerns ausgehend Wirklichkeit werden, so deren Argument.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Warum bin ich so ausführlich auf die unterschiedlichen Interessenlagen beim Pro und Kontra um den Luft-Boden-Schießplatz eingegangen? Aus einem einzigen Grund: Als Parlament sind wir Spiegelbild der Gesellschaft. Alle diese verschiedenen Argumente sind uns nicht fremd, so manche sind uns, mehr oder weniger ausgeprägt, auch eigen. Deshalb ist es auch keine Selbstverständlichkeit, dass sich Abgeordnete aus vier demokratischen Fraktionen hinter diesem Antrag zusammenfinden können, vier Parteien mit unterschiedlichen Weltansichten und Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben; darunter Abgeordnete, denen das Argument der Bundeswehr nachvollziehbar und eingängig ist, die jedoch andere Motive abwägen und diese für gewichtiger befinden, dem Antrag die Zustimmung geben; darunter Abgeordnete,

die sich einer reinen weltanschaulich oder auch einer ökologisch oder ausschließlich wirtschafts- oder sozialpolitisch motivierten Argumentation nicht anschließen würden. Dennoch bekunden wir einzelne Bedenken und Befindlichkeiten zurückstellend Einmütigkeit. Das ist gut für die Menschen in unserem Land. Das ist ein Zeichen, das die Menschen in dieser Frage von diesem Parlament erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Deshalb danke ich an dieser Stelle den Kollegen unter uns, die sich um die Ausgewogenheit dieses Beschlusstextes und somit um seine Zustimmungsfähigkeit gesorgt haben. Nennen möchte ich stellvertretend die Abgeordneten Ringguth, Ritter, Dr. Körner, Schnur und Koplin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei all dem Gesagten ist wichtig, dass wir heute erneut unserem Willen Ausdruck verleihen. Das Landesverwaltungsgericht Brandenburg hat am 31. Juli dieses Jahres in einem Musterverfahren der Klage der Gemeinde Lärz und des Betreibers eines Hotels in dieser Gemeinde Recht zugesprochen. Hierzu ist jedoch Berufung von unterliegender Seite eingelegt worden. Weitere 17 Klagen sind anhängig. Dort geht es um Planungshoheit der Gemeinden und des Landes, um die Rechte von Anwohnern und die Belange des Naturschutzes.

Der Urteilsspruch von Potsdam hat einiges bewirkt. Bundeswehrverband und auch Bundesminister lassen Nachdenklichkeit erkennen. Der Bundesrechnungshof hat Steuergeldverschwendung gerügt, im Bundestag bemühen sich die Abgeordneten Bahr, Nachtwei und Tackmann um einen fraktionsübergreifenden Gruppenantrag. Die Bürgerinitiativen lassen nicht locker, auch der Bund der Steuerzahler ist mit der Thematik befasst. Nunmehr gilt es, unseren Positionen Nachdruck zu verleihen und das Bundesverteidigungsministerium zu einer Abkehr von seinen Plänen zu bewegen.

Im März dieses Jahres hat die Präsidentin in einem Gespräch mit der Aktionsgemeinschaft „Freier Himmel e. V.“ zugesagt, sich mit ihrem brandenburgischen Kollegen Gunter Fritsch darauf zu verständigen, dass sie gemeinsam als Parlamentspräsidenten öffentlich für eine zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide werben und eine Zusammenarbeit von Ausschüssen beider Landtage anregen wollen. Am Rande der gemeinsamen Veranstaltung der Landtage von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im April 2007 in der Jugendbegegnungsstätte Ravensbrück ist dies thematisiert worden. Zu dem Dritten im Bunde, dem Amtskollegen des Berliner Abgeordnetenhauses, Walter Momper, wird der Landtag in Kürze Kontakt aufnehmen.

Ich bin zuversichtlich, dass ein gemeinsames Votum dreier Landesparlamente gegen einen Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide eine gewichtige Rolle im weiteren Entscheidungsfindungsprozess um die Zukunft dieser länderübergreifenden Region spielen kann. Erstmals würden die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg für dieses Ziel über das Maß ihrer bisherigen Einzelbemühungen hinaus in einer konzertierten Aktion wirken. Erstmals würden die Parlamentspräsidenten der drei Länder mit der Autorität ihres Amtes dem gemeinsamen Willen der Abgeordneten nachhaltig Gewicht verleihen. Erstmals würden Ausschüsse in dieser Frage länderübergreifend und ebenen-

übergreifend zusammenwirken. Ähnliches gilt für die Ministerien und Planungsbehörden.

Darüber hinaus ist der heutige Beschluss gerade angesichts der bekannten Haltungen der Fraktionen auf Bundesebene in besonderer Weise eine Selbstverpflichtung, wollen wir doch unsere jeweiligen Fraktionen im Deutschen Bundestag für ein politisches Handeln im Sinne des Bürgerwillens und der gerichtlichen Entscheidungen gewinnen, denn das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist der Kernpunkt dieses Antrages. Eine nachhaltige Lösung des Problems ist nur auf politischem Wege zu finden. Tun wir also das Unsere dafür, um diese Lösung herbeizuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Bluhm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

**Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es gibt immer wieder Fragen, die strittig erörtert werden, auf die es aber nur eine vernünftige Antwort geben kann, und das gilt für einen Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide: Wir brauchen diesen Schießplatz nicht und wir wollen diesen Schießplatz nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Was wir wollen, ist eine friedliche Nutzung der Heide, denn davon hängen viele Arbeitsplätze ab. Damit steht und fällt die Lebensqualität in einer ganzen Region. Die Stadt Waren und die Müritzregion sind auf eine florierende Tourismusbranche angewiesen. Die Menschen dort haben in diesem Bereich viel geleistet, sie haben eine Menge investiert. Das Bombodrom würde das Leben in den Städten und Dörfern dieser Region spürbar verändern. Machen wir uns doch nichts vor, die Urlaubsgäste kommen hierher, um die Ruhe und Unberührtheit der Natur zu genießen, und all das wäre durch die Inbetriebnahme des Schießplatzes gefährdet.

Meine Damen und Herren, Herr Bluhm hat schon darauf hingewiesen, seit Jahren schon wird in verwaltungsgerichtlichen Streitigkeiten um diese Frage gerungen. Im Sommer folgte das Verwaltungsgericht Potsdam der Rechtsauffassung der Gemeinde Lärz aus unserem Land, dass der Schießplatz nicht, wie beabsichtigt, in Betrieb genommen werden darf. Aber – das müssen wir hier auch sagen – der Streit ist damit noch längst nicht ausgestanden, denn die Instanzenwege sind lang. Aber wir haben für unsere ablehnende Position jetzt von anderer Seite Beistand bekommen. Bereits in der vorletzten Woche war in der Presse nachzulesen, dass der Bundesrechnungshof argumentiert, dass die Nutzungskonzepte der Luftwaffe für ihre Übungsmöglichkeiten nicht mehr annähernd dem tatsächlichen Bedarf entsprechen würden. Seit Jahren würde die Luftwaffe ihre Übungsplätze für Luft-Boden-Kampfeinsätze nicht auslasten und nur einen Bruchteil der Übungen fliegen.

Ich frage hier: Was braucht die Bundeswehr daher weitere Übungsplätze? Die Bundeswehr kam bisher ohne den geplanten Bombenabwurfplatz aus und ich kann nicht erkennen, dass sich hier ein neuer Sachstand ergeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und FDP)

Sind nicht wir alle, die mit Steuergeldern umzugehen haben, in der Haushaltsführung zur Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit aufgefordert, sondern sogar per Gesetz dazu verpflichtet? Gilt dies nicht auch für das Bundesministerium der Verteidigung, meine Damen und Herren? Deshalb will sich mir die Haltung dieser obersten Bundesbehörde in keiner Weise erschließen, wenn sie nach wie vor am Bombenabwurfplatz festhält und behauptet, es gäbe keine Alternative.

Meine Damen und Herren, auch auf politischer Seite wird die Zahl derjenigen, die sich unserer Position anschließen, immer größer. Mit meinem brandenburgischen Amtskollegen bin ich mir einig, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern ziehen hier ganz deutlich an einem Strang. Und der Hamburger Bundesparteitag der SPD hat sich im Oktober in drei Beschlüssen für eine friedliche Nutzung der Heide ausgesprochen. Bundesverteidigungsminister Jung wird aufgefordert, ohne Zeitverzug die Pläne für ein Bombodrom aufzugeben. Und ich begrüße es sehr, dass sich alle hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertretenen demokratischen Parteien zusammengetan haben, um sich mit einem Antrag gegen die Errichtung des Schießplatzes auszusprechen. Herr Bluhm hat schon die Abgeordneten hervorgehoben, die sich hier besonders engagiert haben. Jeder kann sich auf seiner Ebene dafür starkmachen, um die Entscheidungsträger und die jeweiligen Fraktionen im Deutschen Bundestag von unserer Auffassung zu überzeugen, damit es endlich zu einer Klärung kommt, denn die brauchen wir dringend.

Meine Damen und Herren, das ist hier kein Protest einzelner, das ist ein Protest vieler Menschen, inzwischen eine der größten Bürgerbewegungen in Deutschland. Hier steht eine ganze Region gegen die Wiederinbetriebnahme des Schießplatzes. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber auch – und das will ich ganz deutlich hervorheben: Es ist kein Protest gegen die Bundeswehr! Die Bundeswehr hat wirtschaftlich und gesellschaftlich eine wichtige Rolle in Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist akzeptiert und anerkannt bei uns. Das sollte die Bundeswehr wissen.

(Michael Andrejewski, NPD: Solange sie nicht nach Afghanistan geht.)

Die Landesregierung hat sich deshalb in den vergangenen Jahren immer wieder für den Erhalt der Bundeswehrstandorte eingesetzt und hier im gegenseitigen Dialog mit den Verantwortlichen auch viel erreicht. Wir lehnen nicht die Bundeswehr, sondern diesen Übungsplatz ab, und wir stellen die berechnete Frage: Wenn die Bundeswehr viele Jahre ohne diesen Platz auskommen konnte, warum sollte das nicht auch in Zukunft möglich sein?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und FDP – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, für die Entwicklung einer ganzen Region muss endlich Klarheit her. Die Verantwortlichen sollten sich bewusst werden, dass hier viele

Menschen wohnen, die hier ihren Lebensunterhalt verdienen und für die wichtige wirtschaftliche Weichenstellungen in der persönlichen Planung von der Lösung dieses Streites abhängen. In der Region sind Hunderte Millionen Euro in den Tourismus investiert worden und diese Investitionen wären gefährdet durch Fluglärm. Es ist die Aufgabe der Politik, für die berechtigten Interessen der Menschen einzutreten und Partei zu ergreifen, und das tun wir. Das geht zwar manchmal nicht ohne die Interessenabwägung und den Interessenausgleich. In diesem Fall liegt die Antwort aber ganz klar auf der Hand: Wir wollen und brauchen keinen Luftwaffenübungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann von der Fraktion der NPD.

**Raimund Borrmann, NPD:** Bürger des Landes! In erneuter ...

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, wir haben Sie in vielen Landtagssitzungen schon darauf aufmerksam gemacht, wie die Anrede zu erfolgen hat. Deswegen erteile ich Ihnen jetzt einen Ordnungsruf und bitte Sie, Ihren Redebeitrag vernünftig zu beginnen.

(Udo Pastörs, NPD: Was ist vernünftig?)

**Raimund Borrmann, NPD:** Ich setze meinen Redebeitrag fort.

(Dr. Wolfgang Methling, DIE LINKE: Er scheint ja doch nicht so klug, wie er tut.)

In erneuter Eintracht, sozusagen im Block, bringen die Parteien einen Beschlusssentwurf mit dem Antrag ein, der eine Ablehnung der Inbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner Heide bekräftigt. Was für eine absurde Situation! Der großkoalitionäre SPD-CDU-Landesregierungsplaner von Mecklenburg-Vorpommern, sekundiert von den Trabanten DIE LINKE und FDP, richtet an den großkoalitionären CDU-SPD-Bundestagsregierungsfixstern eine Entschließung, mit der er gegen das im Volksmund genannte Bombodrom peditiert. Die Landtagsfraktionen sollen sich mit ihren Fraktionen im Bundestag ins Benehmen setzen. So benehmen sich die ehrbaren Demokraten! Im Landtag raufen sie sich gegen den Bombenabwurfplatz auf, während zur gleichen Zeit ihre Genossen, Brüder und Schwestern im Bundestag eine Regierung stützen, die partout das alte Areal für Bombenexperten herrichten will. Diese Bundesregierung will bekanntlich die Demokratie und Freiheit jenseits des Urals am Hindukusch verteidigen.

Wie bewerten wir Nationaldemokraten dieses Vorgehen? Entweder leiden die Regierungsparteien in Land und Bund an einer schweren Bewusstseins-, Willens- und Wertespaltung – wir fragen uns: Will der Schwanz mit dem Hund wackeln? – oder ist das Ganze eine bewusste Theaterinszenierung, bei der wir und die Bürger des Landes das Stück „Guter Polizist und böser Polizist“ geboten bekommen? Dieser Wir-Landespolitiker-wünschen-uns-etwas-von-unseren-Bundesgenossen-Adventsantrag ist eine Weihnachtsoption ohne Bescherung, ein Antrag, wie er sich zu Zeiten des Wiener Kongresses anno 1850 nicht besser hätte stellen lassen können. Man achtet auf

die Etikette des Hohen Hauses. Was für eine servile, ja sklavische Art, sich einzuschmeicheln, ohne anzuecken bei denen, die Angriffskriege führen, sich an ihnen beteiligen, sie dulden oder mangels Souveränität dulden müssen, wenn Flugzeuge des Aggressors USA von Deutschland aus in den Irak starten. Mit keinem Wort setzen die Antragssteller gegen jene ein Zeichen, die Angriffskriege und Zivilterror vorbereiten wollen. Vernichtende Luftherrschaft ist die erste Voraussetzung eines Aggressors. Mit keinem Wort erwähnen die Landtagspetenten, dass es nicht nur um Fluglärm geht, sondern auch um hochtoxische Stoffe. Der verwendete Treibstoff JP-8 enthält diese.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ja.

Wenn bei Übungsflügen 100.000 Tonnen JP-8 verbrannt werden, resultiert daraus eine Abgaswolke von 1,4 Milliarden Kubikmetern. JP-8 bewirkt eine multiple Chemikaliensensibilität,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Ich glaube, der Umweltausschuss  
hat dazu eine Anhörung gemacht.)

Allergien, Krebserkrankungen, Bronchial-, Lungen- und Nierenschäden, Herz- und Kreislaufkrankungen sind die Folge.

(Unruhe bei Abgeordneten der  
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Sebastian Ratjen, FDP)

Auslöser all dieser Erkrankungen ist ein geschwächtes Immunsystem und dann steigen die AIDS-Erkrankungen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Der US-amerikanische Toxikologe Mark Witten ...

(Zurufe von Mathias Brodkorb, SPD,  
und Irene Müller, DIE LINKE)

AIDS heißt, erworbene Immunschwäche.

Der US-amerikanische Toxikologe Mark Witten sagt: „Ich habe noch nie einen Stoff untersucht, der die Abwehrkraft von Säugetieren so gründlich schädigt wie JP-8“.

Wozu brauchen die NATO und das BRD-System einen Boden-Luft-Schießplatz? Um Bomben abzuwerfen, vielleicht nach Belgrad und Bagdad, auf Teheran. Bomben der sogenannten Befreier haben bekanntlich unsere Städte im letzten Krieg in Schutt und Asche gelegt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oh! –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Die Zeit ist um. –  
Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Endlich, endlich!)

Wie vielen Zivilisten hat dieses Feuer der Hölle das Leben gekostet? Sechs Millionen – wer weiß das schon? Es ist nicht unsere Absicht, um Brandopferzahlen zu feilschen. Jene, die die Höllenkost des Feuersturms über sich ergehen lassen mussten, werden es uns nachsehen.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte beenden Sie Ihren Redebeitrag.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

**Raimund Borrmann, NPD:** Eine Aufgabe, der Sie nicht gewachsen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/1056. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP auf Drucksache 5/1056 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, bei zwei Gegenstimmen, mit Zustimmung der Fraktion der FDP, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Wohngeldnovelle muss Leistungsverbesserungen beinhalten, Drucksache 5/1050.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Wohngeldnovelle muss Leistungs-  
verbesserungen beinhalten  
– Drucksache 5/1050 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

**Regine Lück, DIE LINKE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wohnen ist ein Menschenrecht und gehört in das Grundgesetz! Das ist der Standpunkt meiner Partei. Dazu gehört bezahlbarer und angemessener Wohnraum. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung anderer wohnungsrechtlicher Vorschriften vorgelegt. Dieser sieht allerdings lediglich Vereinfachungen im Vollzug, Klarstellungen und eine bessere Verständlichkeit für Anwender und Betroffene vor. Die einzige wirklich inhaltliche Änderung ist der vorgesehene Wegfall der Baualtersklassen.

Die mit der Novellierung vorgesehenen Änderungen will ich hier nicht schlechtreden. So begrüßen meine Fraktion und ich den Wegfall der Baualtersklassen, denn Wohngebäude älteren Baujahrs haben nicht automatisch geringere Mieten. So haben nach dem aktuellen Mietpiegel der Hansestadt Rostock Altbauwohnungen in Innenstadtlage neben den Nachwendebauten die höchsten Kaltmieten. Der Wegfall der Baualtersklassen kommt also Wohngeldempfängern, die in älteren Häusern wohnen, zugute. Von den Mehrkosten, die sich Bund und Länder teilen, entfallen 4,2 Millionen Euro auf unser Land.

Ich stimme insoweit mit meinem Kollegen Udo Timm überein, dass dieses als Verbesserung zu werten ist. Kollege Timm, Sie übersehen aber, dass trotz dieser im Doppelhaushalt 2008/2009 eingestellten Mehrausgaben, die vorgesehenen Ausgaben für Wohngeld im Jahr 2008 um rund 12 Millionen Euro geringer sein werden als im Jahr 2006. Völlig inakzeptabel ist, dass mit der Novellierung keine Leistungsanpassung verbunden ist. Wohnungs- und sozialpolitische Zielstellung der Bundesregierung ist laut Wohngeld- und Mietenbericht 2006 die Harmonisierung der wohnungsbezogenen Leistungen.

Diesem Ziel ist die Bundesregierung mit diesem Gesetzentwurf nicht nachgekommen. Die Ausschüsse des Bun-

desrates empfehlen eine kontinuierliche Anpassung des Wohngeldes an die Preis- und Einkommensentwicklung. Sie fordern die Bundesregierung auf, die Wohngeldleistungen angemessen anzupassen. Ebenso beinhaltet die Ausschussempfehlung einen Prüfauftrag zur Anhebung der Einkommensgrenzen. Dieser Gesetzentwurf wurde folgerichtig vom Bundestag nicht verabschiedet, sondern in die Ausschüsse verwiesen. Damit besteht noch die Chance, eine überfällige Leistungsverbesserung im Wohngeldrecht zu erwirken.

Meine Damen und Herren, die letzte Leistungsanpassung im Wohngeldrecht erfolgte 2001. Erreicht wurde diese Leistungsverbesserung durch die Anhebung der Miethöchstbeträge, die Anhebung der Werte in den Wohngeldtabellen sowie die Anhebung der Einkommensgrenzen. Davor erfolgte eine Leistungsanpassung letztmalig im Jahre 1990. Die neuen Bundesländer, für die das Wohngeld erst im Jahr 1991 eingeführt wurde, waren allerdings aufgrund des Wohngeldsondergesetzes beziehungsweise von Sonderregelungen bessergestellt als die alten Bundesländer. Auch in unserem Land erhielten daher Wohngeldempfänger bis Ende 2000 ein höheres Wohngeld als Empfänger mit gleichen Einkommen und Wohnkosten in den alten Bundesländern. Mit der Novelle 2001 wurde lediglich das Leistungsniveau in den alten Ländern an das höhere Niveau der neuen Bundesländer angeglichen und somit für alle Länder vereinheitlicht. Von einer wirklichen Leistungsverbesserung konnte daher nur für die alten Bundesländer gesprochen werden.

In unserem Land wurde laut Wohngeldstatistik bereits im Jahr 2005 selbst nach Gewährung von Wohngeld mehr als ein Drittel des Einkommens für Wohnkosten aufgebracht. Mehr als ein Drittel des Einkommens! Ohne Wohngeldzahlung hätte der Wohnkostenanteil bereits 2005 bei rund 47 Prozent des Einkommens gelegen. Mittlerweile dürfte dieser Anteil bei rund der Hälfte des verfügbaren Einkommens liegen, wohlgernekt ohne Kosten für Heizung, Warmwasser und Strom. Ein Unding, meine ich! Ich erinnere: Im Wohngeldgesetz wird derzeit nur die sogenannte Bruttokaltmiete berücksichtigt, damit bleiben Heiz- und Warmwasserkosten außen vor. Ein Grund für diesen hohen Wohnkostenanteil liegt darin, dass mehr als 51 Prozent aller Wohngeldbezieher im Land tatsächlich eine höhere Miete zahlen müssen, als bei der Wohngeldberechnung zugrunde gelegt wird. Bundesweit sind es sogar rund 60 Prozent. Eine Anpassung an die Leistungsentwicklung ist deshalb zwingend notwendig.

Meine Fraktion und ich schließen uns der Forderung des Deutschen Mieterbundes an, der 15 Prozent mehr Wohngeld fordert. Dieses könnte durch Berücksichtigung der tatsächlichen Mietkosten und durch die Anhebungen der Werte in den Wohngeldtabellen erfolgen. Basis könnte der Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes sein.

Meine Damen und Herren, seit Einführung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, der für viele Menschen verheerenden Hartz-IV-Gesetze, werden für Bezieher von Transferleistungen die Kosten für die Unterkunft und die Heizung übernommen, auch wenn man sich darüber streiten könnte, ob dieses angemessen erfolgt. Fest steht: Seither reduzierte sich die Anzahl der Empfängerhaushalte für Wohngeld deutlich. So lag 2006 die Anzahl in unserem Land bei rund 30.600, während es 2004 noch 116.000 und damit fast viermal

so viel Haushalte waren. Und es werden jährlich immer weniger Anspruchsberechtigte. Wohngeldempfänger sind also in der Minderheit, und das, obwohl deren Anteil in unserem Land weit mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt ist.

Mit Hartz IV und der damit verbundenen Neuregelung im Wohngeldrecht sollte das Wohngeld auf seine eigentliche Zielgruppe konzentriert werden. Diese Zielgruppe sind Haushalte mit geringem Einkommen, jedoch oberhalb der Bedürftigkeitsschwelle der Sozialhilfe und damit oberhalb des Existenzminimums. Laut Wohngeld- und Mietenbericht 2006 sollten insbesondere Erwerbstätige mit geringem Einkommen, Familien mit Kindern, Rentner, Rentner außerhalb der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Erwerbslose mit Arbeitslosengeld I im Wohngeld verbleiben.

Die Realität sieht aber anders aus. Die soziale Struktur der Wohngeldempfänger hat sich deutlich verändert. So beträgt der Anteil der Erwerbstätigen landesweit nicht einmal mehr ein Drittel. Nur noch knapp zehn Prozent sind Arbeitslosengeld-I-Empfänger und über die Hälfte sind Rentner, die das Wohngeld beziehen. Dazu gehören rund 275.000 Haushalte, die bundesweit nur aus dem einen Grund zu Hartz-IV-Empfängern werden, weil sie mit Wohngeld schlechtergestellt sein würden. Deshalb fordern wir deutlich mehr Wohngeld und als neue Qualität im Wohngeldrecht die Einbeziehung der Heizkosten in die zuschussfähige Miete beziehungsweise in den Lastzuschuss.

Angesichts der exorbitant gestiegenen und weiter steigenden Energiepreise gibt es dazu gar keine Alternative oder Sie nehmen in Kauf, dass noch mehr Haushalte in Hartz IV abgedrängt werden. 35.000 sogenannte Aufstocker leben allein in unserem Land. Das sind Menschen, die trotz Vollzeitarbeit so wenig verdienen, dass sie Anspruch auf ergänzende Arbeitslosengeld-II-Leistungen haben. Absurd ist, dass einerseits ihr verfügbares Haushaltseinkommen nicht ausreicht, um neben den Lebenshaltungskosten auch die Kosten für ein angemessenes Wohnen aufzubringen, andererseits überschreiten sie aber die derzeit im Wohngeldrecht geltenden viel zu niedrigen Einkommensgrenzen und sind deshalb nicht anspruchsberechtigt. Um den Empfängerkreis für Wohngeld auszudehnen, ist eine spürbare Anhebung der Einkommensgrenzen notwendig. Wohngeld muss wieder den Stellenwert erhalten, für den es 1961 in der Bundesrepublik eingeführt wurde. Es soll einkommensschwache Haushalte von Wohnkosten entlasten, indem ein Zuschuss gezahlt wird, und dies muss oberhalb des Existenzminimums erfolgen.

Den Empfehlungen der Bundesratsausschüsse unter Federführung des Ausschusses für Städtebau, Wohnungswesen und Raumordnung sollte bei der Anhebung der Einkommensgrenzen und bei einer angemessenen Anpassung der Wohngeldleistungen gefolgt werden. Darüber hinaus müssen die Heizkosten mit einbezogen werden. DIE LINKE sagt: Ohne Wenn und Aber muss mit der Wohngeldnovelle eine Leistungsverbesserung einhergehen! Wir erwarten, dass Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, das mittragen. Deshalb bitte ich um getrennte Abstimmungen zu den Punkten I und II.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Lück.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung Herr Dr. Ebnet.

**Minister Dr. Otto Ebnet:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Wohngeldgesetz ist ein Bundesgesetz und es steht im Moment im Bundestag zur Novellierung an, es wird dort beraten. Vorgestern wurde dazu eine Anhörung durchgeführt. Ich denke, die Ergebnisse dieser Anhörung müssen ausgewertet werden. Die Partei DIE LINKE hat hier ähnliche Forderungen in den Landtag eingebracht, wie sie auch von ihr im Bundestag eingebracht wurden. Ich meine, im Bundestag sind sie auch richtig platziert.

Die veränderte Bedeutung des Wohngeldes wurde von Frau Lück eben schon erwähnt und unterstrichen. Wir hatten tatsächlich 2004 im Land 115.000 Wohngeldempfänger, jetzt sind es noch 30.000. Das hat aber nichts mit einer Kürzung des Wohngeldes zu tun, sondern mit einer Neuregelung für die meisten Leistungsempfänger, die jetzt ihre Leistung für die Wohnung im Rahmen von Hartz IV erhalten.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das wissen wir auch.)

Die Struktur der Wohngeldempfänger hat sich ebenfalls verändert. 51 Prozent der Wohngeldempfänger sind heute Rentner. Aber das heißt noch nicht, dass das Wohngeld zu einer Restgröße werden darf, sondern es ist weiterhin für die betroffenen Personen wichtig und muss erhalten und fortentwickelt werden.

Meine Damen und Herren, es trifft aber nicht zu, dass hier eine reine Verwaltungsvereinfachung der Inhalt dieser Gesetzesnovelle im Bundestag wäre, denn es findet auch eine wesentliche Leistungsverbesserung statt. Es geht hier nicht um die allgemeine Anhebung des Wohngeldes, sondern es geht um die Beseitigung einer, wie ich glaube, eklatanten Ungerechtigkeit im Rahmen des Wohngeldes. Stellen Sie sich Folgendes vor: Sie haben zwei Personen, die haben jeweils ein identisches Einkommen, sie zahlen die gleiche Miete, aber der eine wohnt in einem Neubau und der andere in einem Altbau. Der im Altbau bekommt weniger Wohngeld als der in einem Neubau. Das ist schwer verständlich und sozial nicht begründbar. Das ist nur aus der Historie einmal begründbar gewesen, dass die Mieten in Altbauwohnungen niedriger waren als in Neubauwohnungen, aber das trifft heute nicht mehr zu. Ich denke, es ist gut und richtig, dass diese Ungerechtigkeit innerhalb des Wohngeldsystems beseitigt wird. Das ist aus meiner Sicht die vordringliche Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Und das wird für einen Teil der Wohngeldempfänger zu einer wesentlichen Verbesserung der Wohngeldleistungen, nämlich für diejenigen, die in Altbauwohnungen leben. Und zufällig, es ist wirklich zufällig, entspricht diese Leistungsverbesserung insgesamt – im Landshaushalt kann man es ablesen – etwa einer durchschnittlichen Anhebung von etwa 15 Prozent beim Wohngeld. Damit wäre die Forderung der LINKEN auf einem anderen Weg erfüllt.

Aber die Frage, die sich natürlich stellt, ist immer die: Ist ein Glas halb voll oder ist es halb leer? Klar ist, dass das Wohngeld weiterhin der Novellierung, der Überarbeitung und gegebenenfalls auch der Anpassung bedarf. In diesem Schritt, der jetzt gegangen werden soll, finden aber eine wesentliche Verbesserung und eine Beseitigung von Ungerechtigkeiten statt. Ich denke, dieser Schritt sollte von allen gemeinsam gegangen werden. Und wenn ich die Frage stelle, ist das Glas nun halb voll oder ist es halb leer, so lautet meine Antwort: Es ist halb voll und deshalb sollten wir diesen Schritt auch gehen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Stein von der Fraktion der CDU.

**Peter Stein,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst einmal zum Wasser.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie gestern Weihnachtsfeier gehabt? – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Nein, ausnahmsweise nicht. Die habe ich heute Abend erst noch vor mir, deshalb bin ich jetzt noch ein bisschen vorsichtig. – Danke.

Wie immer, wenn ich nach Minister Ebnet hier ans Mikro treten darf, ist eigentlich nicht mehr allzu viel zu sagen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Oh!)

Seit über 40 Jahren werden in der Bundesrepublik bei Bedarf Wohnkosten durch das Wohngeld bezuschusst. Für viele Menschen unseres Landes ist diese Leistung des Sozialstaates unverzichtbar. Ich glaube, da sind wir uns auch alle einig.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ihr Vorgänger hat mehr gesagt.)

Dennoch muss klar festgestellt werden, und Frau Linke hat das ja eigentlich auch umfassend erläutert, dass ...

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das war Frau Lück! Das war Frau Lück!)

Entschuldigung, Frau Lück war es, genau.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: So viel Zeit muss sein!)

Die beiden Namen verwechsle ich manchmal, das muss ich zugeben, nicht optisch, aber einfach die Namen. Es tut mir leid.

Es wurde also von Frau Lück klar dargelegt, dass mit der Hartz-IV-Gesetzgebung das Wohngeld umfassend berührt worden ist. Das Wohngeld wurde auf einen Kernbereich von Leistungsempfängern zurückgeführt, und zwar im Wesentlichen auf Menschen mit niedrigem Einkommen beziehungsweise überwiegend niedriger Rente. Durch die Vollkostenübernahme für das Wohnen bei ALG-II-Empfängern im Rahmen der Grundsicherung ist hier ein großer Teil der Wohngeldempfänger entfallen. Gerade hier wird wieder einmal deutlich, dass Sie, meine Damen und Herren der Linkspartei, in der vergangenen Legislatur alle Möglichkeiten hatten, um die mit der Hartz-IV-Gesetzgebung verbundenen Neuregelungen zu verhindern oder zu verändern.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?! – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Sind wir hier im Bund?)

Schon damals wurde Ihnen der Spagat zwischen der Regierungsverantwortung einerseits und den Demonstrationen gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung andererseits nicht abgenommen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, dann sollten Sie sich mal ganz genau erkundigen!)

Und gerade aus diesem Grunde, das werden Sie sicherlich verstehen, werden wir auch den vorliegenden Antrag Ihrer Fraktion ablehnen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Mecklenburg-Vorpommern hat sich im Bundesrat enthalten. Haben Sie das nicht zur Kenntnis genommen? – Zurufe von Gabriele Měšťan, DIE LINKE, und Irene Müller, DIE LINKE)

Und mal ganz nebenbei bemerkt, dieser Spagat ist vielleicht auch Ausdruck Ihres Wahlergebnisses gewesen, weil verbogene Politik nun mal nicht gewählt wird.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich glaube, wir haben nicht so viel verloren an Wählerstimmen wie Sie. – Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ziel der Bundesregierung – das kann man auch überall nachlesen – ist es, den Verwaltungsaufwand im Vollzug zu vermindern und Abläufe zu vereinfachen. Wohngeldmittel sollen in Zukunft effizienter eingesetzt werden können. Hier wird also gleichzeitig, und das ist ja unser aller Anliegen, ein Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Mit dem Bürokratieabbau geht es auch immer hin und her. Mal wird Demokratie abgebaut, mal nicht.)

Im Einzelnen sieht der Gesetzentwurf unter anderem folgende Änderungen – ich will nicht alle vorlesen – vor, dass erstens der wohngeldrechtliche Haushaltsbegriff fortentwickelt werden soll, das heißt, alle Mitglieder einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft sollen künftig in diesen nach dem Mittelpunkt ihrer Lebensbeziehung einbezogen werden. Dadurch entfällt – Bürokratieabbau – die für die Verwaltung äußerst kompliziert durchzuführende Verwaltungsrechnung.

Der Verzicht auf unterschiedliche Baualtersklassen wurde ebenfalls von Frau Lück schon erwähnt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Er hat's! Er hat's!)

Auch hier ist natürlich ganz maßgeblich nicht nur der Bürokratieabbau zu berücksichtigen, sondern auch eine Vereinfachung in der Behandlung der unterschiedlichen Antragstellungen. Und ganz nebenbei, gerade in Ostdeutschland, gerade am Beispiel von Rostock oder unserer Städte generell in Mecklenburg-Vorpommern, es ist schon ein Unterschied, ob man einen relativ einheitlichen Sanierungsstand hat, wie wir es gerade hier haben oder wie in den alten Bundesländern, wo dann doch über mehrere Jahrzehnte ein unterschiedlicher Standard vorzufinden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme eine Vielzahl von Anregungen eingebracht. Sie werden im weiteren Verfahren – der

Minister erwähnte es – ihre entsprechende Berücksichtigung finden. Die von Ihnen hier aufgeworfenen Forderungen vermengen nach unserer Ansicht das Wohngeldgesetz mit den Hartz-IV-Regelungen. Sie tun hier so, als ob die Anhebungen der Wohngeldzahlungen in Gänze in unserem Land nicht stattgefunden hätten. Klar herauszustellen ist, dass die Hartz-IV-Empfänger die sogenannten Kosten der Unterkunft, einschließlich der Heizkosten, außerhalb des Wohngeldgesetzes erstattet bekommen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Irgendwie habe ich das Gefühl, er hat den Antrag gar nicht gelesen.)

Wieder einmal versuchen Sie, meine Damen und Herren der LINKEN, den Menschen vorzuschwindeln, dass Sie die einzige Partei mit einem sozialen Gewissen sind.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Ich habe Ihnen nicht vorgeworfen, dass Sie es gesagt haben. Ich stelle nur fest, dass das immer wieder ein Grundtenor Ihrer Anträge ist, uns vorzuhalten, wir hätten alle kein soziales Gewissen, sondern Sie seien die Einzigen, die das hier in diesem Parlament tragen und vortragen würden.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Na wir sind nun mal die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Das werden Sie noch begreifen. Wenn es so ist, dann muss man es auch so sagen.)

Sie hätten für diesen Antragsinhalt allerdings eintreten können und müssen, als Sie hier Regierungsverantwortung gehabt hatten.

(Regine Lück, DIE LINKE: Wenn Sie zustimmen, haben Sie ja ein soziales Gewissen. – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ich frage Sie noch einmal: Sind wir hier im Bundestag? – Irene Müller, DIE LINKE: Im Bund?)

Und aus diesen vorgenannten Gründen lehnt meine Fraktion den vorliegenden Antrag selbstverständlich ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Stein.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

**Ralf Grabow, FDP:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP-Bundestagsfraktion hat bereits in der letzten Legislaturperiode ihre Forderung zu einer Novellierung des Wohngeldgesetzes deutlich gemacht.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

In einem Antrag forderten die Liberalen, das Wohngeld zu erhöhen, die Zielgenauigkeit des Wohngeldes zu verbessern und die Bürokratie zu verringern, die mit der Bereitstellung von Wohngeld für Mieter und – nicht zu vergessen – auch für Wohneigentümer verbunden ist. Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten die Mieter schon seit dem 01.01.1999 ein höheres Wohngeld in der Geldbörse gehabt. Doch dieser Zeitpunkt zur Erhöhung des Wohngeldes ist seinerzeit von SPD und Grünen mieterfeindlich verpasst worden. Die Reform des Wohngeldgesetzes steht damit immer noch aus. Der nun Ende November 2007 in Erster Lesung im Bundestag behandelte Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Wohngeldes war zwischen den Regierungsparteien

im Koalitionsvertrag vereinbart und damit keine große Überraschung. Allerdings überraschte der Inhalt schon, denn die Koalitionsparteien hatten sich nicht nur darauf verständigt, das Wohngeldgesetz zu entschlacken und zu vereinfachen, sondern es sollte auch durch die materiellen Verbesserungen des Wohngeldes auf die in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Wohnkostensteigerungen, insbesondere durch die extrem gestiegenen Energiekosten, reagiert werden.

Ich will die Kostensteigerungen seit 2001 noch einmal nennen, damit klar ist, dass es hier nicht um Bagatellobeträge geht. Die Kosten für Strom sind um 23,8 Prozent, für Gas um 30,3 Prozent und für Öl um 53,3 Prozent gestiegen. Das führt im Extremfall dazu, dass die Betriebskosten die Kaltmiete weit übersteigen und das Wohngeld damit seine Wirkung komplett verfehlt. Es ist also einerseits zu loben, dass mit dem Entwurf Erleichterungen und Vereinfachungen geschaffen wurden, zum Beispiel durch den Wegfall der für die Höhe des Wohngeldes maßgeblich differenzierten vier Baualtersklassen oder durch die Klarstellung wohnungsrechtlicher Begriffe sowie die Abgrenzung zu Transferleistungen für ALG-II-Empfänger. Andererseits wird aber die tatsächliche Mietkostenentwicklung nicht berücksichtigt. Das entspricht nicht dem eigentlichen Anliegen des Wohngeldes.

(Vizepräsident Andreas Bluhm  
übernimmt den Vorsitz.)

Der Berliner Koalitionsvertrag beschreibt dieses Anliegen, indem er besagt, dass das Wohngeld der sozialen Absicherung des Wohnens diene. Ich teile diese Auffassung, finde aber ebenso wie meine Berliner Kollegen im Entwurf keine entsprechende Umsetzung. Die Bundesregierung hat zwar im Wohngeld- und Mietbericht 2006 sowie in einer Antwort auf die Frage der Fraktion der FDP im Bundestag, der Grünen und der LINKEN daraus richtig erkannt, dass die Belastungen für Geringverdiener mit einem Wohngeldanspruch insbesondere durch die warmen Betriebskosten extrem gestiegen sind. Sie hatten diese Erkenntnis aber nicht in erforderlichem Maße in den vorliegenden Entwurf einfließen lassen. Zum Beispiel macht allein der Wegfall der Baualtersklassen ein Anheben der Höchstbeträge nicht entbehrlich.

Ich meine, es ist nicht hinnehmbar, dass Bezieher von Arbeitslosengeld II Unterkunftskosten und Heizkosten fast vollständig vom Staat ersetzt bekommen, während Besitzer von Wohngeld nur Zuschuss zur Grundmiete bekommen. Wir als Liberale möchten gern eine Einzelabstimmung und werden den ersten Punkt nicht mittragen, den zweiten ja. – Danke.

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeyer.

**Martina Tegtmeyer, SPD:** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es hat natürlich auch etwas Gutes, wenn man in der Reihe ziemlich weit hinten dran ist. Dann kann man sich viele Dinge sparen, die man eigentlich gern vorgetragen hätte.

Der uns vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE kommt sehr spät. Auf der Bundesebene werden alle Ihre Forderungen bereits umfänglich diskutiert und ich stelle fest, dass sie auch in sehr guter Gesellschaft sind. Nicht nur der Deutsche Mieterbund stellt diese Forderungen,

sondern auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat es im Großen und Ganzen in der Anhörung der Bundestagsausschüsse am 12. Dezember, also vorgestern, vorgetragen. Die Konsequenz daraus beziehungsweise die Auswertung – der Minister Ebnet sagte es schon – steht allerdings noch aus. Gleichwohl, der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat natürlich eine etwas andere Intention in der Richtung, weil er in seiner Begründung auch feststellt, dass seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II zunehmend Haushalte, die über Erwerbseinkommen verfügen – und das sagte Frau Lück auch schon –, aus dem Wohngeldbezug in den finanziell attraktiveren Bezug von SGB-II-Leistungen gewechselt sind, was natürlich bedeutet, dass da die kommunale Ebene an der Finanzierung beteiligt ist.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist der Punkt.)

Welchen Anspruch Wohngeld erfüllen soll, hat Frau Lück, aber auch Herr Stein vorhin noch einmal ausführlich dargestellt. Und es ist auch richtig, Frau Lück, damit das Wohngeld seine Leistungsfähigkeit behält – und auch das sagt der Wohn- und Mietbericht des Bundes von 2006 aus –, muss es wegen der Einkommens- und Mietentwicklung in regelmäßigen Abständen überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Das ist bis 1990 im Abstand von jeweils drei bis vier Jahren auch geschehen, danach erst wurde mit der Leistungsneuauflage vom 1. Januar 2001 die Leistungsfähigkeit wieder merklich erhöht. Auch wurde ausführlich darauf eingegangen, welche tiefgreifenden Änderungen im Jahr 2005 erfolgt sind, deren Ziel es ausdrücklich war, eine klare Trennung der Zuständigkeiten für die Unterkunftskosten der Transferleistungsempfänger und der Haushalte ohne Transferleistungen zu erreichen.

Und, Frau Lück, wenn Sie aus dem eben erwähnten Bericht zitieren, sollten Sie aber auch nicht verschweigen, dass dieser Bericht zu der Schlussfolgerung kommt, dass die höheren gesamten Mieten vor allem auch eine Folge höherer Wohnflächennachfragen sind. Dieser Bericht weist aus, dass die Mietbelastungsquote der Mietzuschussempfänger von Wohngeld im Jahr 2005 bundesweit mit 40,6 merklich niedriger als 2004 mit 43,8 Prozent war. Demgegenüber ist die Mietbelastung nach Wohngeld allerdings bundesweit leicht von 30,7 auf 31,6 Prozent angestiegen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Wir können  
das nach Einkommensgruppen analysieren.  
Für Hartz-IV-Empfänger trifft das nicht zu.)

Das liegt dem Bericht zufolge daran, dass bei den im Durchschnitt höheren Einkommen der verbliebenen Wohngeldbezieher das Wohngeld einen geringeren Entlastungsgrad leistet. Zur Evaluierung des Wohngeldrechtes wurde übrigens von der Bauministerkonferenz eine Bund-Länder-Projektgruppe eingesetzt, die im Juni 2006 ihre Ergebnisse in einem Abschlussbericht vorgelegt hat. Die Ergebnisse, also die Novellierungsinhalte, die angestrebt waren, wurden Ihnen auch schon mehrfach hier vorgetragen. Die Anhebung des Wohngeldes gehörte nicht dazu.

Und, Frau Lück, wenn Sie von den Ausschüssen des Bundesrates und den Empfehlungen bezüglich der Anhebung des Wohngeldes berichten, dann dürfen Sie allerdings auch nicht verschweigen, dass der Bundesrat selbst dem nicht gefolgt ist. Der Bundesrat selbst hat die Empfehlungen seiner Ausschüsse nicht aufgenommen

und die Stellungnahme, die Empfehlung an den Bundestag weist das nicht aus.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Dann sagen Sie auch, warum, und wer das war! Das ist auch nur die halbe Wahrheit. – Birgit Schwebs, DIE LINKE: Die halbe Wahrheit ist auch 'ne ganze Lüge.)

Der Bundestag wird sich in seiner Anhörung auch mit diesen Forderungen befassen. Ich habe vorhin schon gesagt, diese Forderungen sind nicht aus der Welt. Ich will nur klarstellen, dass der Bundesrat selbst diese Forderungen seiner Ausschüsse nicht aufgenommen und nicht weitergegeben hat.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Deswegen muss man nachhelfen, Frau Tegtmeier. Das ist nun mal ein Beschluss.)

Und was die Berücksichtigung der Heizkosten angeht, so entspricht das dem Novellierungsansatz überhaupt nicht. Die Berücksichtigung der Heizkosten wäre praktisch eine direkte Abkehr vom bisherigen System und das kann man auf der anderen Seite auch daran sehen, dass auf Bundesebene gerade in Bezug auf die Entwicklung von Heizkosten andere Aktivitäten angestoßen werden. Wenn man im Bundesbauministerium sieht, dass nach dem am 27. November vorgestellten CO<sub>2</sub>-Gebäudereport jetzt große Bestrebungen angelaufen sind, die Kosten für die Heizwärme ganz deutlich zu reduzieren, um damit einen Beitrag zur Entlastung von Mietern, aber auch vor allen Dingen natürlich zur Entlastung der Umwelt anzustoßen, denke ich mal, ist das ein Prozess, der in eine ganz andere Richtung weist.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das nutzt doch aber den Leuten nicht, die heute hier wohnen.)

Ich kann mich hier nach den Ausführungen nur meinen Kollegen von der CDU anschließen

(Helmut Holter, DIE LINKE: Schlimm genug.)

und zum Ausdruck bringen, dass wir Ihren Antrag nicht mittragen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Irene Müller, DIE LINKE: Ist das aber traurig.)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Michael Andrejewski,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was immer die neue Wohngeldnovelle letztendlich bestimmen wird, nützt gar nichts, wenn sich die Verwaltungspraxis nicht ändert. Das Wohngeld gehört zu den Sozialleistungen, über deren Anspruchsvoraussetzung in der Bevölkerung die größte Verwirrung herrscht. Die Antragsformulare sind hoch kompliziert und wirken nicht nur abschreckend, sie sind es auch. Das sind halbe Steuererklärungen. Damit kommen die Leute noch schlechter zurecht als mit Hartz IV. Hilfe seitens der Behörden oder Aufklärung finden nicht statt. Die Bescheide enthalten häufig keinerlei nachvollziehbare Begründung. Es heißt einfach nur: Sie erhalten kein Wohngeld, weil Sie die Voraussetzungen nicht erfüllen. Keine Berechnung, keine Hinweise, nichts – bumm, dann sitzt man da. Die Wohngeldstellen mauern und der Staat denkt nicht im Traum daran, etwa Informationskampag-

nen durchzuführen, damit die Leute ihre Rechte kennenlernen. Das Motto lautet: Die besten Rechte sind unbekannte Rechte, die keiner in Anspruch nimmt. Das ist auch ein Grund dafür, dass die Anzahl der Berechtigten und der Inanspruchnehmer sinkt.

Sachlich ist es natürlich mehr als geboten, dass Geringverdiener in höherem Maße unterstützt werden. Beziehener von Niedriglöhnen, die gerade so über den Arbeitslosengeld-II-Sätzen liegen, haben ein noch schwereres Leben als reine Hartz-IV-Empfänger. Deren Dasein ist hart, aber einfach. Sie haben keine Arbeit, verdienen häufig nichts dazu und müssen auch kein Wohngeld beantragen, sodass die Behörden nicht allzu viel zu berechnen haben.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Mit ein bisschen Glück und wenn die Software nicht spinnt oder übereifrige Sozialermittler nicht mal eben die Leistung kürzen, kommen die Bezüge einigermaßen regelmäßig. Aber Kleinverdiener, die mal etwas mehr oder etwas weniger verdienen, bei denen die Heizkosten mal höher oder mal niedriger sind und die in einem Monat mal Anspruch auf Auffüllung haben durch Hartz IV oder Wohngeld, im nächsten nicht und im übernächsten in anderem Ausmaß, die haben es schwer. Die Sozialbehörden sind davon überfordert und die Berechtigten haben neben ihrer beruflichen Tätigkeit auch noch jede Menge Papierkram zu erledigen. Das ist zermürbend. Dringend notwendig sind daher nicht nur effektive Hilfe, sondern Vereinfachung, einfache gesetzliche Regelungen, einfache Formulare und einfache behördliche Abläufe.

Dabei sollte man auch die vielen kleinen Selbstständigen im Auge behalten, die, was ihr Einkommen angeht, häufig nichts anderes sind als Hartz-IV-Empfänger mit Laden. Viele sind auch Aufstocker und vielleicht in diese Lage geraten, weil sie der mehr als fahrlässigen Parole der rot-roten Regierung „Einfach anfangen“ Folge geleistet haben. Was wäre eigentlich, wenn Hunderttausende dieser Gewerbetreibenden bundesweit plötzlich sagen würden, einfach aufhören, einfach den ganzen Kram hinschmeißen?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Diesen Gedanken hegen viele von ihnen, sie fragen sich wirklich jeden Morgen, warum sie das noch machen.

Ich darf an die schwere psychologische Fehlleistung erinnern, die sich die Hartz-IV-Strategen geleistet haben, als sie Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammenlegten und dann Bauklötze staunten, als sich viel mehr Anspruchsberechtigte meldeten, als sie gedacht hatten. Sie hatten nicht bedacht, abgehoben und volksfern, wie sie waren und noch sind, dass viele Bürger zu stolz gewesen waren, Sozialhilfe zu beantragen, um nicht als Sozialfälle zu gelten. Diese psychologische Barriere fiel, als sich das Ganze Arbeitslosengeld II nannte. Was wird geschehen, wenn all die am Existenzminimum herumkrebenden kleinen Selbstständigen ihren Stolz vergessen und tatsächlich einfach aufhören. Dann wird diese Republik erbeben.

Bevor es dazu kommt, würde ich an Ihrer Stelle schleunigst etwas unternehmen, auch in Gestalt günstiger Wohngeldregelungen. Deswegen stimmen wir dem Antrag zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Lück. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Regine Lück, DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für unseren Verkehrsminister ist das Problem Wohngeldempfänger im Laufe der Zeit zu einem Randproblem geworden. So haben Sie es im Verkehrsausschuss formuliert, das können wir im Protokoll nachlesen. Sie meinen, Herr Minister, ein Großteil der Menschen falle nicht mehr unter das Wohngeldgesetz, sondern erfahre eine Entlastung über das Arbeitslosengeld II. Aber genau das ist der Punkt. Und deshalb will ich das auch noch einmal in der Diskussion hier so sagen: Genau das will DIE LINKE anders regeln.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Aus unserer Sicht muss Wohngeld wieder an Bedeutung gewinnen. Jetzt haben wir zwei Gruppen von Haushalten, auf der einen Seite eine, die ohne staatliche Hilfen auskommt, und auf der andere Seite eine, die gänzlich auf den Staat angewiesen ist. Dazwischen muss es Haushalte geben, die mit einem Zuschuss ihre Wohnkosten und ihren sonstigen Lebensunterhalt bestreiten können, und zwar oberhalb der staatlich definierten Armutsschwelle. Für meine Fraktion steht fest, Arbeit muss sich lohnen und darf nicht arm machen. Und deshalb müssen insbesondere Erwerbstätige mit geringem Verdienst eine Chance haben, aus Hartz IV herauszukommen. Sie müssen in der Lage sein, mit einem Zuschuss zu den Wohn- und Heizkosten auskömmlich zu leben.

Die Anzahl der Wohngeldbezieher nimmt immer weiter ab und in diesem Jahr werden es voraussichtlich nur noch knapp 27.000 Haushalte sein. Dafür gibt es mittlerweile diese 35.000 – das ist ein unsäglicher Begriff – Aufstocker. Das heißt, das sind die Menschen, die hart arbeiten, aber um leben zu können, doch aus Steuergeldern finanziert werden müssen. Mit den Neuregelungen im Wohngeldrecht zum 1. Januar 2005 infolge von Hartz IV wurde bezweckt, dass Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfänger sowie Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in andere Leistungssysteme nach SGB II und SGB XII abwandern und damit aus dem Wohngeldanspruch ausscheiden. Die Übernahme der Kosten der Unterkunft sowie der Heizkosten soll diesen Menschen ein Existenzminimum sichern und ich sage, das ist Armut per Gesetz. Dagegen sollte die eigentliche Zielgruppe Wohngeld beziehen. Dieser Zielgruppe soll mit Wohngeld ein Leben unabhängig von den sonstigen Bedingungen für Hartz IV ermöglicht werden.

Ich erinnere Sie, meine Damen und Herren, Wohngeld ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten für einkommensschwache Haushalte oberhalb der Bedürftigkeitschwelle. Und wenn uns Kollege Timm in seiner Pressemitteilung und auch Sie, Herr Stein, in der Diskussion hier vorwerfen, Wohngeld und Hartz IV zu vermengen, so haben Sie das nicht richtig verstanden, wofür Wohngeld steht. Die einstmals größte Gruppe der Wohngeldbezieher, die Erwerbslosen mit Arbeitslosengeld I, machen zurzeit nicht einmal mehr zehn Prozent aller Wohngeldempfänger aus. Der Anteil der Erwerbstätigen beträgt nicht einmal mehr ein Drittel. Dieser starke Rückgang war vom Gesetzgeber keinesfalls gewollt.

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Der Anteil von Arbeitslosengeld-I-Empfängern sowie Erwerbstätigen an den Bezugsberechtigten von Wohngeld muss wieder deutlich höher werden. Ein sozialer Aufstieg der Menschen aus unwürdigen Verhältnissen muss unser Ziel sein. Wir brauchen das Wohngeld auch in Zukunft, ansonsten hätte man für alle, die ihre Wohn- und ihre sonstigen Lebenshaltungskosten nicht aus eigener Kraft tragen können, die Übernahme der Kosten für die Unterkunft und Heizung einführen können. Das Wohngeldgesetz muss jedoch so geändert werden, dass Wohngeld seine Funktion auch wieder erfüllt. Eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung würde eine höhere soziale Gerechtigkeit bewirken und das Abgleiten von potenziell Wohnberechtigten in andere Leistungssysteme wie SGB II und SGB XII verhindern helfen.

Und warum sollte man nicht, wie in besonders kalten Wintern bislang mit einem einmaligen Heizkostenzuschuss praktiziert, diesen Zuschuss als verlässlichen monatlichen Zuschuss gewähren? Die effektive Mietbelastung ist durch die überproportional gestiegenen Energiekosten stark angewachsen. Die Ausgaben für Wohngeld, die hälftig vom Bund und von den Ländern getragen werden, gehen seit Jahren zurück. Würde nur eine konstante Summe jährlich aufgewandt werden, wären Verbesserungen im Wohngeldrecht zu schultern. So wurden 2006 rund 40,5 Millionen Euro an die Wohngeldstellen ausgezahlt. Für 2008 sind es nur noch 28,5 Millionen Euro, die eingeplant sind. Das sind 12 Millionen Euro weniger, allein in unserem Land. Bei den Kosten der Unterkunft trägt der Bund zukünftig nur noch 29,2 Prozent. Damit werden die Kommunen noch mehr belastet, da deren Anteil höher wird. Das Land wird, zumindest bislang, nicht herangezogen. Wäre es uns wirklich ernst mit der Entlastung der Kommunen, dann müsste es zukünftig wieder mehr Wohngeldbezieher und dafür weniger Bezieher von Hartz-IV-Wohnkosten geben.

Abschließend lassen Sie mich feststellen: Für den Staat wäre es finanziell wesentlich günstiger, Menschen mit Wohngeld und damit außerhalb des Transferleistungssystems zu unterstützen. Unsere Forderungen waren unter anderem auch Gegenstand der am Mittwoch – Sie haben darauf verwiesen, Herr Minister – zur Wohngeldnovelle durchgeführten öffentlichen Anhörung im Verkehrsausschuss des Bundestages.

Im Ergebnis bestehen für meine Fraktion und für mich keine Zweifel, dass unsere Forderungen berechtigt sind. Auch wenn Sie diesen Antrag ablehnen wollen, ich beantrage die getrennte Abstimmung.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Lück.

Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Seitens der Fraktion der FDP und der Fraktion DIE LINKE ist beantragt worden, über die Ziffern I und II des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1050 einzeln abstimmen zu lassen.

Ich rufe auf die Ziffer I des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1050. Wer dieser zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I des Antrages der Fraktion

DIE LINKE auf Drucksache 5/1050 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und NPD sowie Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP abgelehnt.

Ich rufe jetzt auf die Ziffer II des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1050. Wer dieser Ziffer II zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1050 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE, FDP und NPD sowie Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE hat einen Beratungsbedarf angemeldet. Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

**Unterbrechung: 10.19 Uhr**

**Wiederbeginn: 10.25 Uhr**

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Vereinbarungsgemäß kommen wir jetzt zur Beratung des vor Ihnen liegenden Dringlichkeitsantrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/1146 zum Thema „Nein zu Mindestlohn bei Briefzustellern“. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages gewünscht? – Bitte schön, Herr Roof, Sie haben das Wort.

**Michael Roof, FDP (zur Geschäftsordnung):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der nächsten Woche wird sich der Bundesrat auf der Grundlage einer Bundestagsentscheidung von heute mit dem Thema der Aufnahme des Briefzustellers in das Entsendegesetz beschäftigen. Wir haben hier heute die Aufgabe, unserem Ministerpräsidenten für die Abstimmung im Bundestag ein klares Votum dieses Parlamentes zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund stellt sich für uns als Liberale ganz klar die Dringlichkeit, heute ein Votum dieses Parlamentes herbeizuführen.

Was ist bei dem Votum besonders zu beachten und worum geht es? Ihnen wird allen klar sein, dass die Einführung eines Postmindestlohnes in diesem Bereich dazu führen wird, dass Tausende Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland in der Summe gefährdet sind. Auch in Mecklenburg-Vorpommern sind Hunderte von Arbeitsplätzen gefährdet. Die Pin AG hat für den heutigen Tag bei Zustimmung im Bundestag angekündigt, das Insolvenzverfahren für ihr Unternehmen anzustreben.

(Irene Müller, DIE LINKE:  
Die war vorher schon pleite.)

Dort allein werden Tausende von Arbeitsplätzen heute an diesem Tag mit dieser Entscheidung vernichtet.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass wir uns mit einem Ja zum Mindestlohn ganz klar und deutlich dem

Ziel einer Liberalisierung und einer Öffnung des Dienstleistungsmarktes im Postbereich entgegenstellen und einen weiteren fatalen Schritt einsetzen, indem wir uns nämlich einer Europäisierung in diesem Bereich ganz klar entgegenstellen, denn Sie wissen auch alle, dass die Niederlande auf der Grundlage der Diskussion in Deutschland dazu übergegangen sind, eine Liberalisierung des holländischen Briefmarktes erst einmal zu stoppen. Also gibt es eine dreifache Auswirkung:

1. Vernichtung von Arbeitsplätzen
2. Keine Chance für Liberalisierung im deutschen Briefmarkt

(Irene Müller, DIE LINKE:  
Freie Fahrt für Dumpinglöhne! –  
Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist  
blau-gelbe Ideologie, Herr Roof.)

3. Keine Chancen für Europa

Das sind drei Gründe, diesen Antrag hier heute einzubringen und dem Ministerpräsidenten ein klares Votum zu geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? –

(Helmut Holter, DIE LINKE: Oho, oho!)

Wir müssen mal bitte zählen. Also Sie sollten jetzt die Hände oben lassen, damit wir zählen können,

(Michael Roof, FDP: Ist das  
so überraschend gewesen?)

denn wir brauchen zwei Drittel und es sieht im Moment ...

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Schlecht aus. –  
Raimund Borrmann, NPD: Dann müssen  
Sie eben später noch mal abstimmen. –  
Michael Roof, FDP: Genau,  
wenn wieder ein paar da sind. –  
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Nichts ist!)

Danke schön. Die Gegenstimmen? – Meine Damen und Herren, wir stellen von hier oben fest: 24 Jastimmen, 12 Neinstimmen. Und damit sind zwei Drittel erreicht, oder?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich bekomme gerade den Hinweis, die Geschäftsordnung regelt klar und deutlich, dass es zwei Drittel der Mitglieder des Landtages sein müssen. Damit reichen die 24 Stimmen nicht, um den Tagesordnungspunkt aufzusetzen, also ist dieser abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen DIE LINKE und NPD –  
Michael Roof, FDP: Das heißt, es  
sind nur 36 Abgeordnete im Raum.  
Das ist ein starkes Stück!)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Zwangsverrentung rückgängig machen – 58er-Regelung beibehalten – SGB II überarbeiten!, auf der Drucksache 5/1061.

**Antrag der Fraktion der NPD:  
Zwangsverrentung rückgängig machen –  
58er-Regelung beibehalten –  
SGB II überarbeiten!  
– Drucksache 5/1061 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Stefan Köster**, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In was für einer Gesellschaft leben wir eigentlich? Grundlegende Maßnahmen im Gesundheits-, Sozial- und Steuerbereich unterbleiben, weil Lobbyisten es geschickt verstehen, sich mit der politischen Klasse zu einigen, da Politik und Lobbyisten mittlerweile eine nicht zu trennende Interessengemeinschaft bilden. Beide sind nur auf ihr eigenes Wohl bedacht. Ein Gemeinwohl, wie es für politisch Handelnde eine Selbstverständlichkeit sein sollte, sucht man in der Bundesrepublik beinahe vergeblich.

Einen neuen skandalösen Einschnitt plante die Bundesregierung ursprünglich zum Jahresende. Nach der noch gültigen sogenannten 58er-Regelung, gestützt durch Paragraph 428 Sozialgesetzbuch III und Paragraph 65 Absatz 4 Sozialgesetzbuch II, unterliegen ältere Erwerbslose nicht mehr dem Zwang, sich an der Wiedereingliederung in das berufliche Leben aktiv zu beteiligen. Stattdessen greift hier das Prinzip der Freiwilligkeit. Das Arbeitslosengeld II wird weitergezahlt. Im Gegenzug verpflichtet sich der Erwerbslose, den Renteneintritt zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt zu vollziehen, sofern dieser Schritt nicht mit Abschlägen verbunden ist.

Die von der Bundesregierung ursprünglich zum 01.01.2008 geplante Neuregelung sah vor, die ALG-II-Empfänger bereits nach Vollendung des 58. Lebensjahres, zumindest aber bei Erreichen des 60. Lebensjahres zur Inanspruchnahme einer Rente zwingen zu können, was lebenslange Rentenabschläge von bis zu 18 Prozent zur Folge gehabt hätte. Betroffen wären dabei unter anderem auch Menschen, deren Arbeitslosengeld I ausläuft, die nunmehr den Hartz-IV-Regelungen unterliegen, aber auch Bürger, die im Fall von Arbeitslosigkeit sofort ALG II beantragen müssten, da sie die notwendige Vorbeschäftigungszeit von mindestens zwölf Monaten in den vergangenen beiden Jahren nicht erfüllen.

Auch der jetzt gefundene faule Kompromiss wird den Opfern Ihrer Politik schwere finanzielle Schäden zufügen. Bereits jetzt reicht für viele Senioren die Rente nicht für die Miete. In Deutschland sind nirgendwo mehr Menschen auf staatliche Zuschüsse für die Unterkunft angewiesen als in Mecklenburg-Vorpommern. Vier Prozent aller Haushalte bezogen landesweit Anfang des Jahres Wohngeld. Dieses entspricht weit mehr als dem Doppelten des Bundeswertes. Betroffen gewesen wären offensichtlich auch jene unter die Zwangsverrentungsregelung gefallenen Berufstätigen, die zusätzlich zum Arbeitsentgelt SGB-II-Leistungen beziehen, die sogenannten Aufstocker oder Ergänzter. Auch hier sollte dann der Grundsatz der Inanspruchnahme einer anderen staatlichen Leistung greifen, in der Folge die vorzeitige Altersrente mit Abschlägen unter möglicher Inanspruchnahme von Wohngeld bei Wegfall von Leistungen nach Sozialgesetzbuch II.

Insgesamt zur Anwendung gelangen sollte ursprünglich verschärft das in den Paragraphen 5 Absatz 1 und 9 Absatz 1 festgelegte Nachrangigkeitsprinzip von Sozialleistungen. Die Hilfebedürftigen müssten dabei vorrangig sämtliche andere Möglichkeiten ausschöpfen, die letztendlich zu einer Verringerung beziehungsweise Vermeidung der Hilfebedürftigkeit geführt hätten. Die Inanspruchnahme einer Rente mit Abschlägen zum frühestmöglichen Zeitpunkt gehört ohne Zweifel dazu. Die derzeitigen Regelungen bieten in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, einen Arbeitslosen gegen seinen Willen und mit beträchtlichen Abzügen vorzeitig in die Rente zu schicken. Für ältere Arbeitslose, die einem neuen Sozialträger, in diesem Fall einer Rentenkasse, zugewiesen werden und somit nicht mehr zum Anwendungsbereich des Sozialgesetzbuches II zählen, entfielen gleichzeitig der Anspruch auf berufliche Eingliederungsmaßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch II.

Die Bundesregierung selbst hat vor einigen Monaten eingestanden, dass die Aufhebung der 58er-Regelung das von ihr vielfach zur Sprache gebrachte Vorhaben, die Lebensarbeitszeit zu verlängern – Rente mit 67 –, zumindest partiell ad absurdum führt. Des Weiteren verlören ältere Erwerbslose, die durch Zwangsverrentung aus dem Leistungspaket des Sozialgesetzbuches II herausfallen, das Recht auf Fördermaßnahmen der „Initiative 50 Plus“.

Einige Fachleute machen überdies verfassungsrechtliche Bedenken geltend und warnen vor einer Klagewelle, die die ohnehin überlasteten Sozialgerichte überrollen könnte. Und hier möchte ich einmal jemanden zitieren: „Der Kompromiss der Koalition verringert zwar die Zahl der Betroffenen, löst aber das Problem nicht“, kritisierte Martin Künkler von der Koordinationsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. Denn trotz des Kompromisses sind weiterhin viele Betroffene von der Zwangsrente bedroht, auch wenn der SPD-Parteivorsitzende Beck betont, dass die Verweisung nur erfolgt, jetzt zitiere ich, „wenn ein solcher Verweis keine unzumutbare Härte erzeuge.“ Diese schwammigen Aussagen kennen die Betroffenen leider zur Genüge. Wer entscheidet denn, wann eine Härte vorliegt? Letztendlich werden die zuständigen Stellen so wie bei den Argen Arbeitsrichtlinien befolgen müssen, die nur ein Ziel haben, und zwar das Sparen bei den Opfern.

Und jetzt möchte ich noch mal ein Zitat zum Besten geben: „Der Weg der politischen Lüge wird damit weitergegangen. Unsere Leute wollen arbeiten und nicht in Rente gehen. Statt ältere Arbeitslose bei ihrer Suche nach einem Job zu stärken und entsprechende Forderungen an die Wirtschaft zu stellen, wird jetzt einmal mehr die Lebensleistung von Menschen ignoriert,“ wird der Vorsitzende des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern Christian Köpcke am 30. November dieses Jahres in der „Ostsee-Zeitung“ hinsichtlich des gefundenen Kompromisses zitiert.

Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit verweist auf die ohnehin schon beträchtlichen Renteneinbußen von Langzeitarbeitssuchenden. Demnach ergibt sich aus einem Jahr ALG-II-Bezug nach Halbierung der Ansprüche Anfang 2006 nur noch der Betrag von 2,16 Euro Rente. Zum Vergleich zieht die Studie den Rentenanspruch eines Durchschnittsverdieners heran, der aus einem Jahr Einzahlung in die Rentenkasse resultiert.

22,97 Euro beträgt dieser im Osten der Republik, auf 26,30 Euro beläuft er sich in den Altbundesländern. Pro Monat, den ein Erwerbsloser früher in Rente geht, ergibt sich ein Abschlag von 0,3 Prozent. Auch vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass die Zwangsverrentung für die Betroffenen eine unbillige Härte darstellt, der unbedingt entgegengewirkt werden muss.

Meine Damen und Herren, Sie müssen zugeben, dass sowohl das politische als auch das soziale System in der Bundesrepublik vollkommen aus den Fugen geraten ist. Sicherlich wurde die Grundlage, auf welcher unser Antrag ursprünglich basierte, nun leicht korrigiert. Die Ausführungen zu diesem wichtigen Thema waren und sind dennoch vollkommen notwendig gewesen. Auch mit der Zwangsverrentung ab 63 Jahren haben die Betroffenen Schlimmstes zu befürchten. Die Lage für die Menschen im Land wird dadurch leider nicht besser, sondern weiter schlechter. Sorgen Sie doch dafür, dass die Menschen Arbeit erhalten von der man leben kann! Hören Sie auf, diese Menschen, die sich nicht wehren können, Repressalien auszusetzen! Aber nein, hierfür ist ja die Wirtschaft zuständig. Aber wofür gibt es dann überhaupt noch die Parlamente? Wir ziehen unseren Antrag nicht zurück, obwohl die Begründung natürlich nicht mehr ganz aktuell ist. Die kommende Ablehnung unseres Antrages belegt doch deutlich Ihre abgehobene und volksfremde Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Jochen Schulte,** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn die Herren von der NPD einen Hauch von Anstand hätten,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Haben sie aber nicht. – Michael Andrejewski, NPD: So wie Sie? – Udo Pastörs, NPD: Sie sprechen von Anstand?)

dann hätten sie bei der Einbringung ihres Antrages wenigstens ansatzweise darauf hingewiesen, dass die selbst ernannten Retter des Vaterlandes nicht in der Lage sind, eigenständige politische Vorstellungen zu entwickeln, die sich auch nur millimeterweise über der geistigen Teppichkante bewegen.

(Volker Schlotmann, SPD: Tja! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wenn die Herren von der NPD einen Hauch von Anstand hätten, dann hätten sie zum Ausdruck gebracht,

(Michael Andrejewski, NPD: Haben Sie nur einen Satz?)

dass sie, sobald es um inhaltliche und politische Sacharbeit und Anträge geht, bei Dritten, nämlich bei den von ihnen so verhassten demokratischen Parteien, auf Ideenklau gehen müssen.

(Stefan Köster, NPD: Oh! – Michael Andrejewski, NPD: Seit wann haben Sie denn Ideen? – Udo Pastörs, NPD: Sie haben doch nur Ideen, den anderen die Taschen vollzustopfen.)

Hätten Sie diesen Anstand, dann hätten Sie darauf hingewiesen, und bräuchten hier nicht dazwischenzuschreien, dass, lange bevor die NPD ihren Antrag hier im Landtag einreichte, die Bundestagskollegen von der Linkspartei bereits am 6. November dieses Jahres einen Antrag zu diesem Thema in den Bundestag eingebracht hatten.

(Raimund Borrmann, NPD: Sie sind aber hier nicht im Bundestag. – Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig, so ist es. Weil Sie nur abschreiben können.)

Hätten Sie diesen Anstand, dann hätten Sie darauf hingewiesen, dass die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD in Berlin sich bereits Anfang November auf eine Neuregelung im Interesse älterer Arbeitsloser im Koalitionsvorsteuerausschuss verständigt haben,

(Stefan Köster, NPD: Der zwischenzeitlich wieder zurückgenommen worden ist. – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

lange bevor die NPD hier im Landtag ihren Antrag eingereicht hatte. Und dann hätten die Herren auch deutlich gemacht, dass die Fraktionen von CDU/CSU und SPD bereits am 11. November – das Datum des NPD-Antrages ist der 28.11. – dieses Jahres einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Raimund Borrmann, NPD: Das war ein Faschingsantrag! – Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr seid die Karnevalsfraktion, das ist doch klar.)

Aber dieser Anstand, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ...

(Michael Andrejewski, NPD: Alaaf!)

Ich kann nur sagen, getroffene Hunde bellen. Mehr fällt mir dazu jetzt nicht ein.

(Michael Andrejewski, NPD: Haben Sie hier „wau, wau“ gehört?)

Aber dieser Anstand hätte dann deutlich gemacht, dass die NPD hier, wie in allen anderen Fällen, den gesellschaftspolitischen Entwicklungen wieder nur hinterherhinken kann und sich der Antrag der NPD bereits bei Antragstellung erledigt hatte. Aber, meine Damen und Herren, dieser Anstand ist, wen wundert es, natürlich nicht vorhanden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Den Herren von der NPD kommt es ja auch nicht, das haben sie ja nicht erst in dieser Landtagssitzungswoche deutlich gemacht, auf inhaltliche Arbeit an.

(Volker Schlotmann, SPD: So ist das.)

Den Herren von der NPD reicht es offenbar, wenn sie bei den Menschen in diesem Land den falschen Schein von politischer Arbeit erwecken können.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie wollen doch unsere Inhalte verbieten.)

Und in diesem einen Punkt hat natürlich der Vorredner recht, als er sagte: Der politische Weg der Lüge wird weitergehen, bloß er geht halt bei der NPD weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Stefan Köster, NPD: Oh, Herr Schulte! – Udo Pastörs, NPD: Das ist aber billig, Herr Schulte. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, ältere Langzeitarbeitslose werden auch in Zukunft nicht befürchten müssen, vor ihrem 63. Lebensjahr

(Stefan Köster, NPD: Aber dann, aber dann.)

mit finanziellen Abschlägen vorzeitig in Rente geschickt zu werden.

(Michael Andrejewski, NPD: Das werden wir ja sehen.)

Die sogenannte 58er-Regelung, die Ende dieses Jahres tatsächlich ausgelaufen wäre, wird in veränderter Form weiterhin bestehen bleiben.

(Stefan Köster, NPD: Ich habe nichts anderes gesagt, Herr Schulte.)

Die neue Regelung sieht vor, dass über 58-Jährige zunächst zwölf Monate für eine Vermittlung zur Verfügung stehen müssen. Nur wenn ihnen in dieser Zeit kein Jobangebot gemacht werden kann, soll sich der Betroffene als arbeitssuchend abmelden und dennoch weiter Arbeitslosengeld II beziehen können. Umgekehrt bedeutet dies aber nicht, dass sich jemand, der zu diesem Zeitpunkt nicht vermittelt worden ist, tatsächlich abmelden muss. Er kann es. Er kann, wenn er will, auch weiter die Vermittlungsangebote oder Weiterbildungsangebote der Arbeitsagenturen annehmen.

Das alles, meine Damen und Herren, hätten die Herren von der NPD auch wissen können. Sie wissen es vielleicht, vielleicht wissen sie es auch nicht. Nein, aber vielleicht hätten sie es tatsächlich wissen müssen, da der betreffende Gesetzentwurf am heutigen Tag auf der Tagesordnung des Bundestages steht und für jeden, der wirklich interessiert ist, einsehbar ist. Aber, meine Damen und Herren, ein wirkliches Interesse an den Menschen in unserem Land besteht offenkundig bei den Herren von der NPD-Fraktion nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vielleicht fehlt es den sechs Herren von der NPD-Fraktion neben dem erforderlichen Interesse an den Bedürfnissen der Menschen einfach nur an der Arbeit ihres Fraktionsgeschäftsführers, der wohl zurzeit für den Wahlkampf seiner Parteifreunde in Niedersachsen unterwegs ist und sie hier nicht unterstützen kann.

(Raimund Borrmann, NPD: Sind wir hier im Niedersächsischen Landtag? – Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Vielleicht scheitert es daran ja auch, dass den Mitgliedern der hiesigen NPD-Fraktion die notwendigen Erkenntnisse deswegen nicht portionsgerecht

(Michael Andrejewski, NPD: Haben wir den Nordstaat schon?)

aufbereitet werden können.

(Michael Andrejewski, NPD: Kaufen Sie sich ein Opernglas, wenn Sie das nicht sehen können!)

Meine Damen und Herren, eins ist ja wohl in diesem Fall selbstverständlich. Die Fraktionen von CDU, SPD, DIE LINKE und FDP werden diesen völlig überflüssigen und schon vom Zeitpunkt der Antragseinreichung sich selbst erledigenden Antrag natürlich ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD, der Abgeordnete Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Stefan Köster,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schulte, Sie sind ja ein richtig lustiger Zeitgenosse. Im Kreistag von Ludwigslust gab es eine Diskussion, das Amt Neuhaus wieder nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen. Sie gehen einen Schritt weiter und wollen Mecklenburg-Vorpommern nach Niedersachsen eingliedern.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Herzlichen Glückwunsch! Aber mit dem Zuhören haben Sie es auch nicht so wirklich. Sie haben sich allein nur auf unseren Antrag konzentriert. Was ich vorhin gesagt habe, scheint bei Ihnen im Gehirn nicht angekommen zu sein

(Angelika Peters, SPD: Bei Ihnen kommt erst recht nichts an.)

oder Sie sind überhaupt nicht flexibel, auf geäußerte Worte einzugehen, was wieder für Ihre Persönlichkeit spricht. Und Sie reden von Anstand? Das ist ja noch besser. Gestern in den „Norddeutschen Neuesten Nachrichten“ wurde ja ein schöner Artikel über den Rostocker Filz geschrieben, wo Sie offensichtlich so ein bisschen mit reingemischt worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ich bin sehr gespannt, welche Vorteilsnahme und Ähnliches auf Kosten der Steuerzahler da rauskommt.

(Michael Andrejewski, NPD: 180.000! Schöne Zahl. – Udo Pastörs, NPD: Scheinheiligkeit bei den Demokraten.)

Und in dem Zusammenhang wird mir immer deutlicher, warum es in der Bundesrepublik Deutschland kein Gesetz gegen Korruption in der Politik gibt. Wer soll denn ein Gesetz beschließen,

(Volker Schlotmann, SPD: Wir werden mal einen Antrag zur Korruption bei der NPD machen. Da gibt es so viele Beispiele, so viele Beispiele.)

wenn er es beschließt, weil er selbst vielleicht mitschuldig ist.

(Udo Pastörs, NPD: Dreck am Stecken, könnte man sagen. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Und wer ist denn für die Politik hier im Land verantwortlich. Sie sagen, bis 63 Jahre betrifft es keinen. Wir haben jetzt ein Renteneintrittsalter von 67 Jahren. Ihr Koalitionspartner auf Bundesebene, Herr Schäuble, hat gesagt, man könnte es ja auch auf 70 machen, auf 77. Vielleicht arbeiten wir bald alle, bis wir umfallen. Was Sie hier angeblich zum Wohle der Menschen ausführen, ist

aus meiner Sicht Abzocken, Abzocken, Abzocken und eine Schweinerei für die Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1061. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1061 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Konsultationsprozess zum EU-Haushalt aktiv mitgestalten, auf Drucksache 5/1055.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Konsultationsprozess zum  
EU-Haushalt aktiv mitgestalten  
– Drucksache 5/1055 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

**Barbara Borchardt,** DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Den Haushalt reformieren, Europa verändern“ – diesen Namen trägt das am 12. September dieses Jahres veröffentlichte Konsultationspapier der EU-Kommission. Dieses Papier geht zurück auf eine Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der EU-Kommission vom Mai 2006. Die Haushaltsüberprüfung ist, da sind sich alle Beteiligten einig, eine einmalige Gelegenheit für eine gründliche Bewertung des EU-Haushaltes und seiner Finanzierung. Das Papier ist an alle Interessierten gerichtet, sei es auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Bis zum 15. April dieses Jahres können Beiträge beziehungsweise Anregungen der Kommission übergeben werden. Die Konsultation, auch darin sind sich die Beteiligten einig, wird eine wichtige Grundlage für die Arbeit der Kommission zur Überprüfung der EU-Finzen darstellen.

Und genau deshalb wollen wir, dass sich neben der Landesregierung so viele Partner auf den unterschiedlichsten Ebenen und Strukturen unseres Landes in den Konsultationsprozess einbringen, die Landesregierung diese Diskussion in Mecklenburg-Vorpommern ganz bewusst befördert und den Landtag bis zum März 2008 über die Ergebnisse unterrichtet. Dabei haben wir selbstverständlich berücksichtigt, dass die Überprüfung selbst Gegenstand einer Grundsatzdebatte in den EU-Organen und in den Mitgliedsstaaten sein wird.

Die Haushaltsüberprüfung erfolgt in einem dreistufigen Verfahren. Zunächst geht es darum, die langfristigen Herausforderungen der Europäischen Union zu definieren und zu analysieren. In einem zweiten Schritt wird dann die entsprechende Neuausrichtung des EU-Haushaltes festgelegt. Und zum Schluss soll ein Konsens über die Ausgabenprioritäten, die Durchführung der Programme und die Finanzierung geschaffen werden. Allein daraus wird ersichtlich, dass es der EU-Kommission nicht ausschließlich um den einen Vorschlag für den nächsten

Finanzrahmen der Europäischen Union geht. Und genau deshalb sollten die Erfahrungen und Erwartungen sowie Veränderungsvorschläge der Partner unseres Landes in diesen Konsultationsprozess mit einfließen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich auf Vorurteile eingehen, die immer wieder fallen, wenn es um die Finanzierung der Europäischen Union geht. Die EU sei zu teuer, einige wenige Mitgliedsstaaten, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, müssten immer mehr Geld in die Europäische Union pumpen. Richtig ist vielmehr, dass die jährlich im EU-Haushalt veranschlagten gut 100 Milliarden Euro nur ein Drittel des deutschen Haushaltes und im Übrigen gerade mal 2,5 Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben in der Europäischen Union ausmachen. Und Tatsache ist auch, dass die Obergrenzen für Zahlungen der Mitgliedsstaaten an die Europäische Union seit Jahren stetig zurückgehen. Waren es zum Beispiel 1997 noch 1,2 Prozent des Bruttonationaleinkommens, sind es 2007 etwas über 1,05 Prozent. Diese Tendenz setzt sich fort. Der mehrjährige Finanzrahmen sieht vor, dass bis 2013 der Anteil auf unter 0,95 Prozent sinken wird. Bei aller Kritik an der Finanzierung der Europäischen Union halte ich es für wichtig, in der Debatte diese Tatsachen nicht aus den Augen zu verlieren.

Und, meine Damen und Herren, über einen langen Zeitraum betrachtet hat sich das Profil der europäischen Agrarausgabenpolitik stark geändert. Macht zum Beispiel 1988 die gemeinsame Agrarpolitik noch über 60 Prozent des Haushaltes aus, wird ihr Anteil 2013 sich auf 32 Prozent nahezu halbieren.

(Udo Pastörs, NPD: Weil die Bauern wechseln.)

Die Ausgaben für Kohäsionspolitik hingegen haben sich im gleichen Zeitraum von 17 auf fast 36 Prozent verdoppelt. An diesen beiden Beispielen wird deutlich, wie sehr sich die Ausgabenprioritäten geändert haben.

Was sind also die langfristigen Herausforderungen der Europäischen Union? Das Konsultationspapier nennt ein knappes Dutzend, unter anderem den beschleunigten wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt, die Umwandlung in eine Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, Energieversorgung, Umwelt- und Klimaschutz, die Neuausrichtung der europäischen Unionspolitik für die Landwirtschaft, die ländlichen Gebiete, Migration und demografischen Wandel sowie wissenschaftlichen und sozialen Zusammenhalt.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern ist im besonderen Umfang von den langfristigen Herausforderungen der EU betroffen, und das nicht nur im Hinblick auf die Beendigung der Förderperiode ab 2013 als Zielgebiet 1. Daher sollte die Landesregierung ein ureigenes Interesse daran haben, sich am Konsultationsprozess aktiv zu beteiligen und vor allem landesspezifische Vorstellungen einzubringen. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Abwanderung bekanntlich sehr hoch. Wie können daher EU-Mittel zukünftig besser und nachhaltiger eingesetzt werden, um von Migration betroffenen Regionen zu helfen?

Auch die aktuelle Debatte um das geplante Steinkohlekraftwerk Lubmin zeigt deutlich die Diskrepanz zwischen Energieversorgung einerseits und Umwelt- und Klimaschutz andererseits. Sollte demnach umweltschädliche Energieerzeugung mit EU-Mitteln gefördert oder sollten Investitionen in erneuerbare Energien stärker als

bislang unterstützt werden? Und auch darauf sollte die Landesregierung als Repräsentant einer Region in der Europäischen Union großen Wert legen: Inwieweit werden bei der Neujustierung zwischen den Ausgaben der Europäischen Union und seiner Mitgliedsstaaten die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit berücksichtigt?

Im Ergebnis geht es darum, herauszuarbeiten, welche Politikbereiche Mecklenburg-Vorpommern besonders wichtig sind. In welchen Bereichen werden Mittel bereitgestellt beziehungsweise müssen andere eingesetzt werden? Auch außerhalb der Strukturfonds, das will ich an der Stelle ausdrücklich sagen.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich auf ein besonderes Problem zu sprechen kommen. Auch die Finanzierung der Europäischen Union hat sich im Laufe der Jahre stark geändert, das Finanzierungssystem muss sich ändern. Es muss spürbar transparenter sein. Um den Interessen der Mitgliedsstaaten nachzukommen, wurden zahlreiche Korrekturmaßnahmen in den Haushalt eingeführt. Am bekanntesten ist wohl der viel diskutierte sogenannte Britenrabatt. Der Vollständigkeit halber erwähne ich, dass unter anderem auch zugunsten der Bundesrepublik Deutschland Korrekturen eingeführt wurden. Für Deutschland greift die reduzierte Mehrwertsteuerrate.

Die Frage ist also: Sollen die Korrektur- und Ausgleichsmechanismen aufrechterhalten werden? Und die Frage ist, ob das Ganze auch weniger kompliziert und undurchsichtig geht. Alles in allem ist die Finanzierung der Europäischen Union für Bürgerinnen und Bürger nicht durchschaubar, geschweige denn vermittelbar – Pauschalzahlungen, Korrekturzahlen, reduzierte Mehrwertsteuerraten, Einbehaltung von 25 Prozent der eingezogenen traditionellen Eigenmittel durch alle Mitgliedsstaaten und so weiter und so weiter. Wer soll da noch durchsehen? Die Landesregierung und der Landtag Mecklenburg-Vorpommern haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Europäische Union den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen.

(Udo Pastörs, NPD: Wie mit der Verfassung, die sie nicht haben wollen.)

Das gelingt nur, wenn wir verstärkt aufklären, wenn wir Transparenz herstellen. Der Konsultationsprozess gibt dem Land die Möglichkeit dazu.

Meine Damen und Herren, wir haben nun gemeinsam Zeit, uns bis zum 15. April 2008 aktiv in den Konsultationsprozess einzubringen. Nachdem die Europäische Kommission und das EU-Parlament am 27. Mai nächsten Jahres die politische Konferenz zu dem Thema abhalten werden, wird die EU-Kommission spätestens Anfang 2009 den Bericht zur Überprüfung des EU-Haushaltes präsentieren. Hoffentlich werden dann auch konkrete Vorstellungen aus unserem Land eine Rolle spielen. Dieser Konsultationsprozess bietet unserem Land die Chance, unsere gesammelten Erfahrungen einzubringen und bewusst auf die Ausrichtung der europäischen Mittel in den kommenden Jahren einzuwirken. Und erst dann können wir überhaupt hoffen, zumindest etwas davon im Abschlussbericht der Europäischen Kommission wiederzufinden. Nutzen wir also die einmalige Chance! Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Abgeordnete.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster erhält das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Müller. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Detlef Müller, SPD:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren!

Liebe Frau Kollegin Borchardt! Als ich Ihren Antrag das erste Mal gelesen habe, habe ich mich gefragt, wofür dieser Antrag gut sein soll. Und, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, mir ist da nicht so sehr viel eingefallen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: So?)

Dennoch, nach etwas längeren Überlegungen bin ich dann zu dem Ergebnis gekommen, dass er uns zumindest hier heute die Chance gibt – und insofern ist er vielleicht doch nicht so schlecht –, noch einmal in aller Öffentlichkeit darüber zu sprechen, Frau Kollegin Borchardt hat das ja auch schon getan, dass nämlich die oft gescholtene Brüsseler Bürokratie versucht, transparenter zu werden.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Da kann ich Ihnen nur sagen – und ich glaube, da stimme ich mit Ihnen allen überein –, ...

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Versuch macht klug, Versuch macht klug.)

Versuch macht klug, und ich denke, das ist auch gut so.

... die Europäische Union hat in der Tat unter anderem eine umfassende Konsultation zur Zukunft der EU-Finzen eingeleitet. Eine Diskussion ohne Tabus ist angekündigt. Auch das, finde ich, hört sich sehr gut an. Schauen wir mal, was sich da entwickelt.

Alle interessierten Kreise – Frau Kollegin Borchardt hat darauf hingewiesen – auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene sollen einbezogen werden und ich finde, auch das hört sich sehr gut an und bietet uns allen eine bemerkenswerte Chance, im nächsten Jahr diesen Prozess von Grund auf noch einmal neu zu überdenken und zu schauen, wie viel Geld die EU in den nächsten Jahren ausgeben muss und woher es kommen soll.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Begleitet werden soll dieser Prozess – auch darauf wurde schon hingewiesen – durch Studien, die die Kommission bereits in Auftrag gegeben hat, zum Beispiel zur gemeinsamen Agrarpolitik oder auch zur EU-Kohäsionspolitik. Es ist also ein ganz spannender Prozess, der da begonnen hat, und wie gesagt, es ist gut, dass wir heute die Gelegenheit haben, noch einmal darüber zu reden. Gestatten Sie mir dennoch ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Nicht nur zu reden, auch nachzudenken.)

Und darüber nachzudenken, sehr richtig, Frau Kollegin Müller.

Gestatten Sie mir darum noch einige kurze Anmerkungen zu dem Antrag.

Frau Kollegin Borchardt, Sie möchten, dass die Landesregierung aufgefordert wird, sich in diesen Diskussionsprozess einzubringen. Ich glaube, in der letzten Ausschusssitzung des Europa- und Rechtsausschusses haben wir beim Briefing der Staatskanzlei zu den europäischen Themen schon erfahren, dass die Landesregierung sich eigentlich bereits mitten im Prozess befindet, und insofern, glaube ich, müssen wir sie auch nicht mehr auffordern.

In der Ziffer 2 Ihres Antrages wollen Sie die Landesregierung auffordern, geeignete Maßnahmen einzuleiten, dass sich Interessengruppen in diesen Prozess einbringen. Ich glaube, bei allem Respekt, Frau Kollegin Borchardt, das ist und kann nicht die Aufgabe einer Landesregierung sein, und ich kann mir eigentlich auch gar nicht richtig praktisch vorstellen, wie das funktionieren soll.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: So?)

Denn schließlich kann sich jeder an diesem Prozess beteiligen, was heißt, dass also auch jeder Bürger die Möglichkeit hätte und hat, sich hier zu beteiligen. Und insofern ist auch der dritte Punkt Ihres Antrages, was die Unterrichtung betrifft, überflüssig.

Dennoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion DIE LINKE, die Staatskanzlei hat signalisiert – und das auch übrigens im letzten Ausschuss –, dass sie im zu erstellenden Europabericht, den wir im nächsten Jahr hier im Landtag behandeln werden, uns informieren wird über einen abgestimmten Beitrag der Bundesländer aus der Ministerpräsidentenkonferenz, und insofern haben wir die Chance, uns zu informieren. Frau Kollegin Borchardt wird dann sicherlich auch die Möglichkeit haben, wenn wir diesen Bericht im Ausschuss behandeln, ihre Fragen noch einmal zu stellen.

Also, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, es bedarf dieses Antrages nicht. Ich kann Ihnen sagen, dass wir als SPD-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE:  
Da bin ich aber enttäuscht jetzt. –  
Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,  
und Angelika Gramkow, DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Müller.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Schnur von der FDP.

**Toralf Schnur, FDP:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Vorweg: Es ist ja eigentlich ein sehr spannendes Thema.

(Udo Pastörs, NPD: In  
Deutschland ist alles spannend.)

Schade, dass man für den Punkt nur drei Minuten hat. Nun gut.

Der Haushalt der Europäischen Union ist auch für Mecklenburg-Vorpommern von elementarer Bedeutung. Ohne Mittel aus Brüssel wären viele Planungen aus unserem Haushalt nicht mehr in die Tat umsetzbar. Allein für die laufende Förderperiode erhält Mecklenburg-Vorpommern einen wesentlichen Anteil von Geldern aus der EU.

(Udo Pastörs, NPD: Was wir  
vorher zehnfach eingezahlt haben.)

Auch anhand der aufgezeigten Abhängigkeit unseres Bundeslandes von den Zahlungen der EU ist es grundsätzlich geboten, sich aktiv in die Debatte zur Neugestaltung des Haushaltes mit einzubringen. So weit, so gut.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE versucht, ein Problem anzusprechen, wobei selbst für eine Oppositionspartei nicht wirklich zu erkennen ist, wo hier eigentlich das Problem liegen kann. Wer glaubt denn ernsthaft, dass es nicht im Interesse auch einer Oppositionspartei – das müssen wir irgendwo auch für uns erkennen –,

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

dass es nicht im Interesse der Landesregierung liegen sollte, massiv etwas für Mecklenburg-Vorpommern herauszuholen? Das glaubt doch wohl hoffentlich niemand. Unabhängig von Parteien ...

(Udo Pastörs, NPD: Doch, wir glauben das.)

Ja gut, Sie.

Unabhängig von Parteien und Personen gehe ich davon aus, dass jeder diesen Prozess aktiv für unser Land unterstützt. Frau Borchardt, Sie haben es ja selbst zum Teil gesagt.

Es gibt somit für die FDP-Fraktion zu diesem Antrag im Wesentlichen nur eines zu sagen: Wir müssen nicht ständig Dinge beschließen, die selbstverständlich sind. Die Fraktion der LINKEN versucht hier im Übrigen eine Situation darzustellen, die suggeriert, dass es eigentlich anders wäre, als es im Antrag beschrieben worden ist. Denn der Absatz 2 der Begründung stellt dies im Wesentlichen dar. Er liest sich schön, aber er sendet das Signal, dass lediglich DIE LINKE eigentlich das Problem lösen kann. Spannend ist an Ihrem Antrag im Wesentlichen aber nur Punkt 2.

(Udo Pastörs, NPD: Alles ist spannend. –  
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Dort wollen Sie nämlich, dass für die Interessengruppen geeignete Maßnahmen ergriffen werden sollen, damit sich diese wirksam in den Prozess einbringen können. Ist es nicht grundsätzlich Sache der Interessengruppen selbst, sich in den Sachverhalt einzubringen? Ist es nicht sogar ein elementarer Bestandteil der Arbeit einer Interessengruppe, sich in einen Sachverhalt einzubringen? Im Grunde genommen ist dies doch von einer Interessengruppe in jedem Fall zu erwarten. Aber was ist eigentlich noch viel, viel spannender? Was ist denn überhaupt eine Interessengruppe?

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und diese Frage, die kann man eben nicht so leicht beantworten. Im Übrigen ist das auch von der EU angesprochen. Das haben Sie in Ihrer ganzen Rede übrigens, Frau Borchardt, ausgelassen. Das Problem von Interessengruppen besteht doch im Moment darin, dass diese selbst ihre Transparenz im Grunde nicht mehr darstellen. Es muss also auch bei vermeintlichen Interessengruppen die Frage gestellt werden, wen sie denn eigentlich vertreten. Der Abgeordnete Müller hat es gesagt, im Punkt 3 ist durch die Staatskanzlei angedeutet worden, dass man diesen erfüllen wird. Somit ist insgesamt festzustellen, dass es Ihres Antrages nicht bedarf, und deshalb wird die FDP-Fraktion Ihren Antrag ablehnen. – Danke.

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Schnur.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Kuhn von der CDU.

**Werner Kuhn, CDU:** Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag weist eigentlich noch einmal im Grunde darauf hin, dass das Europäische Parlament als Legislative gemeinsam mit dem Rat und der Kommission den EU-Haushalt, den die Kommission als Exekutive erstellt, einer gründlichen Überprüfung unterziehen soll. Die Kommission wird aufgefordert, und ich zitiere, „eine vollständige, weit reichende Überprüfung sämtlicher Aspekte der EU-Ausgaben, einschließlich der Gemeinsamen Agrarpolitik, und der Eigenmittel, einschließlich der Ausgleichszahlung“ – die immer wieder umstritten gewesen sind – „an das Vereinigte Königreich,“ – gerade mit den Sonderbedingungen, die damals Margaret Thatcher ausgehandelt hat – „vorzunehmen und darüber 2008/2009 Bericht zu erstatten“, damit auch die nationalen Parlamente, die Regionen, sprich föderative Institutionen, so wie das Land Mecklenburg-Vorpommern dort genau zu erfahren bekommen, wie denn hier Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit in der europäischen Dimension dargestellt werden.

Die Erklärung Nummer 3 zur Interinstitutionellen Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Europäischen Kommission, aus der ich zitiert habe, weist noch einmal ganz klar darauf hin und eine alte Weisheit gilt nach wie vor: Wenn es ums Geld geht, dann hört die Freundschaft auf. Die politische Agenda der Europäischen Union wird derzeit von Grund auf aktualisiert und ich glaube, gerade der gestrige Tag, der 13. Dezember 2007, hat mit der Unterzeichnung des EU-Reformvertrages in Lissabon schon einen Meilenstein gesetzt, wie denn die Europäische Union sich weiter konstituieren wird.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da warten wir mal die Ratifizierung ab. –  
Udo Pastörs, NPD: Das war der zweite Meilenstein nach der Verfassung.)

Auch die Ratifizierungen werden diesmal, weil es Konsens ist,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da haben Sie aber falsch gelesen, glaube ich.)

zwischen den Nationalstaaten sicher nicht so kompliziert werden, wie das beim letzten Mal gewesen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen natürlich vor völlig anderen Herausforderungen, was europäische Politik insgesamt betrifft. Stichworte wie Globalisierung sind gefallen. Themen wie Klimawandel, Energie, Migration rücken in zunehmendem Maße in den Mittelpunkt europäischer Politik und sicher ist dabei auch immer zu betrachten, dass wir nach wie vor danach streben müssen, Wachstums- und Beschäftigungsstrategien auf europäischer Ebene zu entwickeln und die Rahmenbedingungen natürlich zu harmonisieren. Und dabei kommt es darauf an, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir uns schon bewusst werden, dass Europa kein Land ist, das Riesenressourcen an Rohstoffen hat, Riesenenergieressourcen, sondern dass wir hier ganz klar auf Innovation setzen müssen, nämlich auf die Köpfe unserer Menschen innerhalb Europas. Wir müssen hier ganz klar auch in der strategischen Ausrichtung Finanzen hineingeben, sodass Bildung, universitäre Aus-

bildung und viele Dinge in Forschung und Entwicklung vorangebracht werden, denn da sind unsere Stärken, da sehen wir unsere Zukunft und das muss innerhalb der Europäischen Union klar festgelegt werden.

Der Haushalt ist für die EU sicher auch ein wichtiger Hebel, um politische Ziele zu verwirklichen, Veränderungen herbeizuführen und Langzeitwirkung, sprich nachhaltige Politik in die Tat umzusetzen. Und wenn ich Ihren Antrag lese – und der ist ja von den unterschiedlichen Fraktionen schon analysiert worden –, so wird einfach infrage gestellt, dass unser Land Mecklenburg-Vorpommern mit seiner Regierung sich genügend darum kümmert, dass dieser Konsultationsprozess tatsächlich effektiv geführt wird. Das weise ich von dieser Stelle zurück. Ich denke, dass der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister hier federführend die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns mit einbringen.

Ich weise darauf hin, dass wir in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf Bundesebene genau diese Themen aufgegriffen haben und dort unsere Interessen als Mecklenburg-Vorpommern mit einbringen. Dass Interessengruppen natürlich jetzt auch in der Lage sind, über die entsprechenden elektronischen Medien gewisse Dinge zu transportieren und dort darauf hinzuweisen, welchen Bedarf sie an Finanzen für Strukturförderung, für grenzüberschreitende Projekte, für die Landwirtschaft, für Industrie, Forschung, Entwicklung mit reinbringen können, das ist für meine Begriffe, was Basispolitik betrifft, sehr honorig und lobenswert, aber es muss dann nachher auch klar strukturiert und zusammengefasst werden. Das wird natürlich in einer Legislative mit ihrer entsprechenden Regierung, mit den Ministerien getan und da können Sie versichert sein, dass wir hier als Mecklenburg-Vorpommern auch klar unsere Interessen vertreten werden.

Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht die CDU-Fraktion keine Notwendigkeit, dass die Landesregierung diesbezüglich noch einmal explizit aufgefordert werden muss, in den Diskussionsprozess einzutreten, denn sie ist längst drin,

(Udo Pastörs, NPD: Als Zahlmeister.)

und jeder, der europäischer Politik Aufmerksamkeit schenkt, weiß auch, welche Möglichkeiten gerade Regionen haben. Und Regionen sind nicht nur Bundesländer, sondern ganz spezielle – und darauf wird immer wieder Wert gelegt – länderübergreifende Regionen, um gerade Strukturschwäche abzubauen. Wenn wir jetzt überlegen, dass das Schengener Abkommen greifen wird, dann sind wir im Prinzip vor einem neuen historischen Prozess, der natürlich auch begleitet werden muss, nicht nur was Sicherheit betrifft, nicht nur was möglicherweise ...

(Udo Pastörs, NPD: Das wäre eine neue historische Chance für Zigeuner.  
Die können jetzt alle nach Zentraleuropa.)

Ja, diese Ausführungen kennen wir ja von Ihnen und wir wissen auch, wohin so etwas führt. Ich bitte Sie einfach, halten Sie sich in der Debatte zurück. Mit Ihren Argumentationen und Ideologien haben Sie in Europa schon genügend Unheil angerichtet.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und CDU –  
Udo Pastörs, NPD: Das überlassen Sie mal uns!)

Das letzte Jahrhundert, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigt uns einfach, dass wir so nie wieder gegeneinander stehen dürfen,

(Stefan Köster, NPD: So viel Unheil wie Sie können wir gar nicht anrichten. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

dass unsere jungen Männer bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüberstehen und danach trachten, sich gegenseitig umzubringen in zwei verheerenden Weltkriegen,

(Stefan Köster, NPD: Heute überfallen sie Leute, die sich nicht wehren können. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die mit Ihrer Ideologie mit angezettelt worden sind. So etwas wollen wir nicht mehr und darüber sind die Völker sich einig, das werden Sie auch als Nationalisten nicht zerstören können.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Extremismus sollte in keinsten Weise politische Grundlage in Europa sein. Deshalb lehnen wir, was diesbezüglich die ...

(Udo Pastörs, NPD: Sie sind ein Europaextremist. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Europaextremisten meine ich damit in keinsten Weise, sondern Nationalismus und Chauvinismus sind keine Politikfelder, mit denen wir uns in Europa auseinandersetzen sollten.

(Udo Pastörs, NPD: Ihre europäischen Wahnvorstellungen sind doch das Problem.)

Noch einmal zurück zu Ihrem Antrag. Ich denke, dass wir hier mit der Landesregierung eine ganz klare Strategie haben,

(Udo Pastörs, NPD: Auf Kosten unserer Menschen.)

und natürlich auch, was die einzelnen Strukturfonds für Mecklenburg-Vorpommern betrifft, ob das nun ESF oder EFRE ist, dass wir hier klar unsere Möglichkeiten anmelden sollten. Wir brauchen die europäische Strukturförderung und deshalb ist es für Mecklenburg-Vorpommern existenziell wichtig,

(Udo Pastörs, NPD: Geben Sie das Geld doch gar nicht erst aus, dann brauchen Sie es nicht zu erbetteln anschließend!)

dass wir hier auch dem EU-Reformprozess zustimmen, und nicht, dass wir als einziges Bundesland wie damals zum EU-Verfassungsvertrag als Mecklenburg-Vorpommern uns der Stimme enthalten müssen, weil DIE LINKE letztendlich damals in der Regierung dagegen gewesen ist.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Sie wissen gar nichts. Die Landesregierung wollte.)

Es war für meine Begriffe kein gutes Signal und jetzt generieren Sie sich als die großen Europäer. Ich weise darauf zurück, was Sie seinerzeit für Initiativen ergriffen haben, aber nicht deswegen, sondern weil Ihr Antrag eigentlich vom Inhalt her keine Relevanz hat,

(Irene Müller, DIE LINKE: Eigentlich haben Sie jetzt sehr weit weg geredet vom Antrag.)

sondern die Initiativen in Mecklenburg-Vorpommern über unsere Landesregierung vernünftig in die Tat umgesetzt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Udo Pastörs, NPD: Bravo, sehr gute Rede!)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Kuhn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der NPD.

**Tino Müller, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Immer wieder versuchen uns die wirtschaftlichen, politischen und journalistischen Eliten dieser BRD einzureden, dass die Europäische Union unser Schicksal und Verheißung sei. Der Zielpunkt aller Geschichte: ein so wunderbares Projekt und dass jede Kritik an diesem Moloch zu unterlassen ist. Im Schutz dieses Meinungskartells können die Macher in Brüssel schalten und walten, wie sie wollen. Jeder Skandal, jeder Mangel, jeder Blödsinn muss hingenommen werden. Die Postkommunisten in diesem Haus wollen nun auf den Zug aufspringen, indem sie uns heute diesen Antrag vorlegen.

Eines möchte ich vorwegschicken: Gerade wir Deutschen haben gute Gründe, nach der Mittelverwendung der EU zu fragen,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

denn das bundesrepublikanische Parteienkartell hat aus seinem tief sitzenden Misstrauen und Hass gegen das eigene Volk heraus ein besonderes Opfer auf den Altar der Zerstörung der Volkssouveränität gebracht. Sie als Vertreter dieser Parteien haben nicht nur Deutschland zum größten Nettozahler der EU gemacht, sondern auch die starke Deutsche Mark geopfert.

(Reinhard Dankert, SPD: Der Euro ist doch stärker als je zuvor.)

Die ehemalige englische Premierministerin Margaret Thatcher hat über Sie alle einmal völlig zu Recht festgestellt, Zitat: „Weil die Deutschen eine Scheu davor haben, sich selbst zu regieren, versuchen sie ein europaweites System zu schaffen, in dem sich keine Nation mehr selbst regiert.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Nun muss man Frau Thatcher aber auch zur Ehrenrettung unseres Volkes entgegenhalten, diese Auswüchse sind bundesrepublikanisch, nicht deutsch.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Wir Nationalen stehen gegen die zunehmende Aushebelung der Nationalstaatsouveränität unseres Volkes. Eine schrittweise Abwicklung der deutschen Nation durch die EU als kommender europäischer Superstaat wird von uns kompromisslos abgelehnt. Wir wollen deshalb keine EU-Haushalte überprüfen und irgendwelche Interessengruppen – Wen meinen Sie von den LINKEN eigentlich? –

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, Sie auf jeden Fall nicht.)

an dem Diskussionsprozess um den EU-Haushalt beteiligen. Nein, wir sagen deutlich: Kein Cent für übernationale Kunstgebilde, raus aus der EU!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Bei der EU kann von einer Demokratie im Sinne von Volksherrschaft überhaupt keine Rede sein.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Da es kein europäisches Volk gibt, handelt es sich bei der Europäischen Union auch nicht um eine vom Volk legitimierte Staateneinheit. Unser Volk braucht den Moloch EU nicht, jenes künstliche Konstrukt, entwickelt durch Brüsseler Bürokraten und Zentralisten, beherrscht durch die Interessen des staatenlosen Großkapitals und geschmiert durch das Geld der Völker, denen durch die EU ihre Souveränität genommen wird.

(Jörg Heydorn, SPD: Sie wissen doch nicht, wovon Sie reden! Sie wissen doch nicht, wovon Sie reden! – Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Wir Nationalen halten aber weiterhin am Gebot der Volkssouveränität fest. Für uns bleiben souveräne Staaten auch weiterhin Völkerrechtssubjekte der Weltpolitik. Wir wollen raus aus der EU

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

und da dieser Antrag bei aller vordergründigen Kritik prinzipiell EU-freundlich ist, lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Das Wort hat jetzt noch einmal Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

**Barbara Borchardt,** DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum letzten Redebeitrag nur so viel: Da unterscheiden wir uns dann eben doch ganz, ganz deutlich;

(Michael Andrejewski, NPD: Sehr gute Einschätzung! – Udo Pastörs, NPD: Ja, das sehen wir auch so. Da legen wir auch Wert drauf.)

Weil wir ganz deutlich sagen und unsere Werte vor allen Dingen sind, dass in Europa Menschen leben

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, das wissen wir auch. – Stefan Köster, NPD: Ihre Werte sind die Toten an der Grenze.)

und auch die Ausrichtung von finanziellen Mitteln dazu da ist, dass wir in Europa gleichwertige Lebensbedingungen schaffen,

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, das schaffen Sie mal!)

um ein friedliches Europa zu gewährleisten.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das schaffen Sie mal! Aber nicht auf Knochen der Deutschen. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Und dass Sie vom Prinzip her sich daran nicht beteiligen wollen, wissen Sie, das kann man einfach so stehen lassen, das wissen die Bürger dadurch auch.

(Stefan Köster, NPD: Sie wollen doch wieder die DDR einführen. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich weiß jetzt nicht, warum Sie hier so rumquietschen. Letztendlich sind es Tatsachen.

(Udo Pastörs, NPD: Weil uns das so gut gefällt, das Quietschen gegen Links. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Unsere Werte sind anders und ich hoffe, dass die demokratischen Fraktionen insoweit mit mir zumindest einig sind.

Ich sage es auch ganz deutlich: Mich überrascht die Entscheidung der Koalitionsfraktionen und auch der FDP-Fraktion bezüglich unseres Antrages nicht allzu sehr.

(Udo Pastörs, NPD: Schaffen Sie erst mal gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland!)

Ich sage aber auch, ich bin fest davon überzeugt, dass wir durch den Konsultationsprozess – und da, glaube ich, liegen wirklich Welten zwischen uns – Europa den Menschen näherbringen können, wenn wir gemeinsam Diskussionen über die Ausrichtung der Europäischen Union, des zukünftigen Europas, auch ganz bewusst gestalten. Und es geht hier nicht alleine darum, dass die Landesregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen sich in den Diskussionsprozess einbringt, sondern es geht darum, dass sie die betreffenden Strukturen, die selbstverständlich schon heute auch über andere Mittel der Europäischen Union, also nicht nur der Strukturfonds, sondern der anderen Förderprogramme, mit einbezieht und sagt, inwieweit müssen wir denn aufgrund unserer Erfahrung handeln, zum Beispiel im Hochschulbereich, zum Beispiel im Kulturbereich, im sozialen Bereich. Ich kann Ihnen mal die Bereiche zeigen außerhalb der Strukturfonds, wo sich alle einzelnen Förderprogramme hinter verstecken, wo es Geld abzuholen gilt, wo wir teilweise Schwierigkeiten haben in Mecklenburg-Vorpommern,

(Udo Pastörs, NPD: Ah, Geld abholen! Bares Geld abholen, das ist vernünftig, das ist sehr vernünftig.)

auch aufgrund der Anforderungen, die die EU an uns stellt beziehungsweise an die einzelnen Vertreterinnen und Vertreter. Und in dieser Beziehung bin ich fest davon überzeugt, dass man diesen Diskussionsprozess bewusst gestalten hätte können, wenn man es denn gewollt hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Das ist kein Vorwurf, liebe Herren von der Koalitionsfraktion, an die jetzige Regierung, sondern eine Bitte, dass das Parlament und die vielen Betroffenen draußen in diesen Diskussionsprozess mit einbezogen werden. Es geht um die zukünftige Ausrichtung der Mittel der Finanzierung in der Europäischen Union nach 2013. Und dann hören wir uns doch mal unsere Reden hier pausenlos an.

(Udo Pastörs, NPD: Da kann einem schlecht werden. Da haben Sie recht, da kann einem ganz schlecht werden. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Letztendlich stellen wir fest, dass wir das Zielgebiet 1 verlieren werden. Wir stellen fest, dass der Solidarpakt auslaufen wird, und wir stellen fest, dass es höhere Anforderungen an uns gibt, über die Mittelverwendung hier im Land Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam zu reden.

(Udo Pastörs, NPD: Deswegen: Raus aus der EU!)

Und unter dem Gesichtspunkt, glaube ich, ist es ganz wichtig, ganz genau herauszuarbeiten: Welche Stärken

hat Mecklenburg-Vorpommern? Welche Schwächen hat Mecklenburg-Vorpommern? Was hat uns teilweise gehindert, bestehende Programme letztendlich in Anspruch zu nehmen und dann auch zum Erfolg zu führen? Und ich denke schon, dass wir gerade in dieser Beziehung Nachholbedarf haben und dass wir hier eine Chance verpasst haben, auch in Bezug auf die Vorbereitung der Europawahlen 2009, den Menschen Europa etwas näherzubringen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, die werden euch die Quittung geben.)

Gucken wir uns doch die großen Zielinitiativen im Bereich der Pomerania an, die nicht nur über die LEADER-Programme laufen, sondern wo andere Mittel in Anspruch genommen werden und auch grenzüberschreitend gehandelt wird. Unter dem Gesichtspunkt, glaube ich, tun Sie einfach den Betroffenen beziehungsweise den Initiatoren etwas Unrecht, wenn Sie meinen, dass das alles so läuft. Ein ganz konsequenter und organisierter Diskussionsprozess ist eben etwas anderes.

Und, Herr Müller, dass Sie nun in meinem Antrag nichts Schlechtes mehr gefunden haben, das ehrt Sie ja erst mal.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Da war nichts Schlechtes drin. – Udo Pastörs, NPD: Ach, wenn man nichts findet, dann ehrt das?)

Aber dass das, was uns die Landesregierung in der Ausschusssitzung berichtet hat, gereicht hat als Informationen, da tut es mir leid, ich habe aus dieser Berichterstattung nur eine Botschaft erfahren: Die Ministerkonferenzen werden diesen Diskussionsprozess in irgendeiner Weise führen.

(Rudolf Borchert, SPD: Das war doch erst der Anfang, Frau Borchardt, da kommt doch noch mehr. Wir fangen doch erst an.)

Inwieweit wir als Land mit einbezogen werden, ist dahingestellt gewesen. Und wir werden in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam darüber reden,

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig, im Ausschuss.)

wie denn die EU-Mittel zukünftig ausgerichtet werden. Und ich hoffe, dass wir dann gemeinsam hier auch eine Position finden als Landtag und nicht nur als Regierung. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Frau Borchardt.

Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1055. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1055 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Ablehnung der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Gesundheit und Ernährung in der Schule, Drucksache 5/1062.

**Antrag der Fraktion der NPD:  
Gesundheit und Ernährung in der Schule  
– Drucksache 5/1062 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Köster von der NPD.

**Stefan Köster, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Handlungsrahmen für die Vermittlung von Gesundheitsbewusstsein und vollwertiger Ernährung in den Schulen zu entwickeln und bereits im Schuljahr 2008/2009 mit der Umsetzung zu beginnen. Ziel muss es sein, die Schülerinnen und Schüler für Gesundheitsthemen zu interessieren und eine bestmögliche gesundheitliche Bildung aller Altersklassen sicherzustellen. Der Handlungsrahmen soll folgende Grundsätze enthalten:

- Vermittlung des Wissens, wie Krankheiten entstehen und wie die Gesundheit gestärkt werden kann
- Vermittlung des Wissens, wie man mit seinem Körper und seinem Leben verantwortungsvoll umgeht
- Wissen und Erlernen von bewusster und gesunder Ernährung
- Sicherstellung von ausreichender und vielseitiger Bewegung durch regelmäßigen Sportunterricht

Mecklenburg-Vorpommern will das Gesundheitsland in Deutschland werden. Hierzu bedarf es aber nicht nur blumiger Worte, sondern der praktischen Umsetzung. In der Koalitionsvereinbarung wird in Punkt 165 angestrebt, ein Konzept zur Weiterentwicklung des Faches „Sport“ zum Fach „Sport und Gesundheitslehre“ zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren der Regierung, Ihre Parteien haben seit 17 Jahren die Regierungsgewalt inne. Seit der Antike ist die Wichtigkeit der Kombination gesunder Körper und gesunder Geist bekannt. Sie scheinen diese Notwendigkeit in Ansätzen erst jetzt erkannt zu haben.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:  
Das müssen Sie gerade sagen! –  
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ist es denn nicht so, dass bei der Gratulation zum Geburtstag nicht zufällig der Gesundheitswunsch an oberster Stelle steht? Wenn ich mich hier im Raum umgucke, dann ist mir durchaus bewusst, dass die eine Abgeordnete oder der andere Abgeordnete nicht unbedingt zum besten Vorbild reicht. Dass Gesundheit aber keine Selbstverständlichkeit ist, sondern immer wieder erhalten werden muss, wird vielen Menschen erst bewusst, wenn sie erkrankt sind. Jede Erkrankung hat aber mindestens eine Ursache.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Gesundheitsbewusste Erziehung hat deshalb bereits in den Schulen zu beginnen. Gesund zu leben und gesund zu essen, muss daher in der Schule bereits ausführlich erlernt werden. Auch der Sport hat in seiner Bedeutung im schulischen Lehrplan und darüber hinaus einen größeren Stellenwert einzunehmen.

(Angelika Peters, SPD: Das steht in der Begründung, das brauchen Sie nicht noch mal vorzulesen. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Durch eine tägliche Sportstunde ist dem zunehmenden Gesundheitsverfall und der Übergewichtigkeit, die auch hier im Saale großen Zuspruch findet,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

von Schülern entgegenzuwirken. Denn bei einer frühzeitigen Vorbeugung und Vorsorge können viele entstandene Gesundheitsschäden vermieden werden. Die Vermittlung von grundsätzlichem Wissen über den menschlichen Körper, vollwertige Ernährung und Sport, wenn es um die Gesundheitserhaltung und -förderung geht, spielt eine große Rolle.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich weiß, Herr Dankert, mit Sport haben Sie nicht viel im Sinn.

Auf sich allein gestellt, reichen die Maßnahmen aber nicht aus. Dieses ergab auch eine Langzeitstudie zur Prävention von Übergewichtigkeit bei Kindern,

(Reinhard Dankert, SPD: Steineweitwurf mache ich nicht, das stimmt.)

welche die Techniker Krankenkasse gemeinsam mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg durchführte.

(Angelika Peters, SPD: Deswegen haben Sie ja auch so einen schlanken Geschäftsführer.)

Dass sich der Gesundheitsunterricht insgesamt positiv auf das Verhalten der Kinder auswirkte, ist aber die wichtigste Feststellung der Studie. „Die Schüler greifen seltener zu ungesunden Lebensmitteln, spielen mehr draußen, gucken weniger Fernsehen. Sie sind weniger gestresst und fühlen sich insgesamt wohler“, betonte Professor Dr. Joachim Westenhöfer von der zuvor genannten Hochschule in einer dpa-Mitteilung vom 29. Juni dieses Jahres.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Fällt Ihnen auch was Eigenes ein?)

Auch der Arzt und Fachbuchschritsteller Dietrich Grönemeyer fordert das Schulfach „Gesundheit“.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Der möchte auch gerne von Ihnen zitiert werden!)

Dass Sie nicht gesund aussehen, Frau Borchardt, das weiß ich.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Jetzt reicht es! – Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist ja wohl eine Unverschämtheit. Herr Präsident, greifen Sie ein! – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

„Das Wissen darüber, wie Krankheiten entstünden und Gesundheit gestärkt werden könne, sollte zur Basisausrüstung jedes Menschen gehören“, plädierte Grönemeyer in einem Beitrag für die Zeitschrift „Focus-Schule“ für die Notwendigkeit. Weiterhin forderte er die Bildungsminister der Länder auf: „Schaffen Sie ein Schulfach Gesundheit ... Gesundheit sollte als Fach genauso wichtig sein wie Rechnen oder Lesen“.

(Irene Müller, DIE LINKE: Wie wichtig bei Ihnen Rechnen war, haben Sie ja gestern bei Ihrem Antrag gezeigt. – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

„Wie man mit seinem Körper und seinem Leben verantwortungsvoll umgeht, müsse in der Schule gelernt werden.“ Wie sollen Eltern ihre Kinder gesund ernähren und

zu einer gesunden Lebensführung erziehen, wenn ihnen selbst die notwendigen Kenntnisse fehlen. Guter Wille allein reicht hier nicht aus. „Jedes fünfte Kind in Deutschland isst“ – einer Untersuchung des Forschungsinstituts für Kinderernährung an der Uni Bonn zufolge – „jeden Tag ein Fertiggericht. Fast neun von zehn Kindern ... essen mindestens jeden dritten Tag eine Tiefkühlpizza, eine Dosensuppe oder Kartoffelknödel aus der Tüte“, so die Studie. Fachleute halten diesen Trend zu Recht für sehr bedenklich. Fertiggerichte seien meist fettreicher als empfehlenswerte herkömmliche Gerichte. Zudem enthalten sie häufiger Zusätze wie Konservierungsmittel oder Geschmacksverstärker.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

„Diese Geschmacksverstärker hätten zur Folge, dass die Kinder gewissermaßen auf einen Einheitsgeschmack eingeordnet werden“, so die „Lübecker Nachrichten“ in ihrer Ausgabe vom 02.11.2007.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Deshalb, Frauen, bleibt zu Hause und kocht! – Udo Pastörs, NPD: Das ist richtig.)

Dass Ihnen dieses gefällt, weil Sie die Menschen auch auf eine Einheitspartei des selbsternannten demokratischen Blocks richten wollen, das ist mir auch bekannt.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Hinzu kommt, was häufig gar keine Berücksichtigung findet, wenn über Gesundheitserziehung in der Schule gesprochen wird,

(Reinhard Dankert, SPD: Sie müssen die Gesundheit von Körper und Geist auch erst mal in Übereinklang bringen, Herr Köster.)

dass die Raucher immer jünger werden und auch der erste Genuss von Alkohol in immer jüngeren Jahren erfolgt. Um solchen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen, müssen die Kinder und Jugendlichen sich bereits frühzeitig in der Schule mit dem Thema Gesundheit intensiv auseinandersetzen.

Auch die Bundesgesundheitsministerin Schmidt sagte im Mai dieses Jahres Ernährungsproblemen und Bewegungsmangel den Kampf an und wollte schon in der Schule mit der Aufklärung anfangen.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Offensichtlich wieder einmal nur ein PR-Gag, denn umgesetzt wurde bislang nichts. Dabei sagte sie im ZDF, dass Sportunterricht genauso wichtig ist wie Mathematik und Deutsch.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Haben Sie noch mehr Zitate oder wissen Sie auch selber was?)

Der unter anderem von ihr vorgestellte Aktionsplan für „Gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ ist solange nichts wert, wie die entsprechende Umsetzung nicht erfolgt. Mecklenburg-Vorpommern hat auch in dieser Sachfrage die Möglichkeit voranzugehen, um für die übrigen Bundesländer eine Vorbildrolle einzunehmen.

Zum Schluss möchte ich auf den Planungsstand in unserem Land eingehen. Frau Dr. Gudrun Zander vom Landesinstitut für Schule und Ausbildung in Schwerin referierte auf einer Tagung der Techniker Krankenkasse am 27. Juni 2007 über ihre Arbeit im Auftrage der Landesregierung. In ihrem Vortrag bestätigte Frau Dr. Zander

unseren Antrag. „Kaum ein Bereich und Aufgabengebiet besitzt eine größere Praxis- und Lebensrelevanz für die Schüler.“

(Reinhard Dankert, SPD: Das hat sie bestimmt nicht gesagt.)

„Eine Fülle von Themen und Problemen lässt sich diesem ... Gebiet zuordnen: gesunde Lebensführung und Ernährung, Drogenprävention, Sexualerziehung, Hygiene, Organtransplantation, Impfschutz, Unfallschutz, Gewaltprävention usw. Alle einzelnen Bereiche sind lebensnotwendig und erfordern umfassendes Wissen und Kenntnisse“, führte Frau Dr. Zander weiter aus. In ihrem Redebeitrag bestätigte sie zwar, dass es Gesundheits-erziehung an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern schon lange gibt, sie verdeutlichte aber weiter, dass die Erfahrungen der letzten 16 Jahre zeigen, dass die Arbeit in Projekten nicht genug ist, wenn man die „Gesunde Schule“ etablieren will. In diesem Zusammenhang sprach sich Frau Dr. Zander für ein eigenständiges Schulfach „Gesundheit“ aus. Wir gehen noch weiter und fordern die Landesregierung auf, den Sport und die Gesundheit Mathematik und Deutsch gleichzustellen!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat der Vizepräsident Herr Bluhm von der Fraktion DIE LINKE.

**Andreas Bluhm,** DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den ersten Blick erscheint der vorliegende Antrag der Fraktion der NPD unpolitisch. Mal abgesehen davon, dass im Antragstext und in den Erläuterungen wieder einmal die Schulen als Ersatz für die Erfüllung von Pflichten, die zuerst die Eltern haben, herangezogen werden sollen, sind allerdings die gemachten Vorschläge eine Verkennung von existierenden Realitäten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Ein Blick in die verbindlichen Rahmenpläne dieses Landes hätte genügt, um einen Teil Ihrer Forderungen schon einmal gegenstandslos werden zu lassen.

(Michael Andrejewski, NPD: Rahmenpläne kann man ändern. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Der Aufbau und die Funktion des menschlichen Körpers sind Bestandteil des Biologieunterrichtes.

(Raimund Borrman, NPD: Davon lernt man aber nicht Kochen.)

Über Nahrungsbestandteile werden die Schülerinnen und Schüler im Biologie- und Chemieunterricht informiert

(Raimund Borrman, NPD: Im Chemieunterricht lernt man auch nicht Kochen.)

und ein täglicher einstündiger Sportunterricht würde die bestehenden Möglichkeiten der Schulen im Moment überschreiten, zöge eine unzumutbare Verlängerung der Unterrichtszeit nach sich und würde zu erheblichen Verschiebungen im Unterrichtsablauf von Schülerinnen und Schülern führen. Aber darum geht es Ihnen gar nicht.

(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Wohl auch nicht darum, die Koalitionsvereinbarung der SPD- und CDU-Koalition dieses Landes umzusetzen. Will man die Zielrichtung solcher Aktivitäten der NPD im Bereich der Bildungs- und Sozialpolitik wirklich bewerten, dann muss man schon einen Blick in Ihr Partei- und Aktionsprogramm werfen,

(Stefan Köster, NPD: Dann schwingen Sie wieder die NS-Keule.)

auch wenn einem dabei der Appetit vergeht.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Herr Köster, wenn Sie hier immer so undifferenziert von Kindern und Jugendlichen geredet haben, dann werde ich Ihnen dieses gleich darlegen, denn in diesen Papieren wird unverhohlen artikuliert, wo Ihre Intentionen wirklich liegen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Um das deutlich zu machen, hier einige Auszüge aus Ihrem Programmpamphlet. Ich zitiere aus dem siebten Abschnitt „Sozialpolitik als nationale Solidarität“. Da heißt es: „Nationaldemokratische Sozialpolitik fühlt sich auch den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet. Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

„Asylanten dürfen keinen einklagbaren Anspruch auf deutsche Sozialleistungen besitzen.“ Zitatende.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig. Das ist doch genau richtig. – Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Jawohl, da wird deutlich, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE –

Stefan Köster, NPD: Ja, genau das wollen wir. Das können sie alles aus ihrer Tasche bezahlen.)

Und im Gegensatz zu den bewusst noch relativ unverfänglich gehaltenen eben zitierten Formulierungen des vorliegenden Antrages lassen dann Parteikollegen Ihrer NPD an anderer Stelle die Maske fallen.

(Udo Pastörs, NPD: Schon wieder eine. – Michael Andrejewski, NPD: So viel Masken haben wir gar nicht.)

Ja, ja.

In der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund wurde von einem NPD-Vertreter eine Anfrage zur Ernährung der Schülerinnen und Schüler an Stralsunder Schulen gestellt. Dort heißt es, ich zitiere:

(Stefan Köster, NPD: Ich denke, Ihr macht dort nichts?)

„Die Gesundheit unseres Volkes, insbesondere unserer Kinder sollte jedem von uns am Herzen liegen.“

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

„Der Fortbestand eines Volkes setzt die Gesundheit der Menschen, die diesem angehören, voraus. In Zeiten von Übergewicht, verursacht durch Vernachlässigung sportlicher Aktivitäten und vor allem ungesunder Ernährung durch ‚Fastfood‘ und zuckerhaltige Getränke ist es nötig, Alternativen zu schaffen.“ Ende des Zitats.

(Udo Pastörs, NPD: Auch richtig.)

Der Begriff „Volk“

(Raimund Borrman, NPD: Den lehnen Sie ab.)

wird von Ihnen im Sinne einer rassistischen Auslegung als „ethnisch reines deutsches Volk“ verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der  
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,  
Raimund Borrman, NPD, und  
Udo Pastörs, NPD)

Wenn Sie also über Gesundheit oder Ernährung eines Volkes reden, dann meinen Sie natürlich nicht die Bevölkerung, sondern nur einen Teil davon.

(Udo Pastörs, NPD: Das deutsche  
Volk meinen wir, das ist doch klar. –  
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,  
und Raimund Borrman, NPD)

Sie wollen, folgt man Ihren Intentionen, gesunde Ernährung und Sport folglich nur für Deutsche. Das ist eine menschenverachtende Politik, getarnt als vorgeblich soziales Interesse an Kindern.

(Beifall bei Abgeordneten der  
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Raimund Borrman, NPD: Stellen  
Sie doch eine neue Verfassung auf!)

Da Sie in Ihrem Antrag auf die Schule abzielen, hier ein paar Anmerkungen aus Ihrem Aktionsprogramm „Für ein besseres Deutschland“. Unter der Überschrift „Bildung statt Verwahrung“ findet man im Abschnitt 7 zum Beispiel, ich zitiere: „Darüber hinaus fordern wird das Ende der fächerübergreifenden, ebenso einseitigen wie penetranten Vergangenheitsbewältigung an unseren Schulen.“

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

„Die Bildung eines Selbstwertgefühls der heranwachsenden Deutschen darf nicht durch die Reduzierung der Geschichte auf ‚Auschwitz‘ und ‚Lidice‘ zerstört werden.“

(Udo Pastörs, NPD: Richtig. –  
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der Hintergrund Ihrer Bildungskonzeption.

(Raimund Borrman, NPD: Ja, das ist sie.)

Und als wenn das nicht alles schon schlimm genug wäre, berufen Sie sich bei Ihren rassistischen und fremdenfeindlichen Auffassungen auch noch auf das humboldtsche Bildungsideal.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig, das tun wir.)

Wilhelm von Humboldt würde sich im Grabe umdrehen, wenn er sehen könnte,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE –  
Udo Pastörs, NPD: Ja, wenn er Ihre Rede  
hören würde. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

für welche menschenfeindliche Ideologie sein universelles Bildungsideal missbraucht wird. Die von mir gebrauchten Zitate zeigen, dass Ihr Bildungsideal nichts – wenn man

es überhaupt so nennen kann, wie Ihr gestern verkündetes Kulturverständnis –,

(Michael Andrejewski, NPD: Nach  
Ihren verqueren Maßstäben.)

aber auch gar nichts mit dem Willen und der Intention von Wilhelm von Humboldt zu tun hat. Im Gegenteil, das Ihre ist – wie Ihre Weltsicht generell – ausgesprochen rassistisch, menschenverachtend, nationalistisch und hochgradig intolerant. Wilhelm und Alexander von Humboldt waren neben ihrer wissenschaftlichen Reputation vor allem Humanisten und weltoffene Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Udo Pastörs, NPD: Das sind wir aber auch. –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Die Humboldts hätten mit Sicherheit weder Ihre „braunen Bildungsideale“ noch Ihre „braune Weltsicht“ geteilt. Sie hätten sich angewidert abgewendet und sich scharf damit auseinandergesetzt.

(Raimund Borrman, NPD: Karl Marx  
hätte sich auch von Ihnen abgewendet. –  
Michael Andrejewski, NPD: Sie  
wären in die SED eingetreten.)

Und da sich Verstorbene nicht gegen die Instrumentalisierung durch Sie verwahren können, müssen dies die Lebenden tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Ich fordere Sie deshalb nachdrücklich auf, in Zukunft auf die Vereinnahmung großer Persönlichkeiten der deutschen Geschichte für Ihre Zwecke zu verzichten!

(Udo Pastörs, NPD: Das überlassen Sie mal  
schön uns! – Raimund Borrman, NPD:  
Verbieten Sie es doch gleich! – Zuruf von  
Michael Andrejewski, NPD)

Und da Sie sich in Ihrem Antrag auf Ernährung und Gesundheit beziehen, abschließend: Verschonen Sie uns zukünftig mit Ihrer „braunen Soße“ und Ihren Vorstellungen von Volksgesundheit!

(Udo Pastörs, NPD: Das werden wir nicht  
machen. Das werden wir nicht machen. –  
Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,  
und Raimund Borrman, NPD)

Die Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP lehnen Ihren Antrag natürlich ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE –  
Michael Andrejewski, NPD:  
Wieder mal was Neues!)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Bluhm.

Meine Damen und Herren! Herr Köster, einen Augenblick. Ich habe eben noch einmal Ihren vorigen Redebeitrag überprüfen lassen. Sie haben dabei Frau Borchardt beleidigt. Ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf.

(Reinhard Dankert, SPD:  
Und dabei grinst er noch.)

**Stefan Köster,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke Herrn Bluhm, dass er hier gesprochen hat.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:  
Das ist der Vizepräsident.)

Er hat deutlich gemacht, dass die Regierung zu diesem Thema überhaupt keine Worte findet. Er hat deutlich gemacht, dass die Regierung auch ihre eingesetzte Expertin überhaupt nicht ernst nimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –  
Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Und dann möchte ich noch eines sagen: Sie zitieren oder führen hier immer wieder viele große Persönlichkeiten unseres Volkes heran, lassen aber vollkommen außer Acht, dass diese großen Personen unseres Volkes einen Bezug zu unserem Volk hatten, was Sie überhaupt nicht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –  
Michael Andrejewski, NPD: Ja.)

Diese Personen, diese großen Geister unseres Volkes, würden das einzig Richtige machen, Sie vor die Türe setzen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Träumen Sie mal weiter!)

Ich möchte Ihren inhaltsleeren Worten,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

denn Sie schwingen ja immer die Rassismus- und die NS-Keule, ...

(Reinhard Dankert, SPD: So langsam werden  
Sie großenwahnsinnig, Herr Köster.)

Jetzt haben die LINKEN in der Landesverfassung ja auch einen Artikel gegen sich selbst, weil sie selbst Extremisten sind, eingebracht.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie sind dermaßen lächerlich!

Ich zitiere noch einmal die Fachfrau, Frau Gudrun Zander. Sie sagte in ihrem Redebeitrag:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Weil Sie keine Ahnung  
haben, müssen Sie immer andere zitieren.)

„Nach meiner persönlichen Auffassung muss man, wenn man die Gesundheitsthemen in die Schule bringen möchte, sowohl die ‚Gesundheitsfördernde Schule‘ unterstützen als auch, mit dem Zweck einer fachlichen Unterstützung, das Fach ‚Gesundheit‘ einführen.“  
Dadurch haben sich Ihre Worte erledigt, Herr Bluhm.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das glaube  
ich nicht. – Irene Müller, DIE LINKE:  
Sie haben Wahrnehmungsstörungen.)

Weiter führt sie aus: „Dabei möchte ich die Äußerungen von Professor Hurrelmann von der Universität Bielefeld, der in diesem Bereich große Erfahrungen besitzt, uneingeschränkt unterstützen: ‚Gemäß der von der Kultusministerkonferenz vorgegebenen ganzheitlichen Sichtweise von Gesundheit und Gesundheitsförderung“

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Wenn zwei das  
Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe.)

„ist diese innerhalb des Curriculums keinem bestimmten Fach zugewiesen.“

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktionen der  
SPD und DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE:

Was für ein Ding? Was für ein Ding? Was  
für ein komisches Ding, Herr Köster? –  
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das kann er gar  
nicht aussprechen. – Irene Müller, DIE LINKE:  
Sie sollten vorher mal fragen, wie  
das ausgesprochen wird.)

„Vielmehr sollen gesundheitsrelevante Themen wiederkehrend in allen Fächern behandelt werden. Dies überfordert jedoch vielfach die Lehrerinnen und Lehrer“, von denen Sie glauben zu sprechen,

(Unruhe bei Abgeordneten der  
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Können Sie  
noch was anderes, außer Zitate vortragen?  
Fällt Ihnen noch was anderes ein?)

„da in deren Ausbildung das Thema Gesundheit wenig Raum hatte.“

(Heike Polzin, SPD: Er ist ja der Oberdeutsche. –  
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Ach ja! –  
Peter Ritter, DIE LINKE: Das Vorbild  
aller jugendlichen Schläger.)

„So reduziert sich das Thema im Schulalltag meist wieder auf die herkömmlichen Bereiche, in denen Gesundheitsförderung mit Gesundheitserziehung gleichgesetzt wird und ausschließlich im Sinne eines isolierten Sachgebietes einiger Schulfächer,“

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist das immer  
noch ein Zitat oder ist das Ihre eigene Idee?)

„vor allem in Biologie (Sexualkunde), Sport, Haushaltslehre/Hauswirtschaft und Chemie abgehandelt wird.“

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Wiederholung, Wiederholung!)

„Insgesamt ist die Situation unbefriedigend – es ist an der Zeit, probeweise das Fach ‚Gesundheitsbildung‘ einzuführen und zu überprüfen, welche Effekte sich damit erzielen lassen.“

Herr Bluhm, Sie hätten sich lieber einmal informieren sollen!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –  
Peter Ritter, DIE LINKE: War das jetzt Zitatende  
oder was? – Andreas Bluhm, DIE LINKE:  
Ach Sie! Ich hätte ja fast gesagt, gehen Sie  
mal in die Schule! Aber besser nicht. –  
Heike Polzin, SPD: Es gibt für alles  
Sonderschulen. – Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1062. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1062 bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Ablehnung der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 29**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Beschlüsse des Altenparlamentes 2007 ernst nehmen, Drucksache 5/1051.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Beschlüsse des Altenparlamentes 2007  
ernst nehmen  
– Drucksache 5/1051 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Müller von der Fraktion DIE LINKE.

**Irene Müller**, DIE LINKE: Werter Herr Präsident! Werte im Raum verbliebene Abgeordnete!

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich gebe ja zu, es ist Mittagszeit. Trotzdem, denke ich, ist das Thema, was ich jetzt ansprechen möchte, es wert, angehört zu werden.

Jawohl, am 20.06. dieses Jahres tagte das Altenparlament. Gleich am 12.07.2007 stellte ich im Namen unserer Fraktion hier den Antrag, die Regierung aufzufordern darzustellen – Herrn Sellering ganz speziell, den Sozialminister –, wie die Beschlüsse nun durch Maßnahmen umgesetzt werden können. Wir wollten als Fraktion der Regierung und somit dem Sozialministerium Zeit geben, sich Gedanken zu machen und hier darzulegen, was wie in welcher Reihenfolge getan werden kann, um die Beschlüsse des Altenparlamentes mit Leben zu erfüllen. Denn ein Altenparlament tagte dieses Jahr, das nächste Altenparlament wird genau in zwei Jahren tagen.

Wir haben heute fast genau den gleichen Tag, an dem wir forderten, einen Maßnahmenplan vorzustellen. Nicht das vorzustellen, was man schon gemacht hat – da hatten Sie mich wohl falsch verstanden, Herr Heydorn –, sondern vorzustellen, was man in welcher Reihenfolge machen kann. Jetzt ist ein halbes Jahr um, ein halbes Jahr von zwei.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da sind wir mal gespannt, was passiert ist.)

Herr Sellering erklärte, es wären fünf Arbeitsgruppen gebildet worden. Diese fünf Arbeitsgruppen hätten alles im Griff und würden die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Welche?

(Angelika Peters, SPD: Das werden wir Ihnen gleich sagen.)

Wo wurde uns jemals gesagt, wer welche Maßnahmen ergriffen hat? Es ist nicht gut und zeigt auch keine Transparenz, wenn es wieder einen Beitrag geben muss, um zu fragen: Was passiert denn nun?

(Peter Ritter, DIE LINKE:  
Die tagen im Verborgenen.)

Auch die Darstellung, dass die Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen zu erfüllen wären, hält uns nicht davon ab. Es ist auch keine Beruhigungsspielle für uns zu fragen: Na wenn es denn auf unterschiedlichen Ebenen Beschlüsse gibt, wie unterstützen wir sie? Wie werden wir sie im Land darstellen? Wie werden wir sie gegenüber den Kommunen unterstützen? Als Landesparlament sind wir durchaus in der Lage, zu fordern und Sie auch zu beauftragen, Herr Minister Sellering, auf Bundesebene tätig zu werden, wenn es um die Rentenangleichung Ost/West geht,

(Zuruf von Minister Erwin Sellering)

wenn es um ein bestimmtes Schließen von Lücken im Rentenüberleitungsgesetz geht und so weiter und so fort.

Wir sind durchaus in der Lage – Herr Heydorn, da bin ich anderer Meinung als Sie –, uns hier damit zu beschäftigen, wie Wohnungsbauprogramme aufgelegt werden, wie Richtlinien dargestellt werden sollen, wie sie inhaltlich ausgerichtet sein sollten und wie sie gestaltet sein sollten, nämlich – im Sinne des Altenparlamentes – barrierefreies und bezahlbares Wohnen. Ich hatte nicht verlangt, niemand von uns hat es verlangt, dass wir hier die Arbeit der Landesregierung übernehmen und die Richtlinien aufbauen und darstellen. Wenn Sie das machen wollen in der SPD-Fraktion, ist es ja nicht schlimm, aber verlangt hatten wir es nicht. Wir wollten wissen, welche Maßnahmen wir wann in welcher Art und Weise starten werden, um zum Beispiel bezahlbares Wohnen in altengerechten Wohnungen, wie manchmal noch fälschlicherweise gesagt wird, in barrierefreien Wohnraum zu gestalten.

Ich denke, dass es nach wie vor wichtig ist, das Programm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ fortzuschreiben. Vom Altenparlament sind wichtige Initiativen ausgegangen, was gefordert wird, was noch Einschub finden soll. Da geht es um bestimmte Dinge der Alterssicherheit, um Dinge des Gesundwerdens im Alter und des Gesundbleibens im Alter, gesund leben zu können. Da geht es um bestimmte Dinge der Vorbeugungsuntersuchungen, der Anerkennung vorbeugender Untersuchungen, der Bezahlung vorbeugender Untersuchungen im Alter und so weiter und so fort. Zumindest ist unsere Landesregierung und Sie, Herr Sellering, auch bei den Krankenkassen Aufsichtsbehörde, um zu gucken, was wann wo und wie passiert.

Also stehe ich heute wieder hier vorn und frage Sie, Herr Sellering: Wie arbeiten die Arbeitsgruppen? Was haben sie bisher getan? Es wäre ganz wichtig für uns zu wissen, mit welchen Themen sich die fünf Arbeitsgruppen beschäftigen, also welche Unterteilung sie haben. Vielleicht wäre es auch einmal angebracht zu wissen, wie sie eigentlich zusammengesetzt sind, denn es gibt ja viele, die sich sehr wohl in der Seniorenpolitik auskennen, und zwar, was Senioren wollen, was sie brauchen, was sie fordern und was sie wünschen. Es wäre schön, einmal eine Zielvorgabe zu bekommen, um zu sehen, in welcher Art und Weise was abgearbeitet werden soll mit welchem Ziel. Und wenn alles noch mit der Zeitschiene unteretzt werden würde, wäre das auch sehr nett.

Ich wiederhole noch einmal: Wir haben zwischen den Altenparlamenten zwei Jahre, ein halbes Jahr ist bereits verstrichen. Weder hier noch im Ausschuss wurde irgendetwas erklärt, was nun alles so fürchterlich Tolles gemacht wird. Bitte erklären Sie uns, was gemacht wird! Erklären Sie uns in diesem Zusammenhang bitte auch, in welcher Art und Weise in den Arbeitsgruppen damit umgegangen wird, dass haushaltstechnisch ziemlich viel Flickschusterei betrieben werden soll. Wenn Sie auf der einen Seite Geld beim Impfschutz wegnehmen, Geld bei Verbänden und Vereinen wegnehmen, um es in einen anderen Verband zu stecken, reißen Sie an der einen Seite Lücken, um sie auf der anderen Seite darstellen zu können als verstetigte Förderung und so weiter und so fort. Das ist unseriös und damit lassen wir uns nicht abfertigen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Sehr geehrter Herr Minister, sagen Sie uns bitte, mit welchen Maßnahmen Sie welche Aufgaben erfüllen wollen und welche Ziele Sie sich in welcher Zeitschiene gesetzt haben. Ich darf Ihnen versprechen, ich werde die ganze Angelegenheit weiter sehr intensiv verfolgen. Zwischenzeitlich dürften Sie mich kennen, Herr Minister, und müssten wissen, ich lasse nicht locker. Das Altenparlament arbeitet ehrenamtlich, bewusst, ehrlich und voller Engagement. Von daher sind wir gefordert, genauso bewusst, ehrlich und voller Engagement die Beschlüsse umzusetzen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Frau Müller.

Um das Wort hat der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Selling gebeten. Herr Selling, Sie haben das Wort.

**Minister Erwin Selling:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Frau Müller, ich denke, als wir vor einiger Zeit hier über das Altenparlament diskutiert haben, ist schon deutlich geworden, dass es mir darum geht, mit diesem Altenparlament sehr gut zusammenzuarbeiten und mit engagierten Abgeordneten, wie Sie es sind, die sich in diesem Politikfeld einsetzen, ebenfalls sehr gut zusammenzuarbeiten.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das hören wir gern.)

Ich hatte eine Rede vorbereitet, wo ich Ihnen sagen wollte, auf welchem guten Wege wir sind und was wir alles schon tun. Diese Rede bezieht sich im Wesentlichen darauf und wäre eine Antwort auf Ihren Beschlussvorschlag gewesen, wo Sie auffordern, was wir tun sollen, um Ihnen zu sagen, dass wir das tun. Jetzt entnehme ich Ihrer Rede, dass Sie das Ganze auf die Tagesordnung gesetzt haben, um zu hören, wie die Arbeitsgruppen im Einzelnen arbeiten. Ich muss zugeben, darauf bin ich nicht vorbereitet, weil das in Ihrem Antrag nicht enthalten war.

(Irene Müller, DIE LINKE: Da war  
mehr drin. – Peter Ritter, DIE LINKE:  
Das kann man ja nachreichen.)

Ich denke, Ihr Begehren ist völlig in Ordnung.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ich habe  
mich auf Ihre Rede bezogen vom 12.07.)

Und wenn das im Sozialausschuss ein Thema sein soll, dass dort über die Arbeitsgruppen berichtet wird, dann würde ich auch Vertreter der Arbeitsgruppen einladen, damit diese das einfach vorstellen und einen Überblick geben können, wie da insgesamt gearbeitet wird.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:  
Da kann man ja zustimmen.)

Ansonsten muss ich deutlich sagen, ich will meine Rede von vor einem halben Jahr hier nicht wiederholen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Nee?! Aber  
auf die habe ich mich doch bezogen.)

Wir sind bei der Arbeit und es geht mir um eine sehr konkrete und gute Zusammenarbeit. Und wir wissen natürlich, wenn das Ihr Punkt ist, ich nehme die Arbeit des

Altenparlamentes sehr ernst, ich nehme die Seniorenpolitik sehr ernst, deshalb arbeiten wir in allen Bereichen unter anderem in den Arbeitsgruppen eng mit allen Vertretern zusammen. Dass es neulich Ihr Anliegen war und jetzt wieder, dass wir die Beschlüsse des Parlamentes 1:1 umsetzen, ich glaube, das ist klar, dass das nicht geht, denn manche betreffen den Bundesteil und manche den Kommunalteil.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich glaube, das ist ganz klar. Ich bin der Meinung, dass wir mit dem Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ gut aufgestellt sind und damit gute Rahmenbedingungen schaffen. Ich kann Ihnen als Neues, was wir im letzten Jahr noch getan haben, nachdem wir hier waren, sagen, dass der Landeswettbewerb „Seniorenfreundlichste Kommune“ durchgeführt worden ist. Das war ja ein, finde ich, großer Erfolg, denn daran haben sich 35 Kommunen beteiligt. Das war eine Leistungsschau unseres Landes zu dem, was die Kommunen bereits schon tun. Ich fand es sehr gut, dass wir auch darauf den Scheinwerfer gerichtet haben. Ich habe übrigens bei so einer Veranstaltung den Eindruck gewonnen, dass das im Gegensatz zu Ihrer Skepsis, mit der Sie die Arbeit der Regierung betrachten, bei denen, die betroffen sind,

(Irene Müller, DIE LINKE: Das stimmt doch  
nicht. Ich will doch nur wissen, was Sie  
machen. Das ist doch keine Skepsis.)

bei den Akteuren im Land, sehr wohl gesehen wird, dass wir auf einem sehr guten Weg sind. Und wenn Sie nachfragen, wie es eigentlich mit der Arbeit in den Arbeitsgruppen aussieht, überrascht mich das auch deshalb, weil ich von niemandem Kritik hörte. Ich hörte eigentlich nur, dass es eine sehr gute Zusammenarbeit mit allen Akteuren im Lande ist. Das, denke ich, ist auch die wichtigste Grundlage dafür, dass wir etwas für die Senioren tun können.

Seniorenpolitik ist für uns natürlich auch noch aus einem anderen Grund sehr wichtig. Es geht nicht nur um diejenigen Menschen, die schon hier leben, sondern es geht darum, dass wir ein Land sind, das damit werben will, dass es sich lohnt, als Senior hierherzukommen. Die Ergebnisse zeigen das ja auch wie „55 plus“. Es gibt wirkliche Erfolgsmeldungen, wie viele Menschen hierherkommen und sagen: Dieses Land ist so schön, ich kann mir, wenn ich jetzt die Arbeit selbst verlasse und mich in diesem Altersabschnitt neu orientiere, vorstellen und sagen, ich habe noch viele Jahre vor mir, in denen ich aktiv leben will, dass Mecklenburg-Vorpommern den schönsten Rahmen hat. Deshalb muss Seniorenpolitik dafür auch vieles bereitstellen.

Ich denke, wir sind auf einem sehr guten Weg. Wenn Sie es wollen, kann ich kontinuierlich hier berichten. Aber insgesamt ist es auf diesem Politikfeld nicht damit getan, wenn wir in immer kürzeren Abständen immer wieder das gleiche Thema aufrufen. Wenn es im Einzelnen Fragen gibt, können wir diese vielleicht auf andere Weise klären. Ich möchte zusammenfassend sagen, die Seniorenpolitik des Landes ist auf einem guten Weg, vor allem auf einem Weg, der sehr auf Dialog und Zusammenarbeit mit anderen Akteuren setzt, und das werden wir in der Form auch so weitermachen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rühls von der Fraktion der CDU.

**Günter Rühls, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat sich bereits in seiner Sitzung am 12. Juli dieses Jahres ausführlich mit den Beschlüssen des 5. Altenparlamentes beschäftigt.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel  
übernimmt den Vorsitz.)

Bereits in der damaligen Debatte hat der Sozialminister deutlich gemacht, dass in seinem Haus fünf Arbeitsgruppen zur Umsetzung des Landesprogramms „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ gebildet wurden, die die Beschlüsse des Altenparlamentes berücksichtigen werden. Und wir haben Sie bereits in der damaligen Debatte darauf hingewiesen, dass die Landesregierung selbstverständlich, wie es auch bei den Beschlüssen der vorangegangenen Altenparlamente Tradition war, die Beschlüsse des 5. Altenparlamentes in die Regierungsarbeit einfließen lassen wird.

Der Landtag hat bereits in seiner Debatte im Juli die Ergebnisse der Tagung des 5. Altenparlamentes in unserem Land begrüßt. Und wenn man auf die vorangegangenen Altenparlamente zurückschaut, kann man feststellen, dass die einzelnen Fraktionen des Landtages sowie deren Parteien immer mehr die Beschlüsse des Altenparlamentes für ihre Arbeit herangezogen haben. Das Ziel des Altenparlamentes, der Politik Denkanstöße zu geben, ist damit eindeutig erreicht. Da die Politik aber nicht nur einzelne Facetten des Lebens im Auge behalten, sondern alle Bereiche abdecken muss, liegt es doch in der Natur der Sache, dass die Beschlüsse der Seniorinnen und Senioren nicht in allen Punkten umgesetzt werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Themen „Gesundheit“, „Pflege“, „finanzielle Absicherung im Alter“ und „lebenswertes Wohnumfeld“ haben sowohl die zuständigen Ministerien als auch die gesamte Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen im Blick. Wir haben dies im Übrigen auch im Koalitionsvertrag vereinbart. Die CDU setzt sich für vier Schwerpunkte besonders ein:

#### 1. Lebenslanges Lernen

Das lebenslange Lernen eröffnet älteren Menschen neue Möglichkeiten. Es bietet die Chance eines sinnerfüllten Lebens im Alter. Ein neues Altersbild ist angesichts der demografischen Entwicklung dringend notwendig. Ältere Menschen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft und geben viele wertvolle Impulse.

#### 2. Förderung der Gesundheit

Durch einen gesunden Lebensstil und gezieltes Training können körperliche und geistige Leistungsfähigkeit auch im Alter aufrechterhalten und mitunter sogar gesteigert werden. Selbstständigkeit, gesellschaftliche Aktivität und Lebensfreude bis ins hohe Alter zu fördern und zu erhalten, ist das Ziel von Prävention und Gesundheitsförderung. Prävention ermöglicht Selbstständigkeit und Aktivität bis ins hohe Alter.

#### 3. Beschäftigung im Alter

Der Anteil der Erwerbstätigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wird ja in den kommenden Jahrzehnten erheblich sinken. Das bedeutet, dass es schon in wenigen Jahren in einzelnen Betrieben einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften geben wird. Unternehmen werden es sich daher in absehbarer Zeit nicht mehr leisten können, auf ältere Arbeitnehmer zu verzichten.

#### 4. Freiwilliges Engagement

Viele ältere Menschen sind auch nach ihrem Berufsleben aktiv und wollen sich gesellschaftlich engagieren. Jeder Dritte tut das bereits heute freiwillig, Tendenz steigend. Durch freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement können Ältere ihr Wissen und ihre Erfahrungen in die Gesellschaft einbringen. Gleichzeitig profitieren sie selbst davon, sich mit anderen auszutauschen und weiterhin mitten im Leben zu stehen. Freiwilliges Engagement von Älteren ist ein Gewinn für alle Generationen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die von der Fraktion DIE LINKE in ihrem Antrag aufgeführten Punkte werden alle bereits durch die von Herrn Minister Selling im Juli dieses Jahres vorgestellten Arbeitsgruppen bearbeitet. Wir brauchen also diesen Antrag nicht, um die Regierung zum Arbeiten zu bringen, sie arbeitet bereits seit Monaten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das kann man ja auch erwarten, dass sie arbeitet.)

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen: Ich weiß aus Gesprächen mit Delegierten des 5. Altenparlamentes, dass die Seniorinnen und Senioren sich dessen bewusst sind, dass der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ihre Beschlüsse sehr ernst nimmt.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Müller?

**Günter Rühls, CDU:** Nach meinem letzten Satz.

Zuletzt folgender Hinweis an Sie, liebe Kollegen von der Fraktion DIE LINKE: Unser Bemühen, den Antrag für erledigt zu erklären, ist ja leider ohne Erfolg gewesen. Wir werden ihn daher heute ablehnen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und gestatte die Zwischenfrage von Kollegin Müller.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Da noch Redezeit vorhanden ist, gebe ich Ihnen jetzt das Wort für die Zwischenfrage. Bitte, Frau Müller.

**Irene Müller, DIE LINKE:** Könnten Sie sich vorstellen, dass unsere Seniorinnen und Senioren im Altenparlament nicht nur Denkanstöße geben wollen, sondern auch Forderungen zum Handeln geben?

(Egbert Liskow, CDU: Wir handeln doch.)

**Günter Rühls, CDU:** Für mich sind Denkanstöße auch immer ein Auffordern zum Handeln. Ich habe es ausgeführt, dass wir handeln. Die Regierung handelt und die sie tragenden Fraktionen werden sie dabei unterstützen. Ich würde mir wünschen, dass auch Sie es tun werden. – Danke schön.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Rühls.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

**Ralf Grabow, FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass den Seniorinnen und Senioren in unserem Land die Möglichkeit gegeben wird, im Rahmen eines Altenparlaments politisch Stellung zu nehmen. Die Beschlüsse des Altenparlaments sind ein Ausdruck der speziellen Wünsche der älteren Menschen in unserem Land. Diese spiegeln vor allem deren Sorgen und Probleme wider. Wir als politische Akteure haben diese Beschlüsse ernst zu nehmen. Meine Fraktion geht davon aus, dass alle hier versammelten Akteure, sei es der Landtag oder die Landesregierung, sehr wohl die Beschlüsse des Altenparlamentes nicht nur respektieren, sondern diese auch als Richtschnur für ihre Sozialpolitik verstehen. Dabei ist das Thema Alterssicherung für uns Liberale der wichtigste Eckpfeiler seniorenpolitischen Handelns. So stellt etwa die steigende Lebenserwartung wegen der damit verbundenen längeren Rentenbezugsdauer eine große demografische Herausforderung für die gesetzliche Rentenversicherung dar.

Diese Herausforderung lässt sich nach unserer Auffassung nur durch einen Paradigmenwechsel, also einen grundlegend neuen Ansatz bei der Gestaltung des Übergangs von der Arbeit in die Rente bewerkstelligen. Die FDP hat dazu ein entsprechendes Rentenmodell erarbeitet, das wir bei den entsprechenden bundespolitischen Debatten zur Diskussion stellen. Danach soll für die Versicherten ab dem 60. Lebensjahr der Rentenzugang möglich sein. Die bis dahin erworbenen Ansprüche des Versicherten aus gesetzlichen Renten sowie betrieblicher und privater Altersvorsorge müssen über dem Grundsicherungsniveau liegen. Die Grenzen für den Zuverdienst werden aufgehoben, sodass jeder selbst entscheiden kann, ob und in welchem Umfang er neben dem Rentenbezug noch erwerbstätig sein will. Wir wollen damit Generationengerechtigkeit erreichen und eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den verschiedenen Jahrgängen.

Eine flankierende Reform des Arbeitsmarktes ist parallel notwendig, damit alle, die länger arbeiten wollen, dieses auch können. In Schweden beispielsweise sind 69 Prozent der über 55-Jährigen noch erwerbstätig, während es in Deutschland gerade einmal 45 Prozent sind. Auch für Deutschland muss das Leitbild gelten, möglichst lange am Erwerbsleben teilzunehmen, statt wie bisher möglichst früh auszusteigen.

Die Erfahrungen der älteren Bevölkerung sind auch im Ringen für Demokratie und Toleranz unschätzbar. Vor allem durch bürgerschaftliches Engagement leisten schon jetzt viele Senioren wertvolle Dienste. Sie unterstützen zum Beispiel die Kommunen bei ihrer Jugendarbeit, sie bieten Weiterbildungskurse an oder sie helfen zu Hause in der Familie. Diese Unterstützung müssen wir als Politik würdigen und fördern.

Auch aus diesem Grund müssen wir für die Schaffung einer seniorengerechten Umwelt Sorge tragen. Gerade für die Kommunen verbinden sich damit wichtige Herausforderungen. Dort sind Bedingungen zu schaffen, die Fakten wie Nachbarschaft, Zusammentreffen von Generationen und soziale Dienstleistungen vor Ort berücksichtigen. Davon würden nicht nur Senioren, sondern Bürgerinnen und Bürger jeglichen Alters profitieren. Eine Kommune, die hier die Möglichkeit rechtzeitig nutzt, wird

künftig einen Standortvorteil gegenüber anderen Kommunen haben.

Seniorenpolitik zu machen, heißt auch, Gesundheits- und Pflegepolitik zu machen. Meine Fraktion teilt ausdrücklich die Sorge der älteren Menschen in unserem Land, die gerade im ländlichen Raum nur bedingten Zugang zu Ärzten, Pflegediensten und sonstigen sozialen und medizinischen Dienstleistungen haben. Die Gewährleistung von Mobilität ist nach unserer Ansicht hier eines der wichtigsten Schlagworte.

(Zuruf aus dem Plenum: Rot!)

Das habe ich gesehen, ich bin ja nicht blind.

Ich wollte sagen, dass wir eine Einzelabstimmung beantragen, um über die Anstriche einzeln abzustimmen.

An dieser Stelle möchte ich jedoch zu den LINKEN Folgendes sagen: Beim Verkauf von Wohnungen, das ist nun einmal privatwirtschaftlich, haben wir als Land, glaube ich, wenig reinzureden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

**Jörg Heydorn, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, ich bin ein bisschen ratlos, denn ich hätte mir gewünscht, dass mir von Ihnen jemand erklärt, warum Sie jetzt hier wieder im Dezember mit einem ähnlich gelagerten Antrag in den Landtag kommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, weil Sie den ersten Antrag schon abgelehnt haben. Wir machen das solange, bis Sie dem zustimmen.)

Das wird schwierig werden. Also jetzt mal ernsthaft, Herr Ritter. Ich hätte mir vorgestellt, wenn man ein Informationsbedürfnis hat, dass man sich damit ordentlich im Sozialausschuss meldet und die entsprechenden Leute ...

(Irene Müller, DIE LINKE: Der Minister hat gesagt, dass er es hier machen möchte. – Peter Ritter, DIE LINKE: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Informationen einzusammeln. Man kann Anträge im Parlament stellen, man kann es im Ausschuss machen, man kann kleine Anfragen stellen. Schreiben Sie uns bitte nicht vor, welches Instrument wir wählen!)

Sie können machen, was Sie wollen. Dann müssen Sie aber auch damit rechnen, dass in entsprechender Weise darauf reagiert wird.

Der Sozialminister hat Ihnen berichtet, dass die Arbeitsgruppen, die eingerichtet sind, arbeiten.

(Irene Müller, DIE LINKE:  
Wissen Sie das auch?)

Ich kann Ihnen erzählen, dass auch der Verkehrsminister beim Thema Wohnungsbauförderung inzwischen ein bisschen weiter ist. Die Wohnungsbauförderung wird flexibler ausgestaltet. Sie haben die Möglichkeit, für einzelne Wohnungen zur Umgestaltung Fördermittel zu

bekommen. Das Thema „Barrierefreie Umwelt“ ist auf einem guten Weg. Es ist alles auf einem guten Weg. Insofern verstehe ich den Antrag hier im Landtag immer noch nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir hätten auch drüberschreiben können: „Unser Weg ist richtig“. – Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Ich kann Ihnen berichten, dass sich der Bundestag jetzt mit dem Thema SGB-XI-Reform in Erster Lesung beschäftigt hat. Das müssen Sie aber nicht von mir erfahren, das könnten Sie auch in der Zeitung lesen. Ich kann Ihnen berichten, dass das Thema Palliativversorgung weitergegangen ist. Der gemeinsame Bundesausschuss wird sich im Dezember mit dem Thema beschäftigen und die Richtlinie erlassen. Ich kann Ihnen erzählen, dass auch das Thema „Rehabilitation und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern“ fest im Fokus der verantwortlichen Handelnden ist. Also dafür hätte es Ihres Antrages nicht bedurft. Ich habe noch einmal die Bitte, Herr Ritter, wenn ein solches Informationsbedürfnis besteht, dass Sie vielleicht doch einmal daran denken, mit der ganzen Sache in den Sozialausschuss zu kommen.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenanfrage der Abgeordneten Frau Müller?

**Jörg Heydorn, SPD:** Gerne.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Bitte, Frau Müller, fragen Sie.

**Irene Müller, DIE LINKE:** Herr Heydorn, Sie haben das barrierefreie Bauen erwähnt. Bedeutet das, dass Herr Bauminister Ebnet seine Meinung zum barrierefreien Bauen geändert hat und wir dementsprechend jetzt die Bauordnung ändern können?

**Jörg Heydorn, SPD:** Meines Wissens war Herr Bauminister Ebnet gegenüber dem barrierefreien Bauen immer sehr positiv eingestellt.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na! – Zuruf von Matthias Lietz, CDU)

Insofern würde das bedeuten, wenn er sie geändert hätte, dass er der ganzen Sache jetzt negativ gegenüberstehe.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Und das ist für mich jetzt nicht mehr zu erkennen. Herr Bauminister Dr. Ebnet ist kontinuierlich bei seiner Meinung geblieben,

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

dass barrierefreies Bauen und ein barrierefreies Umfeld eine eminent wichtige Bedeutung haben in Zeiten, wo die Bevölkerung älter wird, weil die Bevölkerung zunehmend auf diese Dinge angewiesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Und mit dieser Meinung steht der Bauminister Dr. Ebnet auch nicht alleine da, sondern befindet sich in guter Gesellschaft sämtlicher SPD-Parlamentarier in diesem Haus, Frau Müller.

**Irene Müller, DIE LINKE:** Danke für die Darstellung.

**Jörg Heydorn, SPD:** Wir werden den Antrag ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

**Stefan Köster, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Beschlüsse des Altenparlamentes 2007 ernst nehmen“ lautet die Überschrift des Antrages der LINKEN. Was kommt als Nächstes? Beschlüsse des Altersparlamentes 2007 lesen?

(Irene Müller, DIE LINKE: Das heißt Altenparlament. So heißt der Antrag jedenfalls.)

Und danach? Prüfen wir doch einmal die Beschlüsse des Altenparlamentes:

1. „die Alterssicherung zu stärken und Altersarmut zu vermeiden sowie bestehende Altersarmut abzubauen“

Auch Sie, Fraktion DIE LINKE, haben unsere Anträge, beispielsweise zur Rente mit 67, aber auch für eine Verbesserung der Lebensqualität von Opfern der gescheiterten Arbeitsmarktreform Hartz IV, abgelehnt.

2. „die Kommunen bei der Bereitstellung und die Seniorinnen und Senioren bei der Inanspruchnahme von modernem bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen und massenhafte Verkäufe von kommunalem Wohneigentum zu verhindern“

Auch hier haben Sie unseren Antrag abgelehnt.

3. „die reichhaltige und wertvolle Lebenserfahrung der Seniorinnen und Senioren im Ringen für Demokratie und Toleranz zu nutzen“

Das ist am besten. Die Diktatoren und Wendehälse der DDR nehmen laufend das Wort „Demokratie“ für sich in Anspruch. Sehr verwunderlich!

Und zusätzlich haben Sie doch eine abgespeckte Antifalklausel in die Landesverfassung aufgenommen, wonach Sie sich jetzt selbst als verfassungswidrig definieren müssten. Ihr Antrag, meine Damen und Herren der LINKEN, entspricht wirklich einer geheutelten Gerechtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Torsten Koplín, DIE LINKE: Pfui!)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine Kollegin Frau Müller hat unseren Antrag begründet und ich möchte unser Anliegen und die Forderungen unserer Fraktion weiter untersetzen. Mit dem Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ wurde 2006 ein qualitativ sehr hoher Standard mit klaren Verantwortlichkeiten und unter großer Zustimmung der Seniorenverbände durch das damalige Kabinett beschlossen. Das Landesprogramm wurde zu einem wichtigen und wertvollen Arbeitspapier für alle Beteiligten, weil insbesondere die speziellen Belange älterer Menschen im Prozess der Erarbeitung erfasst und berücksichtigt wurden.

Meine Kollegin Frau Müller hat vorgestern bereits im Zusammenhang mit dem Landespflegegesetz darauf

hingewiesen, wie schnelllebig unsere Zeit ist, dass der demografische Wandel unser Bundesland längst erreicht hat und über uns hinwegstürmt. Wir, meine Damen und Herren, einschließlich der Landesregierung, müssen darauf achten, dass dieser Sturm nicht tief greifende Schäden hinterlässt und wir von den Entwicklungen abgehängt werden, den Anschluss verpassen oder aber bereits gewonnenes Terrain wieder verlieren. Deshalb also, nachdem Sie uns den Bericht über die Umsetzung der Beschlüsse des 5. Altenparlaments bereits im Juli verwehrt haben, heute erneut der Versuch zu erfahren, was Sie zur weiteren Umsetzung der Beschlüsse des 5. Altenparlaments in Einheit mit dem Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ zu tun gedenken.

Es stellt sich die Frage, wie die jetzige Landesregierung zu den Schwerpunkten und Zielen dieses Landesprogramms steht. Wir erinnern uns: Erklärtes Ziel des von der Landesregierung beschlossenen Landesprogramms „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ war es, Rahmenbedingungen zu befördern und älteren Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu erleichtern. Ein Beschluss des 5. Altenparlaments lautet: „die Alterssicherung zu stärken und Altersarmut zu vermeiden sowie bestehende Altersarmut abzubauen“. Das sind wichtige Voraussetzungen, um die Zielstellung des Landesprogramms „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ überhaupt umsetzen zu können.

Der Abschnitt 3.1 des Landesprogramms befasst sich mit dem Thema „Arbeit und älter werden“. Und hier wird vollkommen richtig auf Erfahrungen mit Altersteilzeit und Modellprojekten sowie in diesem Rahmen auf Fördermöglichkeiten nach dem SGB III beziehungsweise mithilfe von ESF-Mitteln verwiesen. Wir wissen alle, in den Jahren 2006/2007 hat sich einiges in der Arbeitsmarktpolitik geändert. Frau Lück hat gestern im Rahmen der Haushaltsdebatte sehr anschaulich darauf hingewiesen. Wir wissen, in welcher Situation sich unser Land arbeitsmarktpolitisch befindet.

Also, verehrter Herr Minister, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, sagen Sie den offiziell 36.000 Arbeitslosen in unserem Land, die bereits das Alter von 50 Jahren überschritten haben, sagen Sie den Tausenden in Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften und auch den vielen Menschen, die arbeitslos sind, aber eben wegen eines nicht vorhandenen Leistungsbezuges gar nicht mehr als arbeitslos gezählt werden, sagen Sie denen, was Sie als politisch Verantwortliche unternehmen, um diesen Menschen mit existenzsichernden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmöglichkeiten zu helfen und sie vor Altersarmut zu schützen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Ein Wort an Herrn Minister Sellering. Bitte verträsten Sie uns nicht, wie Sie es bereits im Juli und auch heute wieder gemacht haben, mit einem Hinweis auf die Arbeitsgruppen, die angeblich im Rahmen des Altenparlamentes 2007 eingerichtet wurden. Es gibt hier sehr unterschiedliche Signale. Das mag natürlich am Sender liegen, es kann aber auch am Empfänger liegen. Uns haben die Signale erreicht, dass diese Arbeitsgruppen im Ergebnis der Landeskonzferenz „Älter werden“ im Juni 2006 errichtet wurden. Den ehrenamtlich Tätigen in

diesen Arbeitsgruppen ist es gewiss nicht vorzuwerfen, wenn hier in äußerst unterschiedlicher Qualität Arbeit geleistet wird.

(Irene Müller, DIE LINKE:  
Beziehungsweise gar nicht.)

Es gibt Signale, dass es bei der Leitung dieser Arbeitsgruppen offensichtlich große Abstimmungsprobleme in Ihrem Haus gibt. Ich denke, die sind es einfach wert, beseitigt zu werden, damit diese Arbeitsgruppen mit den ehrenamtlichen Mitgliedern auch effektiv und entsprechend den Zielstellungen arbeiten können.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Die ehrenamtlichen Mitglieder aus den Altenparlamenten und aus den Seniorenbeiräten fordern und verlangen einfach unsere tiefgründige Unterstützung.

In zwei weiteren Beschlüssen des 5. Altenparlamentes wird gefordert, „ein seniorenfreundliches Lebensumfeld zu sichern“ sowie die „Bereitstellung und ... Inanspruchnahme von modernem bezahlbarem Wohnraum“ sicherzustellen. Ein Schwerpunkt im Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ wiederum besteht in der Schaffung eines altersgerechten Wohnumfeldes. Darauf ist hier bereits hingewiesen worden.

Wir sehen also, wenn wir uns den eingangs erwähnten demografischen Wandel vergegenwärtigen, meine Damen und Herren, wir sind alle davon betroffen, dann ist das Landesprogramm „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eine sehr zeitgemäße Schwerpunktsetzung und das Altenparlament hat die zur Umsetzung erforderlichen Beschlüsse gefasst. Sagen Sie uns einfach, verehrte Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen und aus der Landesregierung, wie und wann Sie beides zusammenführen wollen. – Danke.

(Der Abgeordnete Jörg Heydorn  
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Frau Dr. Linke hat die Redezeit ausgenutzt.

**Dr. Marianne Linke, DIE LINKE:** Die Redezeit ist beendet, verehrter Herr Heydorn, wir müssen privat darüber diskutieren.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Dr. Linke.

Ich schließe die Aussprache.

Seitens der Fraktion der FDP ist beantragt worden, die einzelnen Spiegelstriche des Antrages einzeln abstimmen zu lassen.

Ich lasse zunächst über den ersten Spiegelstrich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1051 abstimmen. Wer diesem Spiegelstrich zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der erste Spiegelstrich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1051 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Ich lasse nun über den zweiten Spiegelstrich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1051 abstimmen. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der zweite Spie-

gelstrich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1051 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den dritten Spiegelstrich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1051 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der dritte Spiegelstrich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1051 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den vierten Spiegelstrich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1051 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der vierte Spiegelstrich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1051 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und NPD abgelehnt.

Ich lasse nun über den fünften Spiegelstrich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1051 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der fünfte Spiegelstrich des Antrages der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1051 bei Zustimmung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP sowie Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 30**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Grenzkontrollen zur Republik Polen beibehalten – Sorgen von Bevölkerung und Polizeibeamten ernst nehmen – keine Ausdünnung der Polizei in Grenznähe zulassen!, Drucksache 5/1063.

**Antrag der Fraktion der NPD:  
Grenzkontrollen zur Republik Polen  
beibehalten – Sorgen von Bevölkerung  
und Polizeibeamten ernst nehmen – keine  
Ausdünnung der Polizei in Grenznähe zulassen!  
– Drucksache 5/1063 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

**Tino Müller**, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 21. Dezember soll der sogenannte Schengenraum um neun EU-Mitglieder erweitert werden. Damit werden die Passkontrollen an den Land- und Seegrenzen abgeschafft. An den Flughäfen geschieht dies ein wenig später. Grenzkontrollen finden dann nur noch an den Außengrenzen der EU statt.

Meine Damen und Herren, wir von der NPD lehnen die Grenzöffnungen kategorisch ab. Der Wegfall der Kontrollen an den Grenzen zu Polen ist unserer Ansicht nach eine unverantwortbare Gefährdung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gerade im Grenzbereich Mecklenburg und Vorpommerns. Bei dem von uns heute ins Plenum eingebrachten Antrag handelt es sich nicht um eine sogenannte Panikmache, wie Sie uns immer wieder zu unterstellen belieben, sondern es werden Ängste und Sorgen thematisiert, die der Realität entsprechen.

Auch Josef Scheuring, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Abteilung Bundespolizei, sieht es so. Er, der

den Anstieg der illegalen Einwanderung mit ihren kriminellen Folgeerscheinungen befürchtet, erkennt darin keine Panikmache, ganz im Gegenteil. Zitat: „Wer mehr Polizei in diesem Raum fordert, der tritt für Sicherheit ein, nicht für Angst und nicht für Panikmache.“ Zitatende.

Die Gelassenheit, die von Bundes- und Landespolitikern hinsichtlich des Wegfalls der Grenzkontrollen an den Tag gelegt wird, kann von uns in keiner Weise geteilt werden. Ich zitiere diesbezüglich einmal den Bundesinnenminister Schäuble, der sich tatsächlich der Illusion hingibt, dass mit der Umstellung auf mobile Grenzüberwachung ein, Zitat: „Zuwachs an Freiheit und ein Plus an Sicherheit“ entstehen würde. Auch der Herr Innenminister von Mecklenburg und Vorpommern stößt in dasselbe Horn.

Dem stehen jedoch die Aussagen des Chefs der Gewerkschaft der Polizei Konrad Freiberg gegenüber, der Bedenken gegen diese Grenzöffnung hat. Er befürchtet ebenso, dass die Kriminalität in der Grenzregion ansteige und die illegale Einwanderung erheblich erleichtert werde. In ähnlicher Weise äußert sich der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt. Er warnt vor Risiken der Grenzöffnung mit den Worten, Zitat: „Wir halten das für ein gefährliches Experiment auf dem Rücken der Sicherheit der Bevölkerung.“ Dieser Aussage können wir uns von der NPD-Fraktion nur anschließen. Schäuble verwies auf die Erfahrungen an der deutsch-französischen Grenze und verglich in vollkommener Ignoranz der Gegebenheiten, wenn man allein das Wohlfälle dort und hier in M-V beachtet, Äpfel mit Birnen. Von den Dumpingangeboten im wirtschaftlichen Sektor aus Osteuropa möchte ich hier gar nicht erst sprechen.

In meiner Kleinen Anfrage im November diesen Jahres auf die Frage nach möglichen Sicherheitsrisiken durch den Wegfall der Grenzkontrollen die lapidare Antwort, dass davon auszugehen sei, Zitat: „dass mit dem Wegfall der Personenkontrollen keine signifikante Veränderung der Sicherheitslage einhergeht.“ Zitatende. Diese These der nicht bedeutsamen Veränderung im Sicherheitsbereich hat unserem Erachten nach eine hohe Irrtumswahrscheinlichkeit. Doch das wird sich erst in den Ereignissen des zügellosen Grenzverkehrs erblicken lassen, wenn neue Kriminalitätsstatistiken veröffentlicht werden, wenn die Schwarzarbeit in der Grenzregion zunimmt und wenn mehr mittelständische Betriebe aufgrund polnischen Konkurrenzdrucks aufgeben müssen.

Das vom hiesigen Innenministerium erstellte Konzept über die Ausgestaltung der Sicherheitsmaßnahmen im grenznahen Raum ist nicht das Papier wert, auf dem es steht. Tatsache ist, dass es an der deutschen Ostgrenze keine gesicherten Erkenntnisse gibt, wie sich die künftige mobile Grenzraumüberwachung bewährt oder eben nicht bewährt. In der Unterrichtung durch die Landesregierung hinsichtlich der Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2006/2007 vom Juni des Jahres wird informiert, dass die Personenkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze erst dann entfallen können, wenn Polen die Voraussetzungen für eine Anwendung des Schengener Übereinkommens erfüllt und Kontrollen an seinen EU-Außengrenzen tatsächlich erfolgen.

Insgesamt 1.200 Kilometer EU-Außengrenze im Osten werden alleine vom polnischen Grenzschutz übernommen. Wir meinen, trotz der rund 960 Millionen Investitionen in die Außengrenzen muten wir den Polen doch etwas zu viel zu. Ähnlich sieht es auch die Gewerkschaft

der Polizei. Sie sieht nach wie vor bei den osteuropäischen Staaten Probleme mit Korruption, Technik und Polizeizusammenarbeit.

Aber auch die Situation in der Bundesrepublik ist alles andere als zufriedenstellend. Die Bundespolizeigewerkschaft bemängelt, dass die BRD nicht schengenfähig sei, da wichtige Fahndungs- und Kommunikationssysteme noch nicht einsetzbar sind. Dazu warnt Rainer Wendt, Zitat: „Die Deutschen haben weder etwas in Technik investiert noch in Personal. Im Gegenteil, Personal wird von den Grenzen massiv abgezogen.“ Zitatende. Wir sind also in keinster Weise schengenfähig. Trotzdem öffnen wir Tür und Tor und ziehen hier in M-V gleich noch 650.000 Bundespolizisten ab.

Wesentlicher Bestandteil des EU-Sicherheitssystems ist das der Personen- und Sachfahndung dienende Schengen-Informationssystem. Die Spitze der Gewerkschaft der Polizei merkte an, dass die Voraussetzungen für einen Wegfall der Kontrollen schon deshalb nicht gegeben sind, weil das Schengeninformationssystem II noch nicht eingerichtet und die jetzige Version überlastet und veraltet sei. Das sogenannte EU-Sicherheitssystem gewährt demnach nicht die Sicherheit, die von den Grenzöffnern propagiert wird.

Der Tageszeitung von 23.11.2007 zufolge stellte eine Expertengruppe, die 2006 und 2007 die neuen Schengenstaaten bereiste, eine Mängelliste auf. Demnach reichen an den neuen Außengrenzen sowohl die technischen Möglichkeiten als auch das Problembewusstsein der Beamten nicht aus. Gravierende Mängel gebe es vor allem bei der Visumvergabe. Während Estland über wenige Grenzschützer verfüge, sei in Lettland und Ungarn das Personal nicht entsprechend ausgebildet, Litauen schütze seine Grenzen zu wenig, in der Republik Polen sei die Zusammenarbeit von Polizei und Zollstrukturen verbesserungswürdig und Malta fehle es laut Mängelliste nahezu völlig am wirksamen Schutz der See- und Luftgrenzen. Zusätzliche Bedeutung erfährt die genannte Bestandsaufnahme durch die Erkenntnis des Leiters der Europäischen Grenzagentur FRONTEX. Die Flüchtlingsströme verlagern sich aus dem Mittelmeer in Richtung Osteuropa. Auch das ist ein sehr bedeutender Faktor, der unserer Meinung nach nicht beachtet wird.

Nach Einschätzung des LKA von Mecklenburg und Vorpommern hingegen wird es keinen wesentlichen Anstieg der allgemeinen Kriminalität geben. Voraussetzungen seien allerdings Ausgleichsmaßnahmen wie gemeinsame Kontrollen, Austausch von Ermittlungsergebnissen und gemeinsame Ermittlungsgruppen. Gleichzeitig äußert das LKA die Sorge, dass neue Formen der Organisierten Kriminalität, insbesondere Drogenkriminalität, sowie des Terrorismus auftreten werden. Bereits jetzt lasse schätzungsweise die Hälfte der bundesweiten Kriminalität internationale Bezüge vermuten. Die oberflächliche Antwort der Landesregierung dazu: „Gruppierungen der Organisierten Kriminalität ... agieren schon heute grenz- und länderübergreifend. Die Grenzöffnung ansich stellt insofern keinen entscheidenden Faktor für die Entwicklung der OK dar.“ Blinder und frecher geht es nicht mehr! Darum unsere Forderungen:

1. Aufrechterhaltung des Schutzes der Landesgrenzen wegen fehlender logistischer Voraussetzungen
2. kein Abbau der Bundespolizei

3. monatliche Berichterstattung über die Kriminalität-entwicklung, insbesondere im unmittelbar betroffenen Raum von Mecklenburg und Vorpommern

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Müller, den unparlamentarischen Ausdruck gegenüber dem Landeskriminalamt weise ich hier entschieden zurück.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

**Heinz Müller, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Europa wächst zusammen. Dies ist eine Tatsache! Ich gebe gerne zu, das ist ein Prozess, der manchmal schwierig ist, der manchmal Brüche hat und manchmal Probleme mit sich bringt. Aber es ist ein unumkehrbarer Prozess, und zwar ein Prozess, der von der großen Mehrheit unseres Volkes begrüßt wird.

(Michael Andrejewski, NPD: Das bezweifeln wir aber sehr stark. – Udo Pastörs, NPD: Na, dann machen Sie doch mal eine Volksabstimmung. – Stefan Köster, NPD: Sie fragen das Volk doch gar nicht. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Und es ist ein Prozess, der den Interessen unseres Volkes dient und den Frieden in Europa sicherer macht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Natürlich gibt es ein paar vernagelte und unbelehrbare Nationalisten, denen dieser Prozess ein Dorn im Auge ist. Ich glaube, über die wird die Geschichte hinweggehen.

(Udo Pastörs, NPD: Das warten wir mal ab. Das wäre zutiefst unnatürlich, dank der Entwicklung.)

Zu diesem Prozess des Zusammenwachsens von Europa gehört auch, dass wir das Schengener Abkommen, also die Bewegungsfreiheit von Menschen in diesem europäischen Raum, Zug um Zug ausdehnen,

(Stefan Köster, NPD: Die Eigentumsfreiheit, ne?! Jeder nimmt sich das, was er braucht. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

dass weitere Staaten diesem Abkommen beitreten, es umsetzen.

(Udo Pastörs, NPD: Heute ist es Schengen, morgen die ganze Welt.)

Und das ist für diesen Integrationsprozess in Europa und für die Menschen ausgesprochen positiv.

Natürlich gibt es ...

(Michael Andrejewski, NPD: Nehmen wir Afrika noch mit rein. – Raimund Borrmann, NPD: Ja, Asien natürlich auch und Indien kann auch noch beitreten. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Meine Herren von der Fraktion der NPD, das Wort hat Herr Müller.

(Udo Pastörs, NPD: Aber Zurufe sind noch erlaubt, Frau Präsidentin.)

**Heinz Müller**, SPD: Vielleicht haben Sie es noch nicht bemerkt, auch in Indien wohnen Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Inder, Gott sei Dank. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Ich weiß, dass Sie das nicht verstehen, aber Gustav Heinemann hat einmal gesagt, das steht auch im Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

(Raimund Borrmann, NPD: Da steht aber nicht drin, dass alle Menschen Bürger der Bundesrepublik oder der EU werden sollen.)

Da steht nicht, die Würde des Deutschen, sondern da steht „des Menschen“.

(Udo Pastörs, NPD: Dem ist voll zuzustimmen. Dem stimme ich voll zu.)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich gibt es im Zusammenhang mit der Ausweitung des Schengenraums auf osteuropäische Staaten,

(Udo Pastörs, NPD: Deutsche sind halt eben auch Menschen.)

auch auf Polen, in der Bevölkerung Ängste. Das kann man konstatieren und es wäre falsch, das einfach wegzuleugnen. Ich glaube aber, dass man Ängsten sehr wohl mit Informationen begegnen muss,

(Raimund Borrmann, NPD: Aufklärung!)

und dass man sehr wohl deutlich machen muss, was im Vorfeld der Erweiterung des Schengenraums geschehen ist. Polen ist auf diese Erweiterung vorbereitet und Mecklenburg-Vorpommern, namentlich unser Landeskriminalamt, hat dabei einen sehr beachtlichen Anteil.

Die deutschen Behörden, und ich halte dies für einen sehr wichtigen Aspekt, kooperieren vorbildlich miteinander. Es ist keine Frage, ob ich bei einer Bundesbehörde, Bundespolizei, Zoll oder anderen angestellt bin oder bei einer Landesbehörde – die Kooperation klappt.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja klar.)

Die Erweiterung ist hervorragend vorbereitet. Vor allen Dingen, und das scheint mir wichtig, kooperieren die deutschen Behörden sehr gut mit polnischen Behörden. Ich glaube, diese sachliche Information muss man der Bevölkerung ...

(Udo Pastörs, NPD: Heute gestohlen, morgen in Polen.)

Ja, Herr Pastörs, das ist genau Ihr Vorurteil.

(Udo Pastörs, NPD: Lesen Sie die BKA-Studie!)

Und das ist genau das Problem, das in Ihrem Antrag durchkommt.

(Udo Pastörs, NPD: Nee! Das ist die Objektivität. Lesen Sie die BKA-Studie!)

Sie wollen hier nämlich antipolnische Ressentiments bedienen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Ich will keine kriminellen Polen in Deutschland.)

und der Bevölkerung suggerieren, die Polen seien per se kriminell.

(Michael Roolf, FDP: Genau, genau. – Udo Pastörs, NPD: Nein, ich spreche von kriminellen Polen.)

Und ich sage Ihnen: Wir bekämpfen nicht Kriminalität, indem wir Polen bekämpfen, sondern wir müssen sehen,

(Udo Pastörs, NPD: Kriminelle Polen müssen wir bekämpfen. Das ist richtig. Das wollen wir.)

dass Kriminalität ein Phänomen ist, das es in jedem Land gibt.

(Michael Andrejewski, NPD: Unsere reicht doch schon. Wir müssen die nicht noch importieren. Wir haben genug davon.)

Wir sind gut beraten, Kriminalität zu bekämpfen, und wir tun dies, indem wir mit den dafür zuständigen polnischen Behörden gemeinsam arbeiten und Kriminalität auf beiden Seiten der Grenze bekämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD: Gucken Sie mal nach Rostock! – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Und deswegen, meine Herren von der NPD, wer glaubt, die Polen seien die Kriminellen,

(Raimund Borrmann, NPD: Das hat doch gar keiner behauptet. Sie widerlegen doch Ihre eigenen aufgestellten Behauptungen.)

wer versucht – und ich bin sehr überzeugt davon, er versucht es erfolglos –, die Bevölkerung hier wieder auf einen braunen Leim zu locken, der vor einigen Jahrzehnten schon einmal in einer nationalen und internationalen Katastrophe geendet hat,

(Udo Pastörs, NPD: Das ist immer dieselbe Tour. Das ist billig. Ja, das ist billig. – Stefan Köster, NPD: Herr Müller, Sie sind langweilig. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

der darf sicher sein, dass die Demokraten hier in diesem Land sich nicht vor einen chauvinistischen und antipolnischen Karren spannen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Udo Pastörs, NPD: Ich habe polnische Freunde, Sie wahrscheinlich nicht.)

Herr Pastörs, wir haben noch nie bei Ihnen Sachkenntnis erwartet.

(Jörg Heydorn, SPD: Und auch noch nie gefunden. Nie gefunden, nie gefunden. Auch noch nie Sachkenntnis gefunden.)

Es ist eigentlich erfreulich, dass Sie uns das immer wieder bestätigen.

Meine Damen und Herren, ich wohne –

(Udo Pastörs, NPD: Ich weiß, wo Sie wohnen. Ich weiß, wo Sie wohnen.)

das hätte Herr Pastörs selbst aus dem Handbuch des Landtags herauslesen können –

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Wenn man lesen könnte.)

nicht weit von der deutsch-polnischen Grenze entfernt.  
Das sind etwa zehn Kilometer Luftlinie.

(Udo Pastörs, NPD: Wo bei  
Ihnen schon Polen anfängt.)

Und wenn man dann einmal das Horrorszenario gegen-  
überstellt, das hier gezeichnet wird von den Kriminellen  
und von der Bedrohung für unser Volk, und die Realität,

(Udo Pastörs, NPD: Das  
sagt die Polizei, ich nicht.)

meine Damen und Herren, dann wird man den großen  
Unterschied feststellen.

(Udo Pastörs, NPD: Dann gucken  
Sie in die Kriminalstatistik!)

Wir erleben im Moment im deutsch-polnischen Grenz-  
raum eine Entwicklung der Normalisierung,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

eine Entwicklung, dass eine Grenze, die ja irgendwo  
immer etwas Trennendes ist,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, die Polen nehmen  
den deutschen Raum. Wir sterben  
aus und die kommen rüber.)

diese trennende Wirkung immer mehr verliert, dass Men-  
schen, die wenige Kilometer voneinander entfernt wohn-  
en, immer mehr zusammenwachsen und immer mehr  
Beziehungen zueinander aufbauen. Und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der  
Fraktionen der SPD, CDU und FDP –  
Michael Andrejewski, NPD: Träumen  
Sie weiter! – Udo Pastörs, NPD:  
Das ist Ihr Märchen.)

Und wenn Sie meinen, dass sei ein Märchen, dann gehen  
Sie mal in Löcknitz ein Brot kaufen,

(Michael Andrejewski, NPD: Gibt es da  
noch deutsches Brot? – Udo Pastörs, NPD:  
Ich kaufe das lieber auf der anderen Seite. –  
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

kaufen Sie es im Netto, und Sie werden feststellen,

(Raimund Borrman, NPD: Ich backe mein  
Brot selbst. – Zuruf von Tino Müller, NPD)

dass der Netto in Löcknitz einer der größten in Deutsch-  
land ist und dass wir auf dem Parkplatz ganz viele pol-  
nische Autos haben.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Das ist auch gut so.)

Es wird zunehmend zur Normalität, dass die Polen bei  
uns und wir in Polen einkaufen,

(Michael Andrejewski, NPD: Nur die kaufen  
bei uns Grundstücke und bei denen dürfen  
wir das nicht. – Raimund Borrman, NPD:  
Das sind antideutsche Ressentiments.  
Wir dürfen nicht einmal unsere eigenen  
Grundstücke zurückkaufen. Ja, so ist das.)

Handel miteinander treiben, sofern es der Handel von  
Gleichberechtigten ist. Meine Damen und Herren, Handel  
hat den Menschen schon immer gedient, und je mehr wir

miteinander Handel treiben und je mehr wir auch in solch  
ganz alltäglichen Dingen zusammenwachsen, umso mehr  
haben beide Seiten, haben die Deutschen genau wie die  
Polen den positiven Effekt davon.

(Michael Andrejewski, NPD: Und wenn sie  
nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.)

Eine solche Entwicklung wollen wir nicht etwa behindern,  
im Gegenteil, eine solche Entwicklung finden wir klasse,  
eine solche Entwicklung möchten wir fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU und DIE LINKE –

Udo Pastörs, NPD: Das glauben Sie doch  
selber nicht. – Raimund Borrman, NPD:  
Und wenn sie nicht gestorben sind,  
dann klauen sie heute noch!)

Wir wollen keinen antipolnischen und überhaupt keinen  
gegen andere Nationen gerichteten Ressentiments hin-  
terherlaufen.

(Raimund Borrman, NPD: Und wir wollen  
keine antideutschen Ressentiments  
gegen die eigene Bevölkerung.)

Sie haben vorhin das Beispiel Deutschland/Frankreich  
hier bemüht. Ich glaube, gerade die Entwicklung der  
Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten zeigt, wie  
aus dem, was in Ihrer Ideologie irgendwann einmal der  
Erzfeind war, plötzlich der Hauptfreund wird.

(Michael Andrejewski, NPD: Wir  
finden Le Pen gut. – Zurufe von  
Raimund Borrman, NPD,  
und Udo Pastörs, NPD)

Das ist historischer Fortschritt, und dafür würde ich gerne  
arbeiten.

(Udo Pastörs, NPD: Ein Milliardengrab.)

Und, meine Damen und Herren, ich bin davon über-  
zeugt – da können Sie schreien, solange und so intensiv  
Sie wollen –,

(Raimund Borrman, NPD: Danke. –  
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

wir werden eine vergleichbare Entwicklung auch mit  
unseren polnischen Nachbarn erreichen. Und das wird  
uns allen dienen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Polen bringen Kaufkraft, Polen füllen im Grenzraum  
leer stehende Wohnungen

(Raimund Borrman, NPD: Polen  
fischen die Dorsche weg. Wunderbar! –  
Michael Andrejewski, NPD: Und  
kassieren deutsches Land.)

und kommunale Wohnungsgesellschaften haben den  
positiven Effekt. Inzwischen gibt es polnische Investi-  
tionen, die in unserem Land Arbeitsplätze sichern und  
Arbeitsplätze schaffen. Das Märchen von den Polen, die  
uns die Arbeitsplätze klauen, können Sie gefälligst in der  
Tasche lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, DIE LINKE und FDP –  
Michael Andrejewski, NPD: Weil Sie die  
Arbeitsplätze nach Polen gebracht haben. –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte ein Wort eines früheren Bundeskanzlers aufgreifen, der seine zweite Regierungserklärung unter das Motto gestellt hat, es war Willy Brandt,

(Udo Pastörs, NPD: Ach, der Herr Frahm.)

es war Willy Brandt, der gesagt hat:

(Stefan Köster, NPD: Nee, der hieß trotzdem Herbert Frahm. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

„Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein“.

(Raimund Borrmann, NPD: Ja, aber ein Volk. Ein Volk wollen wir sein. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ja, meine Damen und Herren, das ist die Aufgabe, die alle Demokraten in diesem Land sehen.

(Stefan Köster, NPD: Warum hat der Herr Frahm denn seinen Namen geändert?)

Wir werden sie auch mit Polen umsetzen und wir freuen uns darauf, dass wir ein Stück mehr Bewegungsfreiheit von und nach Polen haben.

(Udo Pastörs, NPD: Das hat man auch mit einem Pass in der Tasche.)

Das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und FDP – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

**Tino Müller, NPD:** Ja, Herr Müller, auch ich komme aus dem Uecker-Randow-Kreis. Anscheinend müssen Sie blind sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Heinz Müller, SPD: Und heißen auch Müller. Aber das ist schon alles, was wir gemeinsam haben. – Udo Pastörs, NPD: Das reicht dann auch schon. – Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Mehr möchte ich mit Ihnen auch nicht gemeinsam haben.

Ich und viele weitere Bürger aus Löcknitz und Umgebung merken die schleichende polnische Invasion. Ja, das können wir an Infoständen in Löcknitz und Umgebung erleben, wie die Leute zu uns kommen und mit ihren Sorgen und Nöten an uns herantreten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie, Herr Müller, wurden vom deutschen Volk gewählt und sind daher verpflichtet, Politik für Deutsche zu machen und nicht für Polen.

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, Barbara Borchardt, DIE LINKE, Helmut Holter, DIE LINKE, und Michael Roof, FDP)

Außerdem bleibt festzustellen, dass Sie die Aussagen der Polizei ignorieren, und dem können wir uns natürlich auch nicht anschließen.

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Da Sie sich wieder nicht sachlich mit unserem Antrag auseinandersetzen, fordere ich im Namen meiner Fraktion zur namentlichen Abstimmung auf.

(Volker Schlotmann, SPD: Das können wir nicht bei so einem Quatsch!)

Und zu Herrn Müller bleibt mir nur noch zu sagen: Tausend Volt im Bauch und oben brennt kein Licht!

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Heike Polzin, SPD: Und das von einem Legastheniker, also wirklich!)

Was stört's den Mond, wenn ein Wildschwein da unten rummacht.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Herr Abgeordneter Müller, Ihren letzten Ausdruck lasse ich noch einmal prüfen.

Ich schließe die Aussprache.

(Udo Pastörs, NPD: Die Wortpolizei kommt in Aktion.)

Herr Pastörs, dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ich habe das gesagt.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1063. Die Fraktion der NPD hat namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung.

(Volker Schlotmann, SPD: Das sei jedem gegönnt, der jetzt nicht da ist.)

Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Meine Damen und Herren, ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, dass seine Stimme noch nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Lorenz Caffier, Reinhard Dankert, Dr. Armin Jäger, und Werner Kuhn werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ich frage, ist noch jemand im Hause, der seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche für zwei Minuten.

**Unterbrechung: 12.49 Uhr**

**Wiederbeginn: 12.51 Uhr**

Ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Es haben an der Abstimmung 52 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 6 Abgeordnete, mit Nein stimmten 46 Abgeordnete.

Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1063 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 31**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Für Verlässlichkeit und Kontinuität in der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft bis 2013, Drucksache 5/1053. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/1147 vor.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Für Verlässlichkeit und Kontinuität  
in der Gemeinsamen Agrarpolitik der  
Europäischen Gemeinschaft bis 2013  
– Drucksache 5/1053 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen  
der CDU und SPD  
– Drucksache 5/1147 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Professor Dr. Tack von der Fraktion DIE LINKE.

**Dr. Fritz Tack**, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Einbringung unseres Antrages stelle ich zwei Bemerkungen voran:

Als Erstes stelle ich klar, dass der Antrag und meine Ausführungen hauptsächlich die Gefahren und Nachteile für die Agrarwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern darstellen und behandeln, die in den bekannten Vorschlägen der Europäischen Kommission vom 20.11. dieses Jahres zu Schwerpunkten einer veränderten Weiterführung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU enthalten sind. Es geht also weniger darum, die positiv zu wertenden Änderungsabsichten der Kommissarin Frau Fischer Boel herauszustellen oder diese gar zu kommentieren. Wir unterstützen positive Veränderungen. Zu diesem Zeitpunkt muss aber erst einmal alles getan werden, um die existenziellen Gefahren für die Landwirtschaft unseres Landes gemeinsam abzuwehren.

Meine Damen und Herren, Gemeinsamkeit ist das Stichwort für die zweite Bemerkung. Kollegen aus anderen demokratischen Fraktionen haben mich gefragt, warum wir mit diesem Antrag sozusagen Eulen nach Athen tragen wollen, da es bereits vor etwa einem halben Jahr ein Bekenntnis der demokratischen Parteien im Landtag gegen Kappung, Degression und erhöhte obligatorische Modulation gegeben hat. Ich trage gern Eulen nach Athen, wenn es einen Nutzen bringt.

Das Ziel unseres Antrages sehe ich darin, jetzt auf die Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, zu reagieren und die Meinungsbildung der Großen Koalition in Berlin und die der Landesregierung durch ein eindeutiges Votum des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen. Außerdem kann der Bauernverband unseres Landes mit einem klaren Votum unseres Hohen Hauses gestärkt seine Position im Deutschen Bauernverband vertreten, die ich nicht nur als linker Agrarpolitiker, sondern auch als langjähriges Fördermitglied des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern teile.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sagen, konsequente Ablehnung aller Vorstellungen zur zusätzlichen Reduzierung und Umverteilung der Direktzahlungen in der laufenden Förderperiode. Das betrifft sowohl die degressive Kürzung bei großen Agrarbetrieben bis zu 45 Prozent als auch die zusätzliche Modulation in der Größenordnung von insgesamt acht Prozent-

punkten. Beides steht im eklatanten Widerspruch zu der mit der Reform von 2003 versprochenen Stabilität der agrarpolitischen Rahmenbedingungen in der Förderperiode bis 2013. Ich kennzeichne dieses Vorhaben wieder als das, was es ist – an verschiedenen Stellen haben wir das bereits getan –, und zwar ein Wortbruch gegenüber den Bauern unseres Landes.

Was sind die wichtigsten Ablehnungsgründe?

Erstens. Wir befinden uns erst im dritten Jahr der Reform. Der eingeleitete Umbruch eines ganzen Wirtschaftszweiges, verbunden mit einer Anpassung an globale Herausforderungen und sich entwickelnde Märkte, muss von den meisten Agrarbetrieben erst einmal bewältigt werden. In dieser Situation ist die Stabilität der politischen Rahmenbedingungen dringend erforderlich. Immerhin kommen auf die Unternehmen im Zuge des fortschreitenden Rückzuges der Europäischen Union von der Steuerung der Agrarmärkte gewaltige Investitionsanforderungen zu, um sich auf den liberalisierten Märkten zu behaupten. Es ist kontraproduktiv, den mit der Preisentwicklung wachsenden finanziellen Spielraum durch zusätzliche Maßnahmen der Modulation und Sonderkürzungen bei Großbetrieben rasch beschneiden zu wollen. Viele Unternehmen haben in Vertrauen auf die Reform bereits investiert und Kredite aufgenommen, für die sie Kapitaldienste leisten müssen. Hier ist also Vertrauensschutz für die Periode bis 2013 vonnöten.

Im Übrigen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, muss sich der Trend steigender Agrarpreise bei wichtigen Erzeugnissen an den Märkten erst einmal langfristig bestätigen. Die meisten Marktbeobachter gehen von künftig eher schwankenden Märkten mit großen und bisher nicht bekannten Preisausschlägen aus. Auch bei einem insgesamt hohen Preisniveau werden die Preise für Betriebsmittel und nicht zuletzt die Pachtpreise einen großen Anteil der Mehrerlöse aufzehren.

Zweitens. Die degressiven Kürzungen richten sich vor allem gegen die modernen Betriebsstrukturen in Ostdeutschland und damit auch gegen Mecklenburg-Vorpommern. Keine andere europäische Region wäre von dieser Maßnahme stärker betroffen. Es ist Tatsache, ein großer Teil der in Ostdeutschland dominierenden größeren Agrarunternehmen sind Mehrfamilienbetriebe, Agrar-genossenschaften, GmbHs und andere Gemeinschaftsunternehmen, die eine größere Zahl von Eigentümern haben. Diese gegenüber dem klassischen Familienbetrieb zu benachteiligen, hätte gravierende wirtschaftliche und soziale Folgen. Eine solche Benachteiligung wäre aufgrund der Geschichte und der Entwicklung nach der Deutschen Einheit ein politischer Fehler. Es ist doch im Ergebnis im Agrarbereich weitgehend von ostdeutschen Akteuren selbst getragenen Transformationsprozesses eine relativ eigenständige Agrarstruktur entstanden, die mit der Vielfalt der Rechtsformen, in der Flächenausstattung und den Tierbestandsgrößen gute Voraussetzungen für Wettbewerbsfähigkeit bietet. Dazu haben natürlich auch die Zahlungen der Europäischen Union maßgeblich beigetragen.

Sowohl die aus den LPGs hervorgegangenen Genossenschaften und Kapitalgesellschaften als auch die im Vergleich zu Westdeutschland erheblich größeren wieder eingerichteten oder neu eingerichteten Haupterwerbsbetriebe und Personengesellschaften befinden sich nach wie vor in der Aufbauphase. Ihre Eigenkapitaldecke ist zu knapp bemessen. Bei einem Teil der juristischen

Personen kommt noch hinzu, dass sie mit einer großen zusätzlichen Liquiditätsbeanspruchung durch Flächenzukauf und Altschuldenregulierung konfrontiert sind. Ich erinnere an einen Antrag, den wir hier in diesem Hohen Hause auch beraten haben.

Drittens. Bei der Begründung der GAP-Reform wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass die Direktzahlungen keine Preisausgleichszahlungen mehr sind. Die Argumentation für die Einkommensstützung durch Direktzahlungen lautete, dass damit eine pauschale Vergütung an die Landwirtschaftsbetriebe für gesellschaftlich erwünschte, aber nicht am Markt entlohnte Gemeinwohlleistungen besonders in den Bereichen Umwelt, Futtermittel- und Lebensmittelsicherheit sowie Tiergesundheit und Tierschutz erfolge. Deshalb wurde die Zahlung der EU-Prämien an die Einhaltung der Cross-Compliance-Bestimmungen gebunden. Folglich sind die sich daraus ergebenden Anforderungen auf jedem Hektar, und das unterstreiche ich noch einmal, gleich zu bewerten. Sie nehmen nicht betriebsgrößenabhängig ab. Schon deshalb verbietet sich eine größenabhängige Degression der Direktzahlungen.

Viertens. Die Erhöhung der obligatorischen Modulation bis zum Jahre 2013 auf insgesamt 13 Prozent, das sind etwa 35 Millionen Euro in unserem Lande, trifft nicht nur die großen Unternehmen, sondern alle Betriebsgrößen. Mit dieser Maßnahme will man die Akzeptanz der EU-Agrarpolitik erhöhen und weitere Mittel in die sogenannte zweite Säule der ländlichen Entwicklung geben. Es hört sich gut an, dass auch Bundesumweltminister Gabriel sehr dafür ist. Wir sagen, eine erhöhte Modulation, wenn sie dann kommt, muss den landwirtschaftlichen Unternehmen zur Erfüllung ihrer Umweltaufgaben wieder zugute kommen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Wir lehnen diese erhöhte obligatorische Modulation zum jetzigen Zeitpunkt ab, weil sie auf Kosten der Entwicklung der Betriebe geht, was kontraproduktiv für den ländlichen Raum wäre. Diese Erhöhung der obligatorischen Modulation mitten in der Förderperiode würde der Entwicklung der ländlichen Räume mehr schaden als nützen. Für die neue Förderperiode nach 2013, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, muss insgesamt gemeinsam, das unterstreiche ich, gemeinsam nach neuen Wegen gesucht werden. Dabei kann der sogenannte Health Check in seinen Ansätzen hilfreich sein. Bitte stimmen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne unserem Antrag zu und demonstrieren wir hier Gemeinsamkeit für unsere Landwirtschaft und für unser Land. Ich habe mit Genugtuung den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur Kenntnis genommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Professor Tack.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

**Minister Dr. Till Backhaus:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dem vorliegenden Antrag der Linkspartei könnte ich sagen, das sehe ich auch so.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ein  
guter Antrag, ja schön. – Zuruf von  
Gabriele Měšťan, DIE LINKE)

Ja, das sehe ich auch so.

Herr Professor Tack, Sie haben schon darauf hingewiesen, wir haben in der Junisitzung bereits einen ähnlich gelagerten Antrag beraten. Damit wäre ja eigentlich schon alles gesagt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE –  
Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Nur nicht von Ihnen. Nur nicht von Ihnen.)

Die Landesregierung handelt selbstverständlich in diesem Sinne. Ich glaube, das zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahre. Das Land Mecklenburg-Vorpommern tritt ganz klar dafür ein, dass die Verlässlichkeit, die Planungssicherheit und die Zukunftsfestigkeit der europäischen Agrarpolitik gewahrt bleiben. Ich glaube, in diesem Zusammenhang könnte man es wiederum dabei bewenden lassen, aber ich will das Anliegen der Opposition nicht so einfach wegwischen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:  
Wir dachten schon.)

Nein. Ich danke sogar der Opposition, weil wir damit noch einmal die Möglichkeit haben, die Handlungen und Aktivitäten der Landesregierung zu den Vorschlägen der Kommission in diesem Hohen Hause erneut detailliert darzustellen. Wenn es um die Zukunft der Landwirtschaft geht, dann nehmen wir gemeinsam zur Kenntnis, dass sie nach wie vor das Rückgrat der ländlichen Entwicklung darstellt. Das kann man gar nicht oft genug sagen, das muss man auch gerade in Mecklenburg-Vorpommern betonen. Dieser Gesundheitscheck oder Health Check, der unsere Landwirtschaft, was den Zustand anbetrifft, überprüfen und möglichst die Frage beantworten soll, ob die Landwirtschaft gesund ist, darf die Landwirtschaft auf der anderen Seite aber nicht krank machen. Ich glaube, da sind wir uns einig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, am 20. November hat die für die Landwirtschaft zuständige EU-Kommissarin Fischer Boel die Mitteilung der Kommission zum viel zitierten Health Check der gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt. Ich gehe davon aus, dass sich nur die wenigsten, wenn ich das an dieser Stelle sagen darf, so intensiv mit diesem fachlichen Jargon auseinandersetzen. Schon ausgehend von der Begrifflichkeit „Health Check“, zu Deutsch Gesundheitsüberprüfung, müsste man sich einmal fragen: Was hat die Agrarpolitik eigentlich mit einer Gesundheitsüberprüfung zu tun?

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Das hätten wir gerne einmal gewusst.)

Warum protestieren eigentlich die Landwirte in unserem Bundesland oder insbesondere in den neuen Bundesländern so vehement? Weil nach Ansicht der EU-Kommission ihre Ausgleichszahlungen oder im Volksmund „Subventionen“ untereinander gerecht verteilt werden sollten, unabhängig davon, dass die Brüsseler Bürokratie ja immer wieder eine enorme Kreativität hat, wenn es um Wortschöpfungen geht. Wenn wir diesmal den

Health Check aufnehmen, nannte man es das letzte Mal Midterm Review.

Ich möchte dieses vielleicht einmal in einen bildlichen Zusammenhang stellen, und zwar mit dem Sport. Stellen Sie sich vor, Sie kommen aus einem Land, in dem es keinen Leistungssport gab, und Sie sollen in kurzer Zeit möglichst fit werden und in einem internationalen Marathon gegen Spezialisten aus der gesamten Welt antreten, um vor allen Dingen bestehen zu können. Von Natur aus sind Sie gut gebaut, haben einen gut gebauten Körper, lange Beine und damit sehr gute Voraussetzungen, aber keinerlei Erfahrung in dem einschlägigen Trainings- oder Wettkampfgeschehen. Ihr Arzt des Vertrauens verordnet Ihnen zur Vorbereitung einer solchen Laufbahntwicklung einen Ernährungs- und Trainingsplan unter Androhung finanzieller Strafen, wenn man sich an diesen Trainingsplan nicht hält. Sie trainieren, leben nach den Vorgaben und sehen wirklich erste Erfolge. Doch beim Gesundheitscheck, eigentlich eine Routineuntersuchung, wie wir sie kennen, lässt sich Ihr Arzt plötzlich etwas einfallen. Er will Ihnen ein Bein amputieren,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Schau an!)

weil er meint, Sie wären auch mit dem verbleibenden Bein in der Lage, ausreichende Leistungen für den Wettkampf zu bringen. Das, meine Damen und Herren, ist vereinfacht der Gesundheitscheck der Europäischen Union für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

(Heike Polzin, SPD: Was hast du vor, Minister?)

Doch nun will ich gleich noch einmal aus fachlicher Sicht sagen – ich will das auch abkürzen –, die Reformen der gemeinsamen Agrarpolitik von 2003 und 2005 haben die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft gestärkt. Wir waren daran im Übrigen maßgeblich beteiligt. Die positive Marktentwicklung, steigende Preise für Agrarrohstoffe und die weltweit wachsende Nachfrage nach Agrarrohstoffen führt zu einer Entlastung des Agrarhaushaltes und zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung der Landwirtschaftsbetriebe insgesamt sowie zu weiteren Investitionen, die wir in unserem Land sehr positiv aufgenommen haben. So sind beispielsweise die WTO-Verhandlungen, die in Kürze stattfinden, weiter abzuwarten. Allein in diesem Jahr stehen steigende Erzeugerpreise 70 Prozent höheren Betriebskosten gegenüber. Die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit beschränkt sich fast ausschließlich auf den Ackerbau, und das ist in Mecklenburg-Vorpommern deutlich zu erkennen.

Ich glaube, dass wir uns einig sind, wir wollen uns von Bürokratie befreien. Von daher darf ein Gesundheitscheck kein operativer Eingriff sein. Ich begrüße grundsätzlich die Vorschläge zur weiteren Entkopplung der Direktzahlungen, weil sie das Ziel verfolgen, mittelfristig einheitliche Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu erreichen. Ich bewerte es daher durchaus positiv, dass die Kommission nun allen Mitgliedsstaaten diese Entkopplung, um damit zu einer einheitlichen Hektarprämie zu kommen, nahelegt. Deutschland und insbesondere Mecklenburg-Vorpommern ist auch hier Vorreiter gewesen. Das Kombinationsmodell, was wir auf der Agrarministerkonferenz in Rostock-Warnemünde beschlossen haben, wird damit EU-weit zu einem Beispiel.

Zweitens. Ein nächster wichtiger Punkt sind die Vorschläge zu den marktpolitischen Instrumenten. Durch eine verstärkte Marktorientierung der gemeinsamen Agrarpolitik und infolge der festeren Marktpreise verlie-

ren traditionelle marktpolitische Instrumente ihre Bedeutung. Daher halte ich es für richtig, dass die Subventionen zurückgefahren und damit positive Effekte für die gesamte Wirtschaft entstehen werden. Die obligatorische Flächenstilllegung wird entfallen. Dieses halte ich insgesamt für grundsätzlich richtig. Als Umweltminister betone ich an dieser Stelle, dass eine dauerhafte Stilllegung unproduktiver Flächen, auch aus ökologischer Sicht, einen Nutzen für unser Bundesland haben kann, was aber genauestens geprüft werden sollte.

Drittens. Hinsichtlich der Überkreuzung der Cross-Compliance-Überprüfung haben wir einiges auf den Weg gebracht. Wir wollen eine Entlastung der Verwaltung und nur das kann richtig sein.

Viertens. Ich glaube, nicht akzeptabel sind für uns alle Überlegungen zu den betriebsgrößenabhängigen Kürzungen der Direktzahlungen, der sogenannten Degression. Das ist ein erneuter Versuch, insbesondere in Ostdeutschland die Diskriminierung bestimmter Betriebs- und Rechtsformen durchzuführen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

Dagegen werden wir uns mit aller Kraft, mit Entschiedenheit und den uns zur Verfügung stehenden Mitteln wehren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Betroffen wären insbesondere, auch das ist eine wichtige Aussage, die tariflich gebundenen Arbeitsplätze im ländlichen Raum in einer Größenordnung von immerhin bis zu 12.000 Arbeitsplätzen oder gerade auch Betriebe, die junge Menschen ausbilden, die in die tierische Produktion investiert haben. Dabei ist natürlich die soziale Funktion der Landwirtschaftsbetriebe in den ländlichen Räumen zu bedenken.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass die Durchschnittsvergütung der Direktzahlungen nur ein jährliches Arbeitseinkommen von 22.600 Euro realisieren lässt. Und wenn man hier noch 20, 25 Prozent abzieht, ist die Attraktivität, in der Landwirtschaft zu arbeiten, endgültig dahin. Deswegen halte ich es für eine eklatante Gleichheitsgrundsatzveränderung beziehungsweise eine Verletzung in diesem Bereich. Im Übrigen müssen – und das ist hier auch schon gesagt worden, es war auch immer mein Grundsatz – für alle Bezieher der Direktzahlungen in Europa gleiche Rahmenbedingungen gelten. Das ist für mich die Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes.

Ich will auch andeuten, dass ich es gutfinde, dass die Kommissarin mittlerweile – und das werden wir ihr Ende Januar hier auch sehr deutlich zeigen – auch über andere Kriterien insbesondere der Arbeitskräftebindung nachdenkt. Aber ich will an dieser Stelle auch sagen, die Degression ist noch nicht vom Tisch.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Ich möchte abschließend kurz noch einmal die Zahlen nennen, die ich in den Vorträgen der letzten Wochen immer wieder deutlich gemacht habe. Die Kürzungssätze, insbesondere was die Degression anbetrifft, sollten sie so kommen, wären allein 45,5 Millionen Euro. Wenn man dann die Modulation noch dazunimmt, die mit 34,7 Millionen Euro zu Buche schlägt, liegen wir bei gut 80 Millionen Euro, die die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern verlieren würde. Wir gehen davon aus, ...

(Raimund Borrmann, NPD: Ach, Herr Minister, das sind doch alles nur Spekulationen. Das haben Sie doch gestern alles selbst erklärt.)

Das habe ich nie gesagt.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Ich habe Ihnen gesagt, dass wir selbstverständlich alles sehr genau analysiert haben und daran 3.600 Arbeitsplätze hängen.

Ich gehe davon aus, in den nächsten Wochen und Monaten wird auch in diesem Jahr, wenn man das so sagen darf, der Gabentisch zu Weihnachten und zum Jahreswechsel, was die Lebensmittel anbelangt, reich gefüllt sein. Die Landwirtschaft hat ihrer Verpflichtung Genüge getan, gesunde Lebensmittel in Mecklenburg-Vorpommern auf den Tisch zu legen. Ich glaube, an dieser Stelle darf man den Landwirten des Landes Mecklenburg-Vorpommern auch einmal danken. Wir werden alles dafür tun, dass wir die Landwirtschaft in unserem Bundesland weiter sinnvoll unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Ich möchte zum Schluss natürlich auch den sechsten Punkt, die Modulation der Milchmarktordnung, hier angesprochen haben. Wir halten es für richtig und es ist ein gutes Signal, dass nach dem Jahre 2014 aus der Milchquote ausgetreten wird. Ich werde mich nach wie vor dafür starkmachen, dass wir die Absenkung der Superabgabe bekommen, damit wir bereits im nächsten Jahr auch in Mecklenburg-Vorpommern mehr Milch produzieren können.

Insofern danke ich Ihnen für diesen Antrag. Ich wünsche mir, dass wir auch im nächsten Jahr so engagiert für die Landwirtschaft eintreten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Lietz. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Matthias Lietz,** CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle, da Sie sehr deutlich und sehr ausführlich sowohl vom Einbringer Herrn Professor Tack als auch von unserem Minister Dr. Backhaus gehört haben, dass das Anliegen dieses Antrages und vor allen Dingen die Erläuterungen der Begriffe und Definitionen uns hier zur Abstimmung vorliegen, auf unseren Änderungsantrag eingehen.

Ich verweise auf den Änderungsantrag in der Drucksache 5/1147. Hier geht es uns darum, dass wir in dem Ursprungsantrag in der Drucksache 5/1053 die ersten beiden Absätze des Antrages streichen. Ich gehe davon aus – auch das hat der Antragsteller Professor Tack schon erwähnt –, dass wir in der Drucksache 5/588 aus unserer Sitzung vom 30.05.2007 mehrheitlich und mit deutlicher Mehrheit den Antrag der damaligen CDU- und SPD-Fraktion zur Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik gestellt und besprochen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU)

Zweitens. Vor den Wörtern: „Der Landtag erwartet, dass die“, das wäre dann die Fortsetzung im Antrag, werden die Sätze: „Der Landtag steht weiterhin zu seinen Beschlüssen vom Juni dieses Jahres auf Drucksache 5/588“ und: „Der Landtag unterstützt nachdrücklich die Haltung der Landesregierung hinsichtlich des Gesundheitschecks der gemeinsamen Agrarpolitik“ eingefügt.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle um Unterstützung für den Antrag werben. Ich sage das aus voller Überzeugung, da sicher nicht jeder die Bedeutung dieser Situation, die vor den Landwirten in Deutschland und ganz speziell vor unserem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern steht, verinnerlicht hat. Und auch von mir noch einmal der Dank an alle, die im Landwirtschaftsbereich beschäftigt sind, für ihre tägliche Arbeit. Sie sehen sicher in der Unterstützung durch die Behandlung hier im Landtag und letztendlich auch mit einem dazugehörigen Beschluss die Wertschätzung ihrer täglichen Arbeit. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Schnur. Bitte schön.

**Toralf Schnur,** FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Sie haben uns hier einen Antrag vorgelegt, dessen Inhalt wir natürlich auch unterstützen. Das haben wir bereits im Juno getan, der Abgeordnete Lietz hat es bereits gesagt. Auf der Drucksache 5/588 haben wir damals dem Antrag der Regierungskoalition zugestimmt.

Das Thema Health Check der gemeinsamen Agrarpolitik lief in den letzten Wochen mehrfach durch die Medien. Eigentlich sind sich alle darin einig, dass der Health Check gewisse Nachjustierungen empfehlen kann, aber keine neue Agrarpolitik verschreiben darf. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Zwischenbewertung zu einer marktwirtschaftlichen Weiterentwicklung und Systemoptimierung der Agrarpolitik genutzt werden muss, ohne aber gleich eine neue Agrarreform im engeren Sinne zu sein.

Die Landwirte brauchen eine dauerhafte und verlässliche Politik. Dies schließt die Einhaltung der beschlossenen und zugesagten Direktzahlungen bis zum Jahr 2013 natürlich ein. Eine leistungsfähige und nachhaltige Landwirtschaft ist eine entscheidende Voraussetzung für die Herstellung qualitativ hochwertiger Produkte. Natürlich ist auch meine Fraktion gegen die Einführung einer gestaffelten Kürzung der Direktzahlungen und eine Anhebung einer verpflichtenden Modulation der Mittel. Kappung und Degression hemmen die Entwicklung selbst wettbewerbsfähiger Strukturen in der Landwirtschaft, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern.

Das größte Pfund, der Minister hat es ja im Grunde gesagt, der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns ist jedoch die Größe seiner zu bewirtschaftenden Flächen. Sie ermöglicht es gegenüber Landwirten aus anderen Bundesländern und auch anderen Staaten, gewisse Wettbewerbsvorteile zu generieren. Des Weiteren geht meine Fraktion davon aus, dass in den Folgeverhandlungen zur derzeitigen Förderperiode selbstverständlich die geänderten Marktbedingungen und Situationen mit in die Betrachtung einfließen und gegebenenfalls Ände-

rungen vorzunehmen sind. Auch ein Vertreter der FDP hat sich dahin gehend auf der Klausurtagung des Landesbauernverbandes am 21. November in Linstow geäußert.

Wie bereits erwähnt, können wir Ihren Antrag inhaltlich unterstützen. Trotzdem führt die Vorlage zu einigen Irritationen. Wir haben in der Junilandtagssitzung bereits einen Antrag der Regierungskoalitionen mit dem Thema „Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsunternehmen in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik sichern“ behandelt. Der Minister hat es auch gesagt, sodass wir es an der Stelle eigentlich beenden könnten. Es war die Drucksache 5/588. Am 29. November hat sich nun der Agrarausschuss mit diesem inhaltsgleichen Thema befasst. Vielleicht hätten Sie den Antrag nicht gestellt, immerhin stammt Ihr Antrag vom 28.11., also genau einen Tag vorher. Die doch recht eindeutigen Informationen zur Haltung der Landesregierung haben im Nachgang nicht zu vielen Nachfragen bei den Anwesenden geführt, auch nicht bei den LINKEN. Nach unserer Auffassung sind die von Ihnen aufgeführten Punkte weitestgehend im Antrag der Regierungskoalition enthalten. Ein zeitversetztes Einbringen von zwei Anträgen bei einem nahezu gleichen Thema beziehungsweise Inhalt unterstützen wir nicht. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –  
Angelika Gramkow, DIE LINKE:  
Das kann ja wohl nicht wahr sein! –  
Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das  
hätten Sie sich früher überlegen sollen!)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Schildt. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Ute Schildt,** SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Bedingungen der gemeinsamen Agrarpolitik in der Europäischen Union sind in diesem Hohen Haus, solange ich Abgeordnete bin, das sind inzwischen neun Jahre, schon oft Gegenstand der Beratung gewesen. Das war notwendig, das war wichtig und das war richtig. Das war der Prozess der Agenda 2000 und das war die Reform, die wir gegenwärtig in der Umsetzung erleben, und zwar eine Reform, die ganz wichtige Auswirkungen auf die Stabilität unserer Landwirtschaftsbetriebe hat. Darum haben wir sehr gerungen und unser Minister hat sich massiv eingesetzt. Es ist uns gelungen, eine Reform auf den Weg zu bringen, die akzeptiert wird und mit der unsere Landwirtschaft sich entwickeln kann.

Es ist wichtig, dass wir Einfluss darauf nehmen, denn die Beihilfen, die von der Europäischen Union in unser Land fließen – wir haben gestern über den Haushalt gesprochen –, sind unverzichtbares Einkommen für die Landwirte und deshalb für die Existenz dieser Betriebe lebensnotwendig.

Der Minister hat ausführlich etwas gesagt zur gegenwärtigen Reform, wie sie gelebt wird. Und die Landwirte, die das ganz bewusst nutzen in ihrem täglichen Geschäft, haben Anspruch auf Verlässlichkeit und Kontinuität politischer Entscheidungen für einen abrechenbaren Zeitraum. Nicht für alle Ewigkeit wird diese Reform Bestand haben, aber sie haben einen Anspruch auf Kontinuität und auf Planungssicherheit. Und deshalb ist es trotzdem legitim zu prüfen, ob diese Reform die Wirkung hat, die sie beabsichtigt. Es war bei der letzten Reform so, da gab

es einen Midterm Review, und es gibt jetzt einen Health Check. Das ist alles legitim, wenn die Planungssicherheit gegeben ist. Aber es ist so, dass immer, wenn die Kommissarin einmal laut denkt, eine Kuh durchs Dorf getrieben wird, immer wieder eine neue Kuh und manchmal landet sie auch auf dem Eis.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Der Minister hat beschrieben, wie problematisch es sein kann, wenn viel von dem, was gesagt oder laut gedacht wurde, auch umgesetzt wird. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir unsere Meinung als Land ganz nachhaltig vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD  
und DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE:  
Das ist richtig, Frau Schildt.)

Es ist wichtig, dass das, was der Staatssekretär uns als Agrarpolitikern im Ausschuss sehr umfangreich dargestellt hat, als Meinung der Landesregierung, als Information dessen, wie der Landwirtschaftsminister gegenüber dem Bund und der EU aktiv wird, auch umgesetzt wird. Der Minister hat es heute noch einmal sehr deutlich unterstrichen. Es ist richtig, dass wir dieses Agieren unserer Landesregierung durch Beschlüsse dieses Parlamentes aktiv unterstützen. Deshalb haben die Regierungsfraktionen, obwohl wir im Juni schon einmal einen fast gleichlautenden Antrag hatten, diesen Antrag mit einem Änderungsantrag unterstützt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Eine gute  
Sache kann man auch unterstützen.)

Wir fordern Sie auf, sich dieser Meinung anzuschließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke sehr, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Borrmann. Bitte, Herr Borrmann.

**Raimund Borrmann,** NPD: Herr Präsident! Kameraden! Feinde der NPD!

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:  
Wie bitte?! – Reinhard Dankert, SPD:  
Zu viel Glühwein getrunken, oder was?!)

Bürger des Landes!

(Heiterkeit bei Abgeordneten  
der Fraktion der NPD)

DIE LINKE ruft zu einer neuen Wende auf! Nein, nicht in unserem Lande! Die Gesellschaft ist für sie das Hohe Haus. Das möge sich bitte wenden gegen eine Politik der gestaffelten Kürzungen der Direktzahlungen. Im Zuge einer Gesundheitsprüfung ist die EU-Kommission zu dem Schluss gekommen, dass ihre gemeinsame Agrarpolitik offenbar krank macht. Diese kranke Politik soll nun nach einer Überprüfung abgestellt werden. Als ob die EU jemals gesunde Agrarpolitik betreiben könnte. Davon geht aber offenbar DIE LINKE aus, sonst gäbe sie sich nicht der Blöße hin, einen solchen in Sklavensprache abgefassten Antrag diesem Parlament vorzulegen. Zitat: „Das Vertrauen in die beschlossene Reform darf nicht durch die geplante Kappung und Degression der Direktzahlungen unterlaufen werden.“ Wie bitte?! DIE LINKE vertraut der EU-Reform? Sie will, dass dieses Vertrauen nicht beschädigt wird. Was ist das für eine LINKE?

Wo in diesem Haus sind sie, die selbst erklärten Marxisten? Karl Marx schreibt: „Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. ... Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.“

(Dr. Till Backhaus, SPD: Er hat seine Mitschriften wiedergefunden. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

„Unwissende Lümmel wie Heinzen, die nicht nur den Kampf, sondern sogar die Existenz der Klassen leugnen, beweisen nur, daß trotz allem ihrem bluttriefenden und humanistisch sich aufspreizenden Gebelfer, sie die gesellschaftliche Bedingungen, worin die Bourgeoisie herrscht, für das letzte Produkt, für das non plus ultra der Geschichte halten.“

(Ute Schildt, SPD: Zum Thema!)

„daß sie nur die Knechte der Bourgeoisie sind, eine Knechtschaft, die um so ekelhafter ist, je weniger die Lümmel auch nur die Größe und die vorübergehende Notwendigkeit des Bourgeoisieregimes selbst begreifen.“

(Dr. Till Backhaus, SPD: Sie sind aber auch ein Lümmel!)

Bürger des Landes! Wann wird DIE LINKE aufbrechen von den ägyptischen Fleischtöpfen, aufbrechen in das verheißende Land, wo Milch und Honig fließen?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Diese LINKE hier, die hat ihre neue Masche noch nicht gesehen, und so dürfen wir sie und ihren Antrag getrost zu den Akten legen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Es hat jetzt das Wort für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Holter. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Helmut Holter, DIE LINKE:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Borrmann, dass Sie sich bei Marx gut auskennen, das wissen wir inzwischen. Ich will Ihnen sagen, Marx hat sich in einer Frage geirrt, indem er seine Schlussfolgerungen über die Klassengesellschaft in der Diktatur des Proletariats münden lassen hat. Und DIE LINKE hier in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland ist eine Partei, die jegliche Diktaturen ablehnt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir sind für demokratische Staatsformen

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Raimund Borrmann, NPD: Das hat Millionen das Leben gekostet. – Udo Pastörs, NPD: Millionen! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und für demokratische Willensbildung in unserer Gesellschaft.

(Udo Pastörs, NPD: Zig Millionen!)

Meine Damen und Herren,

(Udo Pastörs, NPD: Alleine in der Sowjetunion Millionen Hungertote.)

Das weiß ich. Das weiß ich auch, Herr Pastörs. Wir können ja einmal über Stalinismus und Hitlerfaschismus reden.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja. Ich lade Sie ein, gerne.)

Wir können das gerne mal tun, aber nicht zu dem Thema, um das es hier heute geht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir haben uns sehr wohl zu den Verbrechen des Stalinismus bekannt, wir haben uns auch entschuldigt. Sie haben sich bisher überhaupt nicht bekannt zu den Verbrechen des Faschismus.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Eine Entschuldigung fehlt Ihrerseits vollends.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und deswegen geht es nicht darum, hier geschichtliche Tatsachen zu verdrehen, sondern es geht um ein Bekenntnis zur Geschichte und darum, Schlussfolgerungen zu ziehen. Darum geht es.

(Udo Pastörs, NPD: Die warten heute noch auf Zahlung.)

Sie ziehen keine Schlussfolgerungen.

(Raimund Borrmann, NPD: Ich war nie Mitglied der NSDAP. Sie bezeichnen sich immer noch als Marxist. Sie bezeichnen sich immer noch als Marxist. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir haben Schlussfolgerungen gezogen, das zeigt auch das gemeinsame Handeln der Demokraten in diesem Landtag.

Meine Damen und Herren, ich wollte ja eigentlich über etwas anderes reden. Ich bin der Überzeugung, und das steht auch in der „Bauernzeitung“ vom 30.11.2007, Herr Minister Backhaus: „Politik muss verlässlich sein.“ Und deswegen, Herr Schnur, bin ich ein bisschen enttäuscht, dass die FDP heute auf unseren Antrag so reagiert.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Der hatte keine Zeit, keinen Durchblick.)

Es geht nicht darum, dass wir hier wiederholt Anträge stellen. Es geht darum, den aktuellen Entwicklungen Rechnung zu tragen. In unserem Antrag werden aktuelle Entwicklungen reflektiert. Es geht uns darum, nachdem die Vertreter der demokratischen Fraktionen gesprochen haben, genau den Landwirtschaftsminister in dieser Frage in seinen Verhandlungsführungen den Rücken zu stärken, damit Politik aus Mecklenburg-Vorpommern für die Bauern in Mecklenburg-Vorpommern verlässlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Die Geschichte der Wiedervereinigung, meine Damen und Herren, ist auch die Geschichte der landwirtschaftlichen Betriebe in den neuen Bundesländern und sie ist auch die Geschichte der Veränderungen. Meine Sorge ist,

dass die beabsichtigte Strategie bei der Wiedervereinigung aus Westdeutschland, aber auch aus Westeuropa, die großen betrieblichen Betriebsstrukturen im ländlichen Raum zu zerschlagen, jetzt endlich greifen soll. Das ist meine Sorge und deswegen spreche ich hier.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Nicht nur deine, unsere!)

Die Agrarbetriebe in den neuen Bundesländern haben mit Problemen zu kämpfen wie alle ländlichen Betriebe, denn da gibt es den Kostendruck und steigende Agrarpreise, die noch lange nicht in den Unternehmen angekommen sind. Über Energiekosten haben wir mehrfach gesprochen, auch das trifft diese Unternehmen. Es gibt aber auch Strukturveränderungen, die die ostdeutschen Unternehmen im ländlichen Raum besonders treffen. Aber die ostdeutschen landwirtschaftlichen Betriebe haben spezifische Bedingungen. Das sind, und das haben die vier demokratischen Fraktionen zum Ausdruck gebracht, die großen betrieblichen Strukturen. Und genau um diese großen betrieblichen Strukturen geht es. Deswegen ärgere ich mich genauso wie viele andere über den Begriff „Gesundheitscheck“, weil es letztendlich darum gehen soll, gesunde Strukturen in den neuen Ländern zu zerschlagen. Und das, meine ich, sollten wir gemeinsam nicht zulassen.

(Udo Pastörs, NPD: Junkerland in Bauernhand!)

Das war eine richtige Entscheidung, weil von den Junkern der Faschismus in Deutschland ausgegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE –

Udo Pastörs, NPD: Sie sind so grün, Sie drehen sich einmal um die eigene Achse ideologisch.)

Ich habe vor einiger Zeit hier zu einem Thema aus dem Agrarbereich gesprochen, da ging es um die geplante Schließung der Güstrower Zuckerfabrik. Wie Bauern aus Mecklenburg-Vorpommern auf diese Schließung reagiert haben, ist weitgehend bekannt. Sie haben eine Norddeutsche Rüben AG gegründet, um der Zuckerproduktion sowohl im Anbau und der Ernte der Zuckerrübe als auch ihrer Verwertung in Mecklenburg-Vorpommern eine Chance zu geben.

(Ute Schildt, SPD: Das ist gut so.)

Es geht darum, genau diese Strukturen zu erhalten und dieses Werk weiterhin als Bioenergieproduktionsstätte fortzuführen. Und deswegen, meine Damen und Herren, halte ich es für wichtig, auch genau über diese Fragen zu sprechen, weil es nicht nur – es ist keine Kritik, Frau Schildt – um den ländlichen Raum geht. Letztendlich geht es um Mecklenburg-Vorpommern insgesamt und es geht um die Arbeitsplätze, die tariflichen Arbeitsplätze, von denen Minister Backhaus gesprochen hat. Es geht meines Erachtens darum, dass die wirtschaftlich starken Betriebe und die damit verbundenen Bäuerinnen und Bauern genau die Chance und die Kraft haben, die Agrarwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. Dazu brauchen sie in der Tat die Beihilfen, die tatsächlich bis zum Jahr 2013 durch die Europäische Union gezahlt werden.

Niemand, meine Damen und Herren, würde auf die Idee kommen, Mercedes Benz aufzufordern, Produktionsstrukturen zu zerschlagen und wieder in Garagen oder kleinen Werkstätten zu produzieren. Das, glaube ich, ist nicht Gegenstand von Wirtschaftspolitik. Im Gegenteil. Schauen wir uns doch die modernen leistungsfähigen

Betriebe an in Mecklenburg-Vorpommern. Jüngst war Klaus Griepentrog aus Steinhagen in der Presse präsent, der uns bewiesen hat, wie man erfolgreich einen Agrarbetrieb leiten und auch erfolgreich am Markt bestehen kann.

Deswegen, meine Damen und Herren, geht es hier nicht, das hat Herr Backhaus ja deutlich gemacht, um Amputation, es kann auch nicht um Zerschlagung gehen und es geht auch nicht um Beerdigung. Und deswegen – ich komme zum Schluss – geht es hier um ein klares Signal aus diesem Landtag für die Bäuerinnen und Bauern in Mecklenburg-Vorpommern, für die Bäuerinnen und Bauern in Ostdeutschland. Sie brauchen Verlässlichkeit, wie wir es heute zum Ausdruck gebracht haben, außer Ihnen, meine Herren von der Fensterfront. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der  
Fraktionen der SPD und DIE LINKE –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/1147 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/1147 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE sowie Gegenstimmen durch die Fraktionen der FDP und NPD angenommen.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1053 mit den soeben beschlossenen Änderungen zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/1053 mit den soeben beschlossenen Änderungen bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE sowie Gegenstimmen durch die Fraktionen der FDP und NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 32:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Kontrolle der Arbeitszeit und Streckenkenntnis der Triebfahrzeugführer in privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen, auf der Drucksache 5/1064.

**Antrag der Fraktion der NPD:  
Kontrolle der Arbeitszeit und  
Streckenkenntnis der Triebfahrzeugführer  
in privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen  
– Drucksache 5/1064 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Birger Lüssow, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor Sie jetzt wieder ein vorschnelles Urteil über diesen Antrag fällen, hören Sie zur Abwechslung doch einfach mal etwas genauer hin.

(Helmut Holter, DIE LINKE:  
Das Urteil ist bereits gefällt.)

Dies ist kein Schaufensterantrag oder gar ein populistischer Antrag, wie Sie es uns immer gern vorwerfen,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Das sollten Sie mal selbst bewerten.)

sondern ein reiner Sachantrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Triebfahrzeugführer im Güterverkehr der privaten Eisenbahn. Es ist eine Tatsache, dass die Lokführer dieser Branche eine Arbeitszeit, die weit über die im Arbeitszeitgesetz erlaubte geht, haben. Die Arbeitszeit der Eisenbahnfahrzeugführer darf nach dem Arbeitszeitgesetz nicht über zwölf Stunden andauern. Für die Einhaltung der Arbeitszeit ist das Eisenbahnbundesamt mit verantwortlich. Doch gerade hier liegt das Problem. Die privaten Eisenbahnunternehmen sind sich bewusst, dass es kaum eine beziehungsweise keine Kontrolle der Arbeitszeit durch dieses Eisenbahnbundesamt gibt. Man weiß in den Führungsebenen genau, dass es nur im konkreten Verdachtsfall zu einer Kontrolle durch das EBA kommt, und diese Erkenntnisse nutzen die Privaten voll aus.

Sie, meine Damen und Herren, werden jetzt natürlich wieder einmal sagen, das ist alles Quatsch, es kommen ja keine Beschwerden, und wo haben die Braunen beziehungsweise die Wölfe im Schafspelz das nun schon wieder her. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir von der NPD-Fraktion das Ohr noch am Volk. Aus zahlreichen Gesprächen mit Lokführern ist uns dieser Missstand bekannt geworden.

(Irene Müller, DIE LINKE: Aber  
nur mit deutschen Lokführern.)

Es gilt nun, hier Abhilfe zu schaffen, zumal die Eisenbahnverkehrsunternehmen, die nicht Eisenbahn des Bundes sind, der Aufsicht der Länder unterliegen. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern hat das Eisenbahnbundesamt die Aufsicht über die Landeseisenbahn mit einer Außenstelle in Schwerin übernommen. Das EBA hat die Aufsicht über die Eisenbahnfahrzeugführer und wird dieser Rolle nur sehr mangelhaft gerecht. Für die Unternehmen ist es kostengünstiger, wenn der Rangierdienst während der Verladung, die eigentliche Zugfahrt sowie das Abstellen des Zuges mit ein und demselben Personal geschieht, sprich, diese Aufgaben hat allesamt der Triebfahrzeugführer inne. Zudem ist der TF für die Arbeitszeitüberschreitung selbst verantwortlich, da er sein Unternehmen hierauf aufmerksam machen muss und gegebenenfalls die Mehrarbeit verweigern darf.

Dem TF ist aber klar, wenn er die zu lange Arbeitszeit verweigert, wird er bei der nächsten Gelegenheit entlassen. In der Realität sieht es dann so aus, dass der Lokführer aus Angst, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, die längere Arbeitszeit auf sich nimmt. Eine reine Arbeitszeit von 20 und mehr Stunden ist nicht selten die Folge. Dabei wäre es die Pflicht des Arbeitsgebers, für einen Personalwechsel zu sorgen und so die Arbeitszeit der Arbeitnehmer im Rahmen des Arbeitszeitgesetzes zu halten. Die Folge des verantwortungslosen Handelns der privaten EVU ist eine starke Konzentrationsschwäche und Übermüdung der Lokführer. Jedoch ist gerade die Aufmerksamkeit im Eisenbahnverkehr so wichtig. Wenn Sie, meine Damen und Herren in diesem ach so Hohen Haus, schon einmal eine Autofahrt von zwölf Stunden oder mehr hatten, wissen Sie, wovon ich hier spreche. Eine solche Schicht von über zwölf Stunden geht an niemandem spurlos vorbei, ohne Folgen von Müdigkeit und die daraus resultierende Konzentrationsschwäche. Dazu kommen die nicht zu unterschätzenden gesundheitlichen Schädigungen, die durch die extremen Arbeitszeiten für das Personal entstehen.

Nach Berichten der Betroffenen werden so gut wie nie Kontrollen in Bezug auf Arbeitszeit, Fahrplanunterlagen und Streckenkenntnis durchgeführt. Wie gesagt, es finden Kontrollen so gut wie nie statt, und deswegen planen die Unternehmen, ohne Rücksicht auf den TF, die Schichten mit nur einer Personalleistung ein, und das, obwohl ihnen bewusst ist, dass die Schicht über die erlaubten zwölf Stunden geht. Es ist ihnen völlig egal, wie lange eine Schicht dauert, sie interessieren sich nur für ihren Profit. Der Lokführer wird von vornherein über die erlaubte Zeit eingeplant.

Ebenso verhält es sich mit der Streckenkenntnis, über die der Triebfahrzeugführer nach der Richtlinie 408 der Deutschen Bahn verfügen muss, wenn er eine Zugfahrt auf den Gleisen der Deutschen Bahn durchführen soll. Die Streckenkenntnis dient dem sicheren und flüssigen Betriebsablauf. Die Dienstverrichtung eines Eisenbahnfahrzeugführers verlangt ein Wissen über die von ihm befahrene Strecke, speziell über deren Besonderheiten, Steigungsverhältnisse und die Standorte der Signale. Weiterhin muss er die zuständigen Fahrdienstleiter sowie deren Funkkanäle kennen. Die Streckenkunde wird in der Regel durch das Mitfahren bei einem streckenkundigen Kollegen erworben. Um die Streckenkunde zu erlangen, soll die zu befahrende Strecke viermal bei Tageslicht und zweimal bei Dunkelheit befahren werden. Jedoch kostet gerade dieser Umstand dem privaten Unternehmen zu viel Geld und wird daher weggekürzt. Die privaten EVU berufen sich dann auf eine Ausnahme der Ril 408, in der es heißt:

„(1) Wenn Sie ausnahmsweise nicht streckenkundig sind, müssen Sie fahren, wenn Ihnen ein streckenkundiger Mitarbeiter“ – Lotse – „beigegeben wird.“

(2) Steht ein streckenkundiger Mitarbeiter nicht zur Verfügung, dürfen Sie fahren, ohne dass ein streckenkundiger Mitarbeiter beigegeben wird, soweit es in den Örtlichen Richtlinien nicht verboten ist. Sie haben dann Ihre Fahrweise den Strecken- und Sichtverhältnissen anzupassen. Die zulässige Geschwindigkeit beträgt auf Hauptbahnen 100 km/h ...“

Natürlich steht dann kein Lotse zur Verfügung, der würde ja auch Geld kosten. Man beruft sich lieber auf Punkt (2). Die Güterzüge fahren in der Regel nur mit 100 Kilometern pro Stunde, bis auf einige wenige Ausnahmen. Da ein Güterzug aber bei einer Geschwindigkeit von 100 Kilometern pro Stunde einen Bremsweg von bis zu einem Kilometer hat, ist diese Regelung, die auch nur im Ausnahmefall greift, äußerst fragwürdig. Übersieht dann ein TF, der sich auf diese Regelung berufen muss, eine Signalstellung, kann es hier zu schweren Unfällen kommen. Verantwortlich ist dann wieder der TF, da es ihm auch hier zusteht, die Zugfahrt ohne Streckenkenntnis oder ohne Lotsen zu verweigern, wovon er aber aus Furcht vor dem Verlust der Arbeitsstelle kaum Gebrauch macht.

Wenn der Lokführer dann eine Strecke fährt, die er nicht kennt, wird er nicht bemerken, wenn er falsch geführt wird, das heißt, sollten Weichen den Zug in die falsche Richtung leiten. Der TF hat die Pflicht, bei einer Fehlleitung sofort zu halten und den zuständigen Fahrdienstleiter darüber in Kenntnis zu setzen. Bei einer Fehlleitung des Zuges ist dann die Strecke oft über Stunden blockiert. Es gibt wohl keinen Triebfahrzeugführer im Güterverkehr, der eine solche Fehlfahrt nicht erlebt hat.

Eine weitere Folgewirkung der Arbeitszeitüberschreitung und fehlenden Streckenkenntnis ist die falsche Bedienung der Sicherheitsfahrtschaltung, genannt Sifa. Der Lokführer muss diese alle 20 Sekunden bedienen, um sicherzustellen, dass er noch wach ist. Wird die Sifa nicht bedient, kommt es zu einer sogenannten Zwangsbremmung, das heißt, der Zug kommt unweigerlich zum Halten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ähnliches passiert, wenn der TF die Signalstellung nicht quittiert. Dann erfolgt durch induktive Zugsicherung, kurz Indusie, ebenfalls eine Zwangsbremmung und der Zug steht wieder. Die Zwangsbremmungen werden von einer Art Blackbox aufgezeichnet, die leider nur im Fall eines Unfalls ausgewertet wird. Kommt ein Zug durch genannte Gründe zum Stehen, dauert es je nach Zuggewicht bis zu 15 Minuten, bis die Fahrplangeschwindigkeit wieder erreicht wird. Dies bedeutet dann für die nachfolgenden Züge eine Verspätung.

Wir, meine Damen und Herren, können mit diesem Antrag dafür Sorge tragen, dass es zu wenigen Verspätungen im Bahnverkehr kommt, die Rechte der Lokführer gestärkt werden sowie ein deutliches Senken des Unfallrisikos erreicht werden kann. Und nicht zuletzt können dadurch auch Arbeitsplätze geschaffen werden, denn sollte der Antrag beschlossen werden, müssten die privaten EVU ihr Personal aufstocken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Birgit Schwebs, DIE LINKE:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Allgemeinen Eisenbahngesetz der Bundesrepublik heißt es im Paragrafen 5, der sich mit der Eisenbahnaufsicht beschäftigt, unter Punkt 1 a, und hier zitiere ich: „Für die Eisenbahnaufsicht und für Genehmigungen sind, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, zuständig ... der Bund“. Hier ist das Zitat zu Ende. Der Bund hat dazu das Eisenbahnbundesamt eingerichtet und dieses ist zuständig für Bahnen, für Eisenbahnen des Bundes, die ihren Sitz im Inland haben, auch für nichtbundeseigene Eisenbahnen mit Sitz im Inland, die aber ihre Eisenbahnstruktur bundesweit ausnutzen. Und im Punkt 1 b des Paragrafen 5 wird geregelt, dass jeweils die Länder, in denen die Eisenbahnverkehrsunternehmen ihren Sitz oder ihre Eisenbahninfrastruktur haben, für die Kontrolle zuständig sind.

Diese Zuständigkeiten können die Länder, wenn sie es so wollen, wenn sie es für zweckmäßig halten, an den Bund zurückgeben. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat diese Ausnahmeregelung genutzt und seine Zuständigkeit an das Eisenbahnbundesamt abgegeben, zum Beispiel, was die Kontrolle der Arbeitszeit und der Streckenkenntnisse betrifft, und ich bin der festen Überzeugung, dass die Beamten des Eisenbahnbundesamtes ihrer Aufgaben vorbildlich nachkommen werden.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Damit kann dieser Antrag in der Sache zurückgewiesen werden.

(Raimund Borrmann, NPD: Das ist aber nur die linke Auffassung.)

Hier gibt es nichts mehr zu regeln oder zu regulieren.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Zurückweisen möchte ich diesen Antrag namens der demokratischen Fraktionen aber aus einem anderen Grunde. Er unterstellt ...

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Sie können so laut schreien, wie Sie wollen, Herr Borrmann, das Mikrofon übertönt Sie trotzdem hier.

(Irene Müller, DIE LINKE: Der schreit doch nicht, der quietscht doch bloß. –  
Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Er unterstellt Probleme, die es so nicht gibt. Er bauscht sie auf und er präsentiert als einzigen Retter der Situation das ganz und gar uneigennützig politische Engagement der Nationaldemokraten. Natürlich, meine Damen und Herren, wir wissen es alle,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

es gibt Verspätungen im Güter- und Personenverkehr. Natürlich machen Bahnbeamte und Beschäftigte der privaten Eisenbahnunternehmen Fehler, weil sie unter Umständen zu lange arbeiten, weil sie vielleicht krank sind, auch weil sie manchmal die Strecke nicht kennen und in Aushilfssituationen so etwas passieren kann. Manchmal hat das kleine, manchmal hat das auch tragische Folgen. Aber was Sie hier tun, das ist, einen Generalverdacht zu formulieren, den Sie auch noch parlamentarisch bestätigt haben wollen, einen Generalverdacht gegen Beschäftigte der Bahn, gegen Bahnbetreiber, gegen die Aufsichtsbehörden und auch gegen die Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –  
Zurufe von Raimund Borrmann, NPD,  
und Udo Pastörs, NPD)

Die Absicht, meine Herren von der NPD-Fraktion, die dahinter steht, ist ganz leicht zu erkennen, und wir hören sie immer wieder hier von Ihnen. Die zuständigen Behörden werden von Ihnen infrage gestellt. Der sie tragende Staat wird verunglimpft. Sie schüren Ängste.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Sie verunsichern Bahnnutzer. Gesetzesübertritte werden von Ihnen als Regelzustände postuliert. Fehler werden als Normalzustand beschrieben. Sie verbreiten Unsicherheit und Sie nutzen Vorurteile aus.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und wiederum stellen Sie sich als Retter der Nation dar mit einfachen und klaren Lösungen.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Nur, meine Herren von der NPD-Fraktion, wieder einmal haben Sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Ich habe mich mit Beschäftigten zu diesem Problem unterhalten,

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

habe sie gefragt, wie sie dieses Problem beurteilen. Und eine Auffassung dazu, die mich als E-Mail erreichte, möchte ich stellvertretend für alle anderen an dieser Stelle zitieren. Sie kommt im Übrigen von einem Gewerkschafter aus der Transnet.

(Michael Andrejewski, NPD: Aus der LINKEN auch? – Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Ich zitiere: „Was die Nazis hier machen, ist gelinde gesagt eine Schweinerei, eine unglaubliche Schweinerei,“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

„vor allem gegenüber den Beschäftigten in diesen Betrieben,“

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ein Verbrechen.)

„denn diese Beschäftigten werden hier pauschal zu Tätern erklärt.“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Richtig.)

„Ich kenne einige davon und die sind hoch motiviert, arbeiten nach Weisung und halten sich konsequent an die gültigen Vorschriften. Würden die Kolleginnen und Kollegen dies nicht tun, würden sie ihre berufliche Existenz aufs Spiel setzen.“

(Stefan Köster, NPD: Das machen sie jeden Tag. – Raimund Borrman, NPD: Es lebe der Kapitalismus!)

Das Fazit, meine Damen und Herren: Niemand braucht diesen Antrag der NPD. Niemand will ihn unterstützen, nicht die Bahnkunden, nicht die Beschäftigten bei den Bahnen,

(Udo Pastörs, NPD: Na, wir schon.)

nicht die Behörden und nicht die Unternehmen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und dieser Landtag braucht ihn erst recht nicht.

(Raimund Borrman, NPD: Ich bin auch Bahnkunde.)

Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Stefan Köster,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vielen Dank, Frau Schwebs. Sie haben uns heute wieder einmal dargelegt, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern sich auch in diesem Punkt vollkommen aus der Verantwortung gezogen hat.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Schwebs hat genau das Gegenteil beschrieben.)

Und Sie haben ebenfalls dargelegt, wie in vielen anderen Bereichen auch, es sind nur Einzelfälle. Auch die Kindesmisshandlungen sind aus Ihrer Sicht ja nur Einzelfälle. Alles ist gut.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Aber das ist doch Infamie!)

Und wenn nicht, dann sind die Betroffenen an ihrer Situation zumindest teilweise selbst schuld. Das ist Ihre Auffassung.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das hat niemand gesagt. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sie können erzählen, was Sie wollen.)

Die Wirklichkeit spielt in Ihrem Handeln überhaupt keine Rolle mehr.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das verstehen Sie eh nicht.)

Sie sind nur sich selbst am nächsten und die anderen, das Volk, sind die störenden Gesellen, dem Sie nur rein zufällig angehören.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie können sich langsam was Neues einfallen lassen. – Jörg Heydorn, SPD: Legen Sie mal 'ne neue Platte auf!)

Wie ist denn die Wirklichkeit im Arbeitsleben der Zugführer in der Privatwirtschaft? Ich habe erst heute Morgen noch mit einem gesprochen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Da musste ein Zugführer aus Mecklenburg-Vorpommern eine Tour nach Süddeutschland übernehmen, die Strecke kannte er nicht und wie es üblich ist, hat er einen Lotsen beantragt. Sein Arbeitgeber hat einen anderen Zugführer, der ebenfalls die Strecke nicht kannte, beauftragt, du übernimmst die Route, ansonsten kannst du dir einen neuen Arbeitgeber aussuchen. Und gerade dieses Verfahren, so hat mir der Zugführer bestätigt, ist die Regel mittlerweile. Es werden auf den Knochen der Arbeitnehmer – und die Gewerkschaften sind mittlerweile leider Teil des Systems – Mechanismen erzeugt, wo am Ende die, die es auszuführen haben, die Schuldigen und die Leidtragenden sind.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und, Frau Schwebs, ich danke Ihnen, dass Sie noch mal Ihre Haltung dazu heute hier bestätigt haben. Sie haben bestätigt, dass DIE LINKE, die angeblich den demokratischen Sozialismus anstrebt, mittendrin im Kapitalismus angekommen ist und stellenweise viel schlimmer ist als die Arbeitgeber. Sie sind Teil des Systems und unsere Fraktion beantragt die namentliche Abstimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das überrascht uns jetzt aber gar nicht.)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke, Herr Abgeordneter.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1064. Gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung hat die Fraktion der NPD zur Drucksache 5/1064 namentliche Abstimmung beantragt.

Wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat und sich beteiligen möchte? – Das ist nicht der Fall.

Dann schließe ich die Abstimmung, unterbreche die Sitzung für zwei Minuten und bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

**Unterbrechung: 13.53 Uhr**

**Wiederbeginn: 13.54 Uhr**

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. An der Abstimmung haben insgesamt 51 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 6 Abgeordnete, mit Nein stimmten 45 Abgeordnete. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1064 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 33:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – SGB II ändern und Widersprüchen sowie Anfechtungsklagen aufschiebende Wirkung verleihen, auf der Drucksache 5/1065.

**Antrag der Fraktion der NPD:  
SGB II ändern und Widersprüchen  
sowie Anfechtungsklagen  
aufschiebende Wirkung verleihen  
– Drucksache 5/1065 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Michael Andrejewski, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht notwendig, verzweifelt nach Themen zu suchen, um mit genug Anträgen in der Tagesordnung vertreten zu sein, bis hin zu Forderungen nach Bushaltestellen in Schlossnähe. Es gibt doch das SGB II, die rechtliche Grundlage von Hartz IV. Dieses Paragrafenwerk ist nicht nur eine einzige große Gemeinschaft, es besteht auch aus lauter einzelnen Gemeinschaften, ein Mosaik sozusagen. Behandeln Sie davon in jeder Plenarwoche eine, reicht das für eine ganze Weile und dann können Sie zu anderen Gesetzestexten wechseln, die vergleichbar übel sind.

(Reinhard Dankert, SPD: Das bei sechs Abgeordneten, das wird manchmal eng.)

Davon gibt es in dieser großartigen Republik jede Menge.

Heute wollen wir uns mit einer besonders tückischen Vorschrift befassen, die gut versteckt in den Tiefen des SGB II zu finden ist und die für die schlimmsten Ungerechtigkeiten sorgt. So bestimmt Paragraph 39 SGB II, dass Widerspruch und Anfechtungsklage gegen einen Verwaltungsakt, der über Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende entscheidet, keine aufschiebende Wirkung haben. Das klingt sehr abstrakt, hat aber äußerst unangenehme Auswirkungen. Jeder Unsinn, den die zuständige Sozialbehörde beschließt, wirkt sofort und unter Umständen monatelang gegen die Leistungsbezieher. Viele Bescheide sind haarsträubend falsch.

Ein Beispiel: Mein Wahlkreismitarbeiter, der Stralsunder NPD-Kreisvorsitzende Dirk Ahrens, der den Abgeordneten Bluhm so schockiert hat, indem er die schreckliche

Äußerung tat, das deutsche Volk möge doch in Gesundheit weiterexistieren, dieser böse Rassist nach linken Maßstäben bekam gleichsam zur Strafe von der Arge Stralsund ein Anhörungsschreiben, in dem ihm eröffnet wurde, ein Datenabgleich habe ergeben, dass er vom 13.10. bis zum 31.12.2006 Einkommen aus einer Beschäftigung bei einer Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit erzielt habe.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Das wird Sie vielleicht versöhnen, Herr Präsident. Dazu habe er sich im Rahmen seiner Mitwirkungspflicht zu äußern,

(Torsten Koplín, DIE LINKE: Sehr erheiternd.)

da sonst nicht darüber entschieden werden könne, ob und in welcher Höhe ihm für den oben genannten Zeitraum Leistungen zugestanden hätten. Dieses Behördenschreiben lag in zweifacher Weise leicht neben der Wirklichkeit. Erstens bezog er in diesem Zeitraum keinerlei Leistungen, sodass es die Arge gar nichts anging, wo er wie viel verdiente, und zweitens war er nicht direkt für eine Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit tätig, sondern für die NPD, was nicht ganz dasselbe ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wie Sie sehen, kann selbst ein NPD-Funktionär gelegentlich zu Unrecht beschuldigt werden. Das werden sogar unsere größten Feinde zugeben. Wie kann ein solcher Unfug zustande kommen? Ein Datenabgleich führte zu diesen Ergebnissen. Vielleicht hat sich der Computer gesagt, Ahrens ist ein deutscher Name, dessen Träger für Andrejewski arbeitet, was ein polnischer Name ist.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Das kann nur deutsch-polnische Zusammenarbeit sein. Das haben sie sich vielleicht gesagt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Ihnen ist ja jetzt aufgefallen, dass der Name Andrejewski polnischer Herkunft ist. Einige haben mir vorgeworfen, der Name wäre nicht arischer Herkunft. Ich muss sagen, das Schloss ist ein seltsamer Ort. Hier dürfen Sie keine Thor-Steinar-Klamotten tragen, aber einen Ariernachweis müssen Sie bringen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Im Übrigen werden Ihnen meine polnischen Vorfahren auch nicht gefallen, denn einer von denen war dabei im Heer von Jan Sobieski 1683 und hat Wien gegen die Türken verteidigt, während vielleicht ein Vorfahre von Herrn Müller von der SPD, der daneben stand, gesagt hat, toll, dass die Türken hier so viel investieren.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Sie wollen unsere Grundstücke und unsere Wohnungen und die multikulturelle Gesellschaft funktionieren hervoragend.

Aber zum Thema zurück. Wie kann ein solch haarsträubendes Behördenschreiben zustande kommen? Vielleicht ist die ganze EDV untauglich, was für E-Government nichts Gutes erwarten lässt. Nun kann Dirk Ahrens darüber lachen, wenn er demnächst einen Bescheid

bekommt mit dem Inhalt, er solle Leistungen zurückerstatten, die er nie erhalten hat. Ja, da können die lange fordern. Wäre er aber noch Hartz-IV-Empfänger und erhielte genau so einen unberechtigten Bescheid, indem eine Sanktion verhängt wird, eine Leistungskürzung um ein Drittel oder gar um 100 Prozent wegen eines Fehlverhaltens, das sich eine durchgedrehte Software zusammenfantasiert hat, was könnte er dann machen?

(Vizepräsident Hans Kreher  
übernimmt den Vorsitz.)

Er könnte Widerspruch einlegen, der aber keine aufschiebende Wirkung hat, und das ist ein Schock für die Leute, denn es ist mittlerweile als Allgemeinwissen durchgesickert, dass wenn man Widerspruch einlegt, erst mal Ruhe ist. Die prüfen dann, was man an Argumenten zu sagen hatte, und man hat Ruhe. Die Leute denken dann, es passiert ja nichts. Und dann kommen am Ersten die Leistungen nicht. Die wissen überhaupt nicht, dass das so ist, bis sie es zum ersten Mal spüren. Und da kann ich Ihnen sagen, da bricht Panik aus in den Familien, wenn kein Geld da ist. Sie können das Widerspruchsverfahren abwarten, aber das kann Monate dauern. Eine Klage kann Jahre dauern und hat auch keine aufschiebende Wirkung.

Das sogenannte einstweilige Rechtsschutzverfahren kann sich mittlerweile auch über Monate erstrecken, ohne in irgendeiner Weise dazu einen Anlass gegeben zu haben. Nur infolge von Behördenunfähigkeit oder gar Willkür kann ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger gezwungen sein, monatelang mit zwei Dritteln des Regelsatzes auszukommen. Zwar glaubt das Bundessozialgericht in ständiger Rechtsprechung, dass zwei Drittel zum Überleben reichen würden, das restliche Drittel sei eine Art Luxus und soll eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Da kann man nur bedauern, dass ein Jahr mit Hartz IV nicht zu den Einstellungs Voraussetzungen für Sozialrichter gehört, besonders für Bundessozialrichter. Das würde sie vielleicht von Wolke sieben holen, auf der sie dahinschweben.

Noch viel verheerender ist natürlich eine Leistungskürzung um 100 Prozent. Das kann bedeuten, dass Familien nichts zu essen haben, zumal die Gemeinden, wie es das Gesetz will, in solchen Fällen Sachleistungen erbringen können, aber nicht müssen. Nicht überall ist eine Tafel. Die Anklamer Tafel zum Beispiel nützt ihnen gar nichts, wenn sie irgendwo in Miedow wohnen und sie nicht das Geld für den Bus haben. Zumindest werden die Betroffenen aber großen Ärger mit ihren Vermietern, Energieversorgern und Banken haben, wenn die Überweisungen nicht funktionieren.

Dieser Schaden ist nicht wiedergutzumachen, auch wenn die Leistungen schließlich angewiesen werden, wenn sie irgendwann ihren Fehler gesehen haben. Wie oft geschehen solche Fehler? Über 20 Prozent der Widersprüche und Klagen sind erfolgreich, dabei gehen noch längst nicht alle Betroffenen vor Gericht. Und was sind die Folgen? Behördenversagen dieser Art kann in labilen Familien den Ausschlag zum Zusammenbruch des geordneten Zusammenlebens geben. Und wenn das Jugendamt dann genauso versagt, kann das durchaus zu weiteren Tragödien und vernachlässigten Kindern führen. Das passiert nicht nur in armen Familien, das ist richtig, aber Armut ist ein Beschleuniger.

Aus welchem Grund lässt man das alles zu? Grundsätzlich haben Widersprüche aufschiebende Wirkung,

und das nicht nur zum Spaß, das hat ja seinen Sinn. Die Behörde kann während des Widerspruchsverfahrens die Richtigkeit ihres Handelns überprüfen, etwa eine Abrissverfügung im Bauwesen, und wenn sie festgestellt hat, dass die Verfügung rechtswidrig war, steht das Haus erfreulicherweise noch und es ist nichts Unwiderrufliches angerichtet worden. Das sollte auf dem sozialen Sektor auch nicht zugelassen werden. Was wäre so schlimm daran, wenn Widersprüche und Anfechtungsklagen bei Leistungen der Grundsicherung aufschiebende Wirkung hätten?

Um einen Einwand vorwegzunehmen, den vielleicht schon jemand vorbereitet hat: Bei Bescheiden, die Anträge auf Gewährung von Leistungen ablehnen, würde eine aufschiebende Wirkung in der Tat nichts bewirken. Wenn der ablehnende Bescheid in seiner Wirkung gehemmt wird, bringt das den Antragsteller der begehrten Leistungen nicht näher, das ist richtig, aber bei Sanktionen doch. Und bei Sanktionen von rein belastenden Verwaltungsakten würde ein Leistungsbezieher, der diese durch sein Verhalten verdient hätte, was es auch gibt, später nach Ablauf des Widerspruchs- und Klageverfahrens bestraft werden. Das ist immer noch besser, als wenn Unschuldige bestraft und nach Monaten vielleicht rehabilitiert werden, wenn ihre Existenz vielleicht schon irreparabel zugrunde gerichtet ist.

Zudem ist die Rechtslage in dieser Hinsicht auch nicht einheitlich. Widersprüche gegen Aufrechnungsbescheide haben nämlich aufschiebende Wirkung. Das geht komischerweise. Zaubert die Behörde plötzlich Ansprüche gegen den Erwerbslosen aus dem Hut und will diese gegen laufende Leistungen aufrechnen, was in dem betreffenden Monat auch auf eine Kürzung hinausliefere oder vielleicht sogar auf eine Nichtleistung über Monate hinweg, dann lässt sich das mit einem Widerspruch aufhalten. Warum ist das nicht bei Sanktionen möglich? Weil man die Hartz-IV-Bezieher in ständiger Furcht halten will? Weil das der Zweck von Hartz IV ist, Druck auszuüben und Unsicherheit zu verbreiten?

So wünschenswert eine Erhöhung der Regelsätze wäre, die jetzt diskutiert wird, noch wichtiger sind Rechtsicherheit und ein Ende der Willkür bei Strafmaßnahmen. Deshalb muss das SGB II in dieser Hinsicht schleunigst geändert werden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rüks von der Fraktion der CDU.

**Günter Rüks, CDU:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Paragraph 39 SGB II ist geregelt, dass Widersprüche oder Anfechtungsklagen gegen einen Verwaltungsakt, der über Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende entscheidet oder den Übergang eines Anspruchs bewirkt, keine aufschiebende Wirkung haben. Mit dem Wegfall der aufschiebenden Wirkung soll verhindert werden, dass der Leistungsträger dem Hilfebedürftigen weiterhin streitige Leistungen gewähren muss, obwohl bereits bekannt ist, dass vermutlich kein Anspruch mehr auf diese Leistungen besteht.

(Raimund Borrmann, NPD: Vermutlich.)

Denn das hätte zur Folge, dass die spätere Rückforderung nicht mehr durchsetzbar wäre, da der Hilfebedürftige über diese Leistungen bereits verfügt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Regelungen des Paragraphen 39 SGB II stellen eine Abweichung von dem Grundsatz nach Paragraph 86a Sozialgerichtsgesetz dar, dass Widerspruch und Anfechtungsklage eine aufschiebende Wirkung zukommt. Diese Ausnahme bedeutet unbestritten eine belastende Wirkung für den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, auch wenn sich die Ausnahme innerhalb gesetzlich festgelegter Grenzen bewegen muss. Der Gesetzeswortlaut bezieht sich nach dem normalen Sprachgebrauch nur auf Hilfen, die dem Arbeitslosen gewährt werden. Die Gesetzesbegründung zu Paragraph 39 SGB II gibt hierzu auch keine Interpretationshilfe, da dort lediglich der Gesetzestext ohne weitere Hinweise wiedergegeben ist.

Die Auslegung des Paragraphen 39 SGB II, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist deshalb hinsichtlich der Einbeziehung von Aufhebungs- und Rückforderungsbescheiden in der Rechtsprechung und den Kommentaren sehr umstritten. Der Wegfall der aufschiebenden Wirkung „dem Grunde nach“ ist jedoch nicht streitig, da die sofortige Vollziehung, zum Beispiel die Leistungseinstellung zur Vermeidung von ungerechtfertigten Überzahlungen, im öffentlichen Interesse liegt. Insofern ist eine generelle Neuregelung des Paragraphen 39 SGB II nicht erforderlich. Ich empfehle daher die Ablehnung des vorgelegten Antrages.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU – Udo Pastörs, NPD:  
Sehr billig, was Sie da vorgetragen haben.  
Sehr billig. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Rühs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

**Michael Andrejewski,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstens frage ich mich, wozu hier überhaupt Debatten stattfinden, wenn Sie sowieso nicht darauf achten, was wir zur Begründung sagen, sondern einfach vorbereitete Texte ablesen.

(Reinhard Dankert, SPD:  
Ihr Text war nicht vorbereitet.)

Das führt dann dazu, dass man sagt: Dieser NPD-Antrag kam nur deswegen zustande, weil der Intelligenteste von der NPD Peter Marx in Niedersachsen ist und Wahlkampf macht, während er da vorne sitzt.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Es ist genau das Gleiche. Vielleicht schauen Sie mal, wo ist denn eigentlich der Intelligenteste von Ihnen? Das lässt sich ja hier überhaupt nicht unterscheiden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Zu dem vorbereiteten Text:

(Volker Schlotmann, SPD: Herr Andrejewski nach 36 Semestern Jura sind wir alle intelligent.)

Ich habe vielleicht länger studiert als Ihr Freund Herr Lange,

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

aber ich habe meinen Laptop noch. Ich habe ihn nie verpfändet.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Irene Müller, DIE LINKE)

Das möchte ich hier mal sagen. Der hätte sich vielleicht an mir ein Beispiel nehmen sollen.

Zu dem vorbereiteten Text:

Erstens.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Einer reicht nicht.

(Irene Müller, DIE LINKE: Völlig sinnlos.)

Nein, ich habe studiert.

(Irene Müller, DIE LINKE: Versucht, versucht.)

Ich war beschäftigt. Ich war beschäftigt. Ich war beschäftigt.

(Reinhard Dankert, SPD: Hauptsache Sie haben Ihren Laptop nicht verpfändet. Es kann ja sein, dass Sie bar bezahlen.)

Nein, ich war da auch nicht. Nein, nein, nein! Das tue ich nicht.

Es würde keinem höherrangigen Recht widersprechen, wenn man den Widersprüchen in diesen Fällen aufschiebende Wirkung verleihe. Es wäre nicht grundgesetzwidrig, das könnte man machen. Es ist eine Abwägung zwischen den Belangen des Staates. Er könnte einem Nichtberechtigten, der sich wirklich Leistungen ergaunert, Leistungen geben und könnte sie vielleicht nicht zurückbekommen. Aber auf der anderen Seite könnten Ungerechtigkeiten vermieden werden, denn die 20 Prozent erfolgreicher Widersprüche und Klagen zeigen, dass die Behörden häufig auf dem falschen Dampfer sind. Ich meine, Ungerechtigkeit gegenüber unschuldigen Opfern wiegt höher, als dass der Staat vielleicht ein paar Hundert Euro verliert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben keine Ahnung. Sie haben keine Ahnung.)

Aus meiner Sicht jedenfalls, aus Ihrer nicht. Aber darin unterscheiden wir uns grundsätzlich.

Ansonsten gebe ich noch eine kleine Vorschau aufs nächste Jahr, auf eine andere haarsträubende Ungerechtigkeit.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Können Sie mir mal erklären, warum es so ist? Ein erwerbsfähiger Hartz-IV-Empfänger bekommt als Schonvermögen 150 Euro pro Jahr,

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

maximal 9.000 Euro.

(Udo Pastörs, NPD: Das Soziale interessiert Sie doch gar nicht, Herr Roof.)

Lassen wir ihn 50 Jahre sein, dann hat er 7.500 Euro Schonvermögen, dann erkrankt er und ist nicht mehr erwerbsfähig, dann bekommt er keine SGB-II-, sondern

SGB-XII-Leistungen. Er schreibt seinen Antrag. Und was wird ihm dort gesagt? Sie dürfen nur 2.600 Euro Schonvermögen haben.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Warum ist das so? Leben Sie erst einmal von den 5.000 Euro, die Sie angeblich überhaben. Warum ist das so, wenn das Schonvermögen einem würdigen Leben dienen soll? Haben Erwerbsunfähige weniger Würde? Haben sie weniger Anspruch auf Geld? Wo bleibt da die Gleichbehandlung? Wo liegt da der Sinn? Das ist eine haarsträubende Diskriminierung von älteren Menschen, auch dass nicht widersprochen wird von einer Partei, die sich hier ständig dafür einsetzt, das Altenparlament ernst zu nehmen. Es ist eine haarsträubende Diskriminierung von erwerbsunfähigen und kranken Menschen. Und wer krank wird, wird erst einmal bestraft, 5.000 Euro Schonvermögen weg.

Sie haben jetzt einmal, da Ihnen ja offenbar nichts einfällt, wenn wir den Antrag eine Woche vorher abgeben, über Weihnachten Zeit, darüber nachzudenken, denn das zu ändern, wird einer unserer nächsten Sozialanträge sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Andrejewski.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache ...

(Zuruf aus der Fraktion der NPD: Halt! Halt! Herr Andrejewski wollte eine namentliche Abstimmung beantragen. – Michael Andrejewski, NPD: Ich wollte im Namen meiner Fraktion eine namentliche Abstimmung beantragen. – Volker Schlotmann, SPD: Die Rede war beendet. – Dr. Armin Jäger, CDU: Die Aussprache ist geschlossen. Jetzt geht's nicht mehr.)

Meine Damen und Herren, ich hatte gerade damit begonnen, zu sagen: „Wir kommen zur Abstimmung“. In dem Moment riefen Sie dazwischen. Jetzt ist es zu spät, dann müssen Sie sich das früher überlegen.

(Michael Andrejewski, NPD: Gut, nächstes Jahr. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1065. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. –

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:  
Schreiben Sie schnell mit!)

Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/1065 bei Zustimmung der NPD sowie Ablehnung der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU und FDP abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die Fraktion der FDP hat Beratungsbedarf angemeldet. Ich unterbreche die Sitzung für 20 Minuten.

**Unterbrechung: 14.12 Uhr**

**Wiederbeginn: 14.35 Uhr**

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Zufahrt des Nothafens Darßer Ort unverzüglich ausbaggern, Drucksache 5/1117. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/1148 vor.

**Antrag der Fraktion der FDP:  
Zufahrt des Nothafens Darßer Ort  
unverzüglich ausbaggern  
– Drucksache 5/1117 –**

**Änderungsantrag der Fraktionen  
der SPD und CDU  
– Drucksache 5/1148 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete der FDP Herr Roof. Herr Roof, Sie haben das Wort.

**Michael Roof,** FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Letztes in diesem Jahr wenden wir uns einem Thema zu, das ein allgemeines Sicherheitsbedürfnis in diesem Land ist. Diese Formulierung habe ich aus Ihrem Änderungsantrag, aus dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen der SPD und CDU übernommen, weil ich glaube, es trifft den Nagel wirklich auf den Kopf.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und ich sage das an dieser Stelle ganz deutlich: Ich bin Ihnen, liebe Kollegen von der CDU und von der SPD, sehr dankbar, dass Sie die Kraft gehabt haben, diesen Dringlichkeitsantrag zu einem ordentlichen Antrag hier zu machen, dass wir gemeinsam die Kraft finden, zu diesem Antrag in aller Ruhe und in aller Sachlichkeit zu sprechen, und wir, so denke ich, eine vernünftige Lösung für das Land, eine vernünftige Entscheidung treffen können.

Der Darßer Ort beschäftigt uns seit vielen Monaten. Viele Emotionen sind hochgekommen, viele Diskussionen fanden statt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wir haben permanent versucht, dieses Thema hier zu thematisieren und haben es bis zum heutigen Tage nicht geschafft, eine gemeinsame Gesprächsgrundlage oder eine gemeinsame Beschlussgrundlage zu erarbeiten. Heute haben wir hier die Chance – und da bin ich auch ein bisschen stolz auf die Arbeit unserer Fraktion –, auf der Grundlage der Beharrlichkeit und womöglich sogar der Penetranz, so sehen es womöglich einige, an diesem Thema noch einmal Hand anlegen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Ich bin auch Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, und Ihnen, sehr geehrter Herr Ebnet, dankbar, dass Sie sich diesem Thema hier im Parlament heute noch einmal zuwenden, denn es ist für uns, glaube ich, von ganz entscheidender Bedeutung, dass wir ein gemeinsames Signal für die allgemeinen Sicherheitsbedürfnisse in diesem Land setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir befinden uns mit unserem Antrag in dem Spannungsfeld zwischen dem, was in der Überschrift steht, nämlich „Zufahrt des Nothafens Darßer Ort unverzüglich ausbaggern“. Ich erspare mir als Nichtjurist hier mit Ihnen eine

Diskussion über die Begrifflichkeit „Unverzüglichkeit“, denn ich nehme auch an dieser Stelle wieder Ihre Argumentation aus Ihrem Änderungsantrag, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, gern mit heraus, damit Sie sehen, dass wir ein allgemeines Sicherheitsbedürfnis haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Und wenn Sie das genauso sehen, definieren Sie „Unverzüglichkeit“, denke ich, wie wir, nämlich in der Bedeutung: unverzüglich und ohne irgendetwas auf die lange Bank zu schieben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Wir haben von Ihnen heute einen Änderungsantrag bekommen, der teilweise lediglich redaktionell ist, aber auch in einigen Bereichen Veränderungen in unseren Antrag einbringt, die uns Bauchschmerzen bereiten. Das sage ich ganz offen. Aber weil ich sehe und weil wir als Liberale erkennen, welche Hürde Sie genommen haben – und ich gucke wieder genau in die Mitte –, dass wir heute überhaupt diese Chance haben, darüber abschließend beraten zu können, sage ich an dieser Stelle, wir werden das, was Sie als Änderungsantrag hier eingebracht haben, eins zu eins so übernehmen und können uns diesem so anschließen, auch wenn Fragen bleiben. Aber wir werden es so übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Es bleibt mir an dieser Stelle wirklich noch einmal klar und deutlich zu sagen, dass es nicht um die Bedienung und nicht um die Besetzung von irgendwelchen Lobbytätigkeiten gegangen ist. Es geht um die allgemeinen Sicherheitsbedürfnisse in diesem Land, für die wir hier verantwortlich sind. Ich freue mich über die Diskussion. Ich habe darüber gesprochen, dass wir Ihren Änderungsantrag so übernehmen werden, und ich hoffe, wir schaffen es dann heute auch noch beizeiten, Feierabend zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Roof.

Meine Damen und Herren, es ist eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Minister für Verkehr, Bauentwicklung und Landentwicklung,

(allgemeine Heiterkeit)

und Landesentwicklung, Herr Dr. Ebnet. Herr Dr. Ebnet, Sie haben das Wort.

(Heike Polzin, SPD: Der Minister für alle Fälle.)

Es ist doch schön, wenn man sich ab und zu mal verspricht.

(Heike Polzin, SPD: Sie haben noch vier Jahre. – Volker Schlotmann, SPD: Das hat Gott sei Dank keiner gehört.)

**Minister Dr. Otto Ebnet:** Wir üben also immer noch.

Herr Roof, ich denke, das ist jetzt ein guter Weg, hier eine Gemeinsamkeit zu erzielen. Und ich glaube, wir sollten mal vorwegschicken, dass jede Hilfe eine Sicherheit ist und wir das Maximale für die Sicherheit tun werden. Das muss man dem anderen auch zugutehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

Es gab vor allem Differenzen wegen der Dringlichkeit, wegen der Nervosität, die hier reingekommen ist, und ich denke, wir sind jetzt so weit, dass wir Land sehen.

Gestern Abend hat sich der Gemeinderat in Prerow erneut mit der Materie des Alternativhafens befasst. Nach den Berichten, die ich habe, sieht es gut aus. Ich zitiere aus der „Ostsee-Zeitung“ vom 11.12.2007: „Der Hafenbau sei mit dem Votum nicht vom Tisch, stellt Bürgermeister Hans-Joachim Schumann ... klar. Der positive Beschluss von 2006 für den Bau eines neuen Sporthafens habe Bestand.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

In der Bürgerbefragung ist der Standort Hohe Düne durchgefallen. Nach dem, was mir berichtet wurde, wird nun beabsichtigt, die Bürger erneut zu befragen, ihnen zwei Häfen zur Auswahl, zwei Hafenstandorte zur Auswahl vorzustellen. Sie entscheiden sich entweder für den einen oder für den anderen oder sie beteiligen sich nicht. Damit kommen wir der Lösung näher. Nach meinen Informationen ist der Zeitplan so, dass die Bürgerbefragung etwa im Februar stattfinden soll und auch stattfinden kann. Dann wissen wir mehr, dann haben wir mehr Sicherheit und dann steht auch fest, wie die konkrete Lösung aussehen wird.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Dann überweisen wir das Ding in den Ausschuss.)

Was in der Vergangenheit leider zu manchen Missverständnissen geführt hat, war die Argumentation der FDP. Herr Roof, ich muss Sie leider darauf hinweisen, die Argumentation war ja, es sei so dringlich wegen der Herbststürme, die jetzt kämen, und wegen der Unfallgefahr in der Kadetrinne. Und Herr Leonhard hat in seinen Ausführungen, jetzt ist er gerade nicht zu sehen, hier auch eine Seekarte gezeigt und darauf hingewiesen, dass sich die regelmäßigen Unfälle in diesem Bereich der Kadetrinne, wie er gesagt hat, befinden. „Die Fahrzeit“ – ich zitiere ihn jetzt wörtlich – „erhöht sich von derzeit 30 Minuten vom Standort Barhöft auf 1,5 bis 2 Stunden, um das nur mal in Relation zu setzen.“ Und die Kadetrinne hatte dann zu mancher Bewährung und zu Missverständnissen geführt. Diese Argumentation war es.

Es sind in der Landesregierung gründliche Leute. Sie arbeiten gründlich und das Innenministerium hat sich aus diesem Grund mit Schreiben vom 19. Januar bereits an das Havariekommando gewandt wegen des Themas Kadetrinne, an das Havariekommando in Cuxhaven als gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer. Und das Havariekommando hat am 22.03.2007 zur Sicherheit der Seewege nach Schließung des Nothafens Darßer Ort Folgendes geantwortet. Ich zitiere jetzt einen Teil aus dem Schreiben, nicht das ganze Schreiben. Das Havariekommando schreibt:

„Der Hafen Darßer Ort wurde in dem Gesamtkonzept der maritimen Notfallvorsorge durch die Vorhaltung eines Seenotkreuzers der DGzRS an diesem Standort genutzt. Der Seenotkreuzer dient unter anderem auch für den Transport von Brandbekämpfungs- und Verletztenversorgungsteams nach See. Für andere Fahrzeuge (zum Beispiel Mehrzweckschiffe) oder auch als Nothafen für mögliche Havaristen kommt der Hafen Darßer Ort aufgrund der geringen Tiefe in der Zufahrt nicht in Betracht. Durch die Verlegung des Seenotkreuzers an einen ande-

ren strategisch günstigen Standort sind die Standards in der maritimen Notfallvorsorge weiterhin gewährleistet. Die Nähe der Kadetrinne ist ebenfalls nicht als ausschlaggebend anzusehen, da durch das Präsenzkonzept der Bundesressorts sichergestellt ist, dass sich ein Bundesfahrzeug (Zoll, BLE, BP, WSV) in diesem Bereich aufhält. Somit wäre aus Sicht des Havariekommandos für den Bereich der maritimen Notfallvorsorge im Gesamtkonzept keine zwingende Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung des Standortes Darßer Ort gegeben.“

Das sind klare und deutliche Aussagen, meine Damen und Herren.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Dann verstehe ich aber den Änderungsantrag nicht. Baggern wir doch? – Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Allerdings wurden weder in Ihrer Begründung noch vom Havariekommando die Segler genannt, sie sind aber auch im Winter kein Thema. Und ich denke, der jetzige Änderungsantrag lässt genug Spielraum, um den Sicherheitsbedenken dann auch Rechnung zu tragen.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:  
Na, das ist aber eine Kehrtwendung.)

Eine Baggerung, die der Beginn einer unendlichen weiteren Serie von Ausbaggerungen wäre, macht keinen Sinn.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Wenn damit aber eine kurze Frist für die Lösung unseres Problems geschaffen werden soll,

(Birgit Schwebs, DIE LINKE:  
Wieder mal die letzte.)

dann ist das ein anderes Thema, und über das lässt sich reden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU und FDP)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Stein von der CDU.

**Peter Stein,** CDU: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach dem Spiel ist vor dem Spiel und uns hat es natürlich nicht gewundert, dass die FDP den Dringlichkeitsantrag hier vorgelegt hat.

(Birgit Schwebs, DIE LINKE: Es hat mich nur gewundert, dass die CDU dem wieder zugestimmt hat.)

Wir haben geradezu darauf gewartet.

Der Darßer Nothafen hat eine ewig lange Vorgeschichte und deshalb haben wir uns gestern dieser Dringlichkeit auch gern angeschlossen, weil wir hier endlich zu einem Punkt kommen wollten. Das ist nun heute möglich.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Für Ihre Einbringungsrede, Herr Roolf, bedanke ich mich ganz herzlich, dass das offensichtlich mit einer satten demokratischen Mehrheit erfolgen kann.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der CDU und FDP)

Der größte Feind des Guten ist immer das Provisorium und ich glaube, von so einem reden wir derzeit. Das Wirt-

schaftsministerium, korrigieren Sie mich, Herr Seidel, hat, soweit ich weiß, bis zu 17 Millionen Euro Förderung in Aussicht gestellt für den Ersatzbau eines vernünftigen Hafenkongzeptes.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Das Verkehrsministerium legt jetzt die verbindliche Zusage der einmaligen Baggerung noch obendrauf. Das ist wirklich ein Paket, mit dem man die Verantwortlichen vor Ort, die Kommunalen auf Darß und Zingst, guten Gewissens ins Rennen schicken kann, für eine Lösung vor Ort zu sorgen.

Ich denke, wir können unter diesen Rahmenbedingungen eine verantwortliche Lösung vor Ort einfordern in Prerow, auf dem Darß oder auch in Zingst. Wir haben den Fokus aus Gründen des bekannten Bürgerentscheids in diesem Antrag auch wirklich über Prerow hinaus erweitert auf Darß und Zingst. Das ist noch einmal notwendig gewesen, um einfach festzustellen, wir wollen hier nicht eine einseitige Förderung, ein bestimmtes Projekt, sondern wir wollen von den Kommunalen vor Ort ein Ergebnis vorgebracht bekommen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und dieses eine Ergebnis muss dann mit allem, was uns zur Verfügung steht, mit allen demokratischen Kräften, auch mit allen demokratischen kommunalen Kräften entschieden und getragen werden. Und ich hätte die Kollegen der FDP von hier aus auch herzlich gebeten, genauso zu handeln, wie sie es angekündigt haben. Von daher kann ich mir die Bitte ersparen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Es ist ein gemeinsames verantwortliches Handeln, was hier zu erkennen ist.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Darüber haben wir uns noch gestritten, ne, Frau Keler? – Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Der wachsende Seeverkehr, sowohl gewerblich als auch sportlich, zwingt uns dazu, auf die Seesicherheit ganz besonders zu achten,

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

und Sie merken, Herr Roolf, die Trümmertruppe der CDU ist tatsächlich, selbst, wenn Sie es in der Finanzpolitik gestern anders dargestellt haben, zur Sachpolitik immer in der Lage, vernünftige Lösungen gemeinsam miteinander zu tragen.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:  
Das ist unvernünftig, was Sie machen.)

Ich freue mich und stelle eindeutig fest,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,  
und Irene Müller, DIE LINKE)

dass wir in guter Ausschuss- und Arbeitskreisarbeit miteinander reden

(Irene Müller, DIE LINKE:  
So, so, das ist ja eigentümlich.)

und auch gute Lösungen zustande kommen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Und diejenigen, die sich der Arbeit versperren, brauchen auch hier nicht ans Pult zu gehen und noch irgendeinen Kommentar dazu abzugeben.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Volker Schlotmann, SPD:

Man soll nicht übertreiben, das ist nicht gut.)

Abschließend möchte ich das, was die CDU immer in den letzten Jahren, auch in den letzten Legislaturen vertreten hat, noch einmal unterstreichen und ankündigen, dass die CDU im kommenden Jahr eine Konferenz zur Seesicherheit durchführen wird.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Oh!)

Wir freuen uns auf die Ergebnisse,

(Unruhe bei Abgeordneten

der Fraktion DIE LINKE –

Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

auf den Austausch mit den Fachleuten in diesem Punkt, und ich denke, damit haben wir einen guten Weg gefunden.

(Heike Polzin, SPD: Da würde sich bestimmt Herr Thomas über eine Einladung freuen.)

Ich wünsche Ihnen noch eine gute Debatte. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Stein.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf von Minister Erwin Sellering)

**Birgit Schwebs,** DIE LINKE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was hat sich eigentlich seit der letzten Aktuellen Stunde und dem letzten Dringlichkeitsantrag zum Nothafen Darßer Ort geändert,

(Volker Schlotmann, SPD: Das Wetter.)

dass uns hier ein Antrag und ein Änderungsantrag dazu vorgelegt werden?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der Volksentscheid ist für Sie nicht wichtig?)

Ich finde, es hat sich nichts geändert. Der Bürgerentscheid hat nur den Standort abgelehnt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, richtig.)

ansonsten hat sich nichts geändert.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion

DIE LINKE – Dr. Armin Jäger, CDU:

Ja, wir brauchen einen Standort. Sollen wir bei Ihnen in den Vorgarten gehen oder was?)

Nach wie vor sind erstens die Kommunen und zweitens das Wirtschaftsministerium am Zug. Daran ändert der Bürgerentscheid in Prerow gar nichts. Und es wird sicherlich nicht der letzte Bürgerentscheid zu diesem Thema sein und das ist gut so.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren von der FDP, damit hier keine falschen Vorstellungen aufkommen, möchte ich an dieser Stelle noch einmal klar sagen: DIE LINKE ist für einen touristischen oder einen Sportboothafen auf dem Darß, der auch als Nothafen genutzt werden kann.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Hierzu sind aber kommunale Entscheidungen notwendig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wir sind ganz klar gegen die sofortige oder spätere Ausbaggerung des alten Marinehafens Darßer Ort, um diesen weiter als Nothafen zu nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Die vorgeschlagenen Veränderungen der Koalitionsfraktionen im Änderungsantrag sind an dieser Stelle doch wirklich nur ein leicht durchschaubares taktisches Manöver. Was nutzt denn eine wiederum letzte einmalige Ausbaggerung? Grob geschätzt dauert es bis in das Jahr 2010, bis es einen neuen Hafen geben wird.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE: Dann baggern wir wieder aus.)

Wenn jetzt gebaggert wird, ist eine weitere Ausbaggerung im Jahr 2009 unausweichlich, weil es wieder verlandet.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und wenn man das Baggern in das nächste Jahr verschiebt, ist das genauso nutzlos,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das kann es nicht geben.)

denn bis dahin liegt der Seenotkreuzer in Barhöft.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Und warum soll die Liegestelle dann mit dem Blick auf eine begrenzte Zeit der freien Zufahrt im Nothafen Darßer Ort wieder an den Darßer Ort zurückverlegt werden? Das ist doch unsinnig.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Das ist unsere erste Bemerkung zu dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. Eine zweite Bemerkung dazu: In diesem Antrag fehlt eine konkrete Kostendarstellung.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. – Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Wir wissen nicht, wie teuer dieses Ausbaggern wird, und wir wissen auch, dass es nicht im Haushalt veranschlagt ist.

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:

Den haben wir gestern erst beschlossen. –

Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Deswegen bitte ich das Präsidium, dass diese Vorlage nach dem Paragraphen 42 unserer Geschäftsordnung Punkt 1 überprüft wird, ob sie nicht gegen die Formvorschriften hier verstößt,

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Das ist richtig.

Genau. – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja.)

denn im Paragraphen 55 Absatz 2 der Geschäftsordnung heißt es, meine Damen und Herren: „Finanzvorlagen aus der Mitte des Landtages, durch die dem Land Mehrausgaben oder Mindereinnahmen entstehen, müssen bestimmen, wie die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel aufzubringen sind (Art. 64 Abs. 1 LVerf).“

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –

Gabriele Měšťan, DIE LINKE: Richtig.)

Inhaltlich, meine Damen und Herren, haben wir zur Problematik mehrfach Stellung bezogen. Der finanzielle Aufwand für ständige Ausbaggerungen ist für uns nicht vertretbar, zumal die Kosten beim Land wieder hängen bleiben.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Und dieser Hafen ist auch aus ökologischen Gründen für uns keine Alternative. Er liegt immer noch im Kerngebiet des Nationalparks.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig. –  
Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Es bringt überhaupt nichts, getroffene Entscheidungen wieder infrage zu stellen.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Die Rahmenbedingungen, die den Ersatz des Nothafens fordern, haben sich nicht geändert, nicht die natürlichen Bedingungen – die Zufahrt wird auch weiterhin verlanden –, nicht die Naturschutzgesetzlichen Bedingungen. Das Umland ist seit 1957 als Naturschutzgebiet ausgewiesen und der Umweltminister hat recht, er bleibt auch der Nothafen im Kerngebiet des Nationalparks.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Nicht die Frage der Wirtschaftlichkeit hat sich verändert, denn die wird erst entstehen für die Region oder für einen Hafensbetreiber mit dem Neubau eines vernünftigen Sportboothafens.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Und auch nur mit einem Hafen mit entsprechender Infrastruktur wird man eine größere Anzahl von Seglern oder anderen Wassertouristen anlocken. Kühlungsborn mit dem neuen Jachthafen ist das überzeugendste Beispiel dafür. Meine Fraktion ist der Auffassung, die Zeit der Reden, der Gutachten und der Infragestellung von getroffenen Entscheidungen ist in diesem Falle vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

Wir stellen weiterhin den Antrag, im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen den Punkt 1 zur Einzelabstimmung zu stellen, nur arabisch 1, und dann die weiteren Punkte. Zum Zweiten bittet meine Fraktion um Überweisung in den Verkehrsausschuss, in den Wirtschaftsausschuss, in den Agrarausschuss und in den Finanzausschuss

(Gabriele Měšťan, DIE LINKE:  
So muss das sein.)

und natürlich bleibt die Prüfungsbitte an das Präsidium bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktion DIE LINKE)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Frau Schwebs.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Köster von der NPD.

**Stefan Köster,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Viel ist gesprochen worden zu dem Thema. Die Positionen sind immer noch die gleichen. Nur eins ist jetzt noch deutlicher geworden, die Landesregierung steckt in einem Dilemma. Wie konnten nur die Bürgerinnen und Bürger Prerows den von der Landesregierung bevorzugten Hafen vor der Hohen Düne ablehnen? Das

ist auch wirklich eine Unverschämtheit! Jetzt kommt mein Zitat: „In dem Ostseebad herrscht großes Rätselraten, wie es in der Hafensfrage nach dem Bürgerentscheid weitergehen soll.“ Das schrieb die „Ostsee-Zeitung“ am 11.12.2007. Sicherlich herrscht nicht nur im Ostseebad ein großes Rätselraten.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Landesregierung hat spätestens jetzt ein Problem. Die Landesregierung hat ein erhebliches Sicherheitsproblem wie in anderen Ministerien auch. Dabei kommt es nicht darauf an, wie viele Noteinsätze in den letzten Wochen, Monaten oder Jahren notwendig waren, die Landesregierung hat die Sicherheit zu gewährleisten. Die Sachlage ist nun einmal so, wie sie ist. Sie, meine Damen und Herren der Landesregierung, haben nun die Pflicht, Sicherheit zu garantieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Köster.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD.

**Jochen Schulte,** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In den letzten Wochen ist das Thema „Nothafen Darßer Ort“ bereits häufig in den Landtagsdebatten besprochen worden. Es fragt sich also tatsächlich, inwieweit hier ein neuer Sachverhalt da ist. Allerdings – und das hat dann meine Fraktion auch am gestrigen Tag dazu bewogen, dem Dringlichkeitsantrag hier zuzustimmen – war zum gestrigen Zeitpunkt auch im Vorfeld der dortigen Gemeinderatssitzung in Prerow noch nicht klar, wie Sie sich entscheiden würden, sodass wir durchaus gesehen haben, dass da ein neuer Diskussionsbedarf vorliegen könnte.

Ich will nicht das alles wiederholen, was der Verkehrsminister hier zu Recht ausgeführt hat, vor allem zu den Punkten oder zu den Ausführungen des Havariekommandos im Hinblick auf eine Erforderlichkeit dieses Nothafens, gerade vor dem Hintergrund von Einsätzen in der Kadetrinne. Das ist eindeutig in dem zitierten Schreiben des Havariekommandos vom 22.03., dass dieser Nothafen im Gesamtkonzept Kadetrinne keine Rolle spielt, sodass ich mir Ausführungen dazu im Endeffekt erspare. Ich möchte mich auf den Inhalt des Änderungsantrages beschränken und auf einige wesentliche Punkte hinweisen. In dem Änderungsantrag wird aus Sicht meiner Fraktion zweierlei deutlich:

Erstens. Es gibt, wenn überhaupt, nur dann eine Ausbaggerung, wenn es zuvor eine sachlich fundierte und, was die finanziellen Auswirkungen angeht, untersetzte Entscheidung für einen entsprechenden Hafen gibt –

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:  
Das steht nicht im Antrag.)

das steht auch im Antrag drin –, also sofern die Investitionen einen Ersatzhafen auf dem Darß oder in Zingst gesichert haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Zweitens. Es steht auch in dem Änderungsantrag drin, dass es sich auf jeden Fall nur um eine einmalige Ausbaggerung handelt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ob die dann eventuell im Jahr 2009, 2010, 2011, 2012 oder wann auch immer stattfinden soll, das kann ich

nicht beurteilen. Das wird vielleicht jemand im Jahr 2010 oder 2012 beurteilen müssen.

Ich bitte um Zustimmung zum Änderungsantrag. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten  
der Fraktionen der SPD und CDU)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke schön, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der FDP Herr Roof. Herr Roof, Sie haben das Wort.

**Michael Roof,** FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Schwebs! Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE! Auch Ihr Auftritt hier heute motiviert mich jetzt nicht, das, was wir hier gemeinsam diskutieren und gemeinsam auf den Weg bringen, durch irgendwelche Äußerungen in Gefahr zu bringen oder infrage zu stellen. Das, was Sie hier heute abziehen, sich als Ökopartei hinzustellen,

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

und eine Verbohrtheit in den Antrag reinzubringen, ist schon ziemlich absurd.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Es passt aber in der Gesamtheit zu dem Bild, wie Ihr Politikverständnis hier ist.

(Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

Von dieser Warte aus lassen Sie uns einfach gemeinsam mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen der SPD, CDU und FDP

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Auf der  
Grundlage der jetzigen Geschäftsordnung. –  
Zuruf von Angelika Gramkow, DIE LINKE)

diesen so geänderten Antrag hier beschließen und wir werden in der Lage sein,

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:  
Erzählen Sie uns nicht solche Märchen!)

mit diesen drei Fraktionen auch die geeignete finanzielle Ausstattung zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Ihre Vorgehensweise hier heute ist völlig unbegreiflich.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Na, Ihre erst recht!)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion  
der FDP – Andreas Bluhm, DIE LINKE:  
Das war wirklich ein bisschen heftig.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Roof.

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Von der Fraktion DIE LINKE wurde Einzelabstimmung beantragt zu dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/1148.

Ich lasse also zunächst einmal abstimmen über die Ziffer 1. Sie haben den Antrag vor sich liegen. Wer der

Ziffer 1 des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist diesem ersten Teil des Änderungsantrages bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU und FDP sowie Enthaltung der Fraktion der NPD zugestimmt.

Wir kommen zum zweiten Teil des Änderungsantrages, das sind die Ziffern 2 bis 7. Wer diesen Ziffern des Änderungsantrages zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist den Ziffern 2 bis 7 des Änderungsantrages bei Zustimmung der Fraktion der SPD, einer Gegenstimme aus der SPD, bei Zustimmung der Fraktionen der CDU und FDP sowie Ablehnung der Fraktionen DIE LINKE und NPD zugestimmt.

(Angelika Gramkow, DIE LINKE:  
Der Umweltminister stimmt zu.)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur geänderten Fassung und stimmen über die Gesamtfassung ab. Wer diesem gesamten Antrag der Fraktion der FDP auf der Drucksache 5/1117 einschließlich der Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Danke. Damit ist diesem Gesamtantrag in der geänderten Fassung bei Zustimmung der Fraktion der SPD, zwei Gegenstimmen aus der SPD, bei Zustimmung der Fraktionen der CDU und FDP sowie Ablehnung der Fraktion DIE LINKE und Enthaltung der Fraktion der NPD

(Jörg Heydorn, SPD: Und  
einmal SPD Enthaltung.)

sowie einer Enthaltung der SPD zugestimmt. – Danke.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung und ich bitte, noch einen Augenblick zuzuhören. Wir haben es kurz vor Weihnachten. Ich möchte mich im Namen des ganzen Landtages bei allen, die hier im Verlauf des Jahres mitgeholfen haben, dass das so ordentlich klappt – ich denke an die vielen, die auch im Hintergrund mithelfen –, sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen  
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich glaube, das ist auch in Ihrem Sinne. Ich wünsche auch noch alles Gute zu den Festtagen und zum neuen Jahr.

Meine Damen und Herren, ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 30. Januar 2008, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 15.03 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Norbert Baunach, Sylvia Bretschneider, Burkhard Lenz, Gino Leonhard, Mathias Löttge, Dr. Norbert Nieszery, Sigrun Reese, Wolf-Dieter Ringguth, Dr. Gottfried Timm, Udo Timm und Wolfgang Waldmüller.

## Namentliche Abstimmung

über den  
Antrag der Fraktion der NPD  
Grenzkontrollen zur Republik Polen beibehalten –  
Sorgen von Bevölkerung und Polizeibeamten ernst nehmen –  
keine Ausdünnung der Polizei in Grenznähe zulassen!

– Drucksache 5/1063 –

### Jastimmen

#### NPD

Andrejewski, Michael  
Borrmann, Raimund  
Köster, Stefan  
Lüssow, Birger  
Müller, Tino  
Pastörs, Udo

Dr. Jäger, Armin  
Kokert, Vincent  
Kuhn, Werner  
Lietz, Matthias  
Liskow, Egbert  
Reinhardt, Marc  
Rühs, Günter  
Schlupp, Beate  
Stein, Peter  
Strenz, Karin  
Vierkant, Jörg

### Neinstimmen

#### SPD

Dr. Backhaus, Till  
Borchert, Rudolf  
Brodkorb, Mathias  
Dankert, Reinhard  
Heydorn, Jörg  
Dr. Körner, Klaus-Michael  
Müller, Detlef  
Müller, Heinz  
Peters, Angelika  
Polzin, Heike  
Dr. Ringstorff, Harald  
Schildt, Ute  
Schlotmann, Volker  
Schulte, Jochen  
Schwarz, Thomas  
Dr. Seemann, Margret  
Tegtmeier, Martina  
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

#### DIE LINKE

Borchardt, Barbara  
Gramkow, Angelika  
Holter, Helmut  
Koplin, Torsten  
Dr. Linke, Marianne  
Lück, Regine  
Měšťan, Gabriele  
Müller, Irene  
Schwebs, Birgit  
Dr. Tack, Fritz

#### FDP

Grabow, Ralf  
Kreher, Hans  
Roolf, Michael  
Schnur, Toralf

#### CDU

Caffier, Lorenz  
Glawe, Harry  
Holznagel, Renate

### Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen .....	52
Gültige Stimmen .....	52
Jastimmen.....	6
Neinstimmen.....	46
Enthaltungen.....	–

## Namentliche Abstimmung

### über den Antrag der Fraktion der NPD Kontrolle der Arbeitszeit und Streckenkenntnis der Triebfahrzeugführer in privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen

– Drucksache 5/1064 –

#### Jastimmen

##### NPD

Andrejewski, Michael  
Borrmann, Raimund  
Köster, Stefan  
Lüssow, Birger  
Müller, Tino  
Pastörs, Udo

Kokert, Vincent  
Kuhn, Werner  
Lietz, Matthias  
Liskow, Egbert  
Reinhardt, Marc  
Rühs, Günter  
Schlupp, Beate  
Stein, Peter  
Strenz, Karin  
Vierkant, Jörg

#### Neinstimmen

##### SPD

Borchert, Rudolf  
Brodkorb, Mathias  
Dankert, Reinhard  
Heydorn, Jörg  
Dr. Körner, Klaus-Michael  
Müller, Detlef  
Müller, Heinz  
Peters, Angelika  
Polzin, Heike  
Schildt, Ute  
Schlotmann, Volker  
Schulte, Jochen  
Schwarz, Thomas  
Dr. Seemann, Margret  
Selling, Erwin  
Tegtmeier, Martina  
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

#### DIE LINKE

Bluhm, Andreas  
Borchardt, Barbara  
Gramkow, Angelika  
Holter, Helmut  
Koplin, Torsten  
Dr. Linke, Marianne  
Měšťan, Gabriele  
Müller, Irene  
Schwebs, Birgit  
Dr. Tack, Fritz

#### FDP

Grabow, Ralf  
Kreher, Hans  
Roof, Michael  
Schnur, Toralf

##### CDU

Caffier, Lorenz  
Glawe, Harry  
Holznagel, Renate  
Dr. Jäger, Armin

#### Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen .....	51
Gültige Stimmen .....	51
Jastimmen.....	6
Neinstimmen .....	45
Enthaltungen .....	–